

RHEINISCHES ZAHNÄRZTE



BLATT

Nr. 1 · Januar 1999 · F 5892



Vertrieb: wa Vereinigte Verlagsanstalten GmbH
Höherweg 278 · 40231 Düsseldorf
Postvertriebsstück F 5892 · Entgelt bezahlt

Danke

*allen Kunden und Freunden unseres
Hauses für das zurückliegende Jahr!*



Dirk Ahlke Klaus Gärker

***Wir wünschen Ihnen und
Ihren Vorsätzen***

viel Erfolg!

für 1999.

*Wenn Sie Fragen bei der Umsetzung haben –
sprechen Sie mit uns: 02 03/7 68 08-0*

Ihr persönliches Dental-Depot

Geschäftsstelle Duisburg • Albert-Hahn-Straße 25 • 47269 Duisburg
Tel.: 02 03/7 68 08-0 • Fax: 02 03/7 68 08-11

**VAN DER VEN
DENTAL**

Duisburg • Essen • Düsseldorf

Inhalt Seite

Herbst-VV der KZV Nordrhein	2
Angenommene Anträge der VV	10
Schlaf des Gerechten	13
Kammerversammlung: Bericht des Präsidenten	14
Angenommene Anträge der Kammerversammlung	24
Pressemitteilungen der Zahnärztekammer	27
Nordrheinischer Hochschultag	29
Helferinnen machen mobil	30
„Nur ein Vorschaltgesetz“	32
Frust in Wuppertal	36
Kein Vertrauen in Gesetzgebung	38
Informationen	40
Dentaler Reisebericht	41
Für Sie gelesen	43
Karl-Häupl-Kongreß 1999	48
Zahnärztliche Fortbildung	52
Helferinnenfortbildung	55
Ist das nicht tierisch?	58
Zahnärzte-Stammtische	59
Personalien	60
Impressum	63

Titelfoto:
Volkmar Herre, Stralsund
© Stadtgeschichtliches Museum, Wismar

Beilagen in dieser Ausgabe:

- ▶ **Abonnementwerbung für die Zeitschrift „Rentrop-Brief“, Bonn (Postvertriebskennzeichen G 14190)**
- ▶ **Degussa AG, Hanau**
- ▶ **Zahnärztekammer Westfalen-Lippe**

Das tut weh . . .

Die Probleme im Gesundheitswesen sind völlig unabhängig davon, ob unser Gesundheitsminister **Norbert Blüm (CDU)**, **Horst Seehofer (CSU)**, **Rudolf Dreßler (SPD)**, **Andrea Fischer (Bündnis 90/Die Grünen)** oder **Ruth Fuchs (PDS)** heißt.

Keiner oder keine von ihnen ist oder war jemals in der Lage, die Probleme auch nur ansatzweise zu lösen.

Schlimm ist nur, wenn die Politik in aller Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, sie habe alles sicher im Griff.

Sicher ist nur, daß sich die Versprechen der Politiker immer schneller als Versprecher entpuppen.

Noch in seiner Regierungserklärung vor wenigen Wochen versprach der neue Bundeskanzler **Gerhard Schröder** neben der sozialen Gerechtigkeit im Gesundheitswesen „eine optimale gesundheitliche Versorgung im Rahmen der Solidargemeinschaft“.

„Prävention, Qualität und Patientensouveränität sollen gestärkt und neue Arbeitsplätze im Gesundheitswesen geschaffen werden.“

Wer's glaubt, wird selig.

Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat sich eine neue Regierung gleich zum Start so blamiert wie die Schröder'sche.

Allein 45 Änderungsanträge der eigenen rot-grünen Fraktionen machen aus einem „Solidaritätsstärkungsgesetz“ einen Flickenteppich ohne Muster, bei dem selbst die Initiatoren – Regierungspolitiker, Kassenfunktionäre und Ministerialbürokraten – kalte Füße bekommen.

Sie befürchten schon im Jahre 1999 höhere Beiträge.

Der mit knapp zehn Prozent kleine Teilbereich Zahnmedizin, von dem sogar nach der Liberalisierung beim Zahnersatz eine Beitragssatzstabilisierung ausging, wurde aus rein ideologischen Gründen umgekrempelt und völlig auf den Kopf gestellt.

Die starre Budgetierung, die **Blüm** und **Seehofer** heute ablehnen und **Dreßler** vor drei Jahren noch eine „anspruchlose Sache“ und einen „Holzhammer“ nannte, feiert nun als Allheilmittel und Patentrezept der hilflosen grünen Gesundheitsministerin **Andrea Fischer** fröhliche Auf-er-stehung.

Die Kluft zwischen Verheißung und Erfüllung im Gesundheitswesen wird immer größer.

Wann kapierten unsere höchsten Gesundheitsapostel endlich, daß das Hauptproblem der modernen Medizin nicht die Mängel und die Verteilung des Mangels, sondern die unzähligen Möglichkeiten sind.

Das zahnärztliche Reformprogramm „Vertrags- und Wahlleistungen“ ist und bleibt das richtige Konzept, allen Menschen diese Möglichkeiten zu erschließen und anzubieten.

Budgetierung, Rationierung, Listenmedizin und Wartelisten dagegen tun weh.

Einheits- und Bürokratenmedizin will niemand.

Dr. Kurt J. Gerritz

Herbst-VV der KZV Nordrhein

Die 5. Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein am 14. November 1998 stand ganz im Zeichen der großen Politik der neuen rot-grünen Regierung.

Drei Tage zuvor war im Deutschen Bundestag in 1. Lesung der Entwurf eines sogenannten Solidaritätsstärkungsgesetzes (SolG) eingebracht worden, das mittlerweile am 10. Dezember 1998 nach zahllosen Änderungsanträgen aus dem Regierungslager in 2. und 3. Lesung abschließend beraten und an den Bundesrat weitergeleitet wurde.

Dieser hat das mit heißer Nadel gestrickte Gesetz am 18. Dezember 1998 abgesehen. Das Gesetz bedeutet für den zahnärztlichen Bereich in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eine diametrale Abkehr von den Neuordnungsgesetzen der alten Regierung, die als Festzuschußsystem in der Prothetik erst zum 3. Januar 1998 in Kraft getreten waren.



Im Bild die Versammlungsleitung und die beiden Geschäftsführer. Pünktlich um 9.15 Uhr eröffnete Versammlungsleiter Dr. H. Otten (2. von rechts) die 5. VV der KZV Nordrhein für die Legislaturperiode 1997–2000. Geschäftsführer Manfred Ingenhoven (rechts) verlas die Liste der 126 Mitglieder. 108 Delegierte nahmen teil. Die VV war somit beschlußfähig.



Dr. Hermann Otten stellte als neuen ständigen Gast der Versammlung Rechtsanwalt Dr. Karl-Heinz Möller vor, der mit seinen Kollegen Michael Hermuth und Dirk Niggehoff, der ebenfalls anwesend war, ab 1. Juli 1998 die Rechtsberatung der KZV Nordrhein übernommen hat. Zum Honorarverteilungsmaßstab (HVM) und zur Benehmenserstellung stellte Dr. Möller folgendes fest: „Der Gegenwind ist eisig, man muß handeln. Der Gesetzgeber gibt einem durchaus Möglichkeiten, etwas zu reparieren.“



Vor der erhöhten Versammlungsleitung saß dichtgedrängt der geballte Sachverstand der Berater und der Verwaltung der zweitgrößten Kassenzahnärztlichen Vereinigung in Deutschland. Was die Politik diesen Fachleuten und dem Vorstand zumutet, ist unbeschreiblich.





Der Bericht des Vorstandes durch den Vorsitzenden Ralf Wagner: *„So aufreibend hatten wir uns die beiden letzten Jahre sicher nicht vorgestellt. Ernsthafte Krisen für unser Fachgebiet sind nun nicht mehr auszuschließen. Mein Bericht ist quasi als Rechenschaftsbericht zur Mitte der Amtszeit zu verstehen, aber auch ein düsterer Ausblick auf die beiden nächsten Jahre.“*



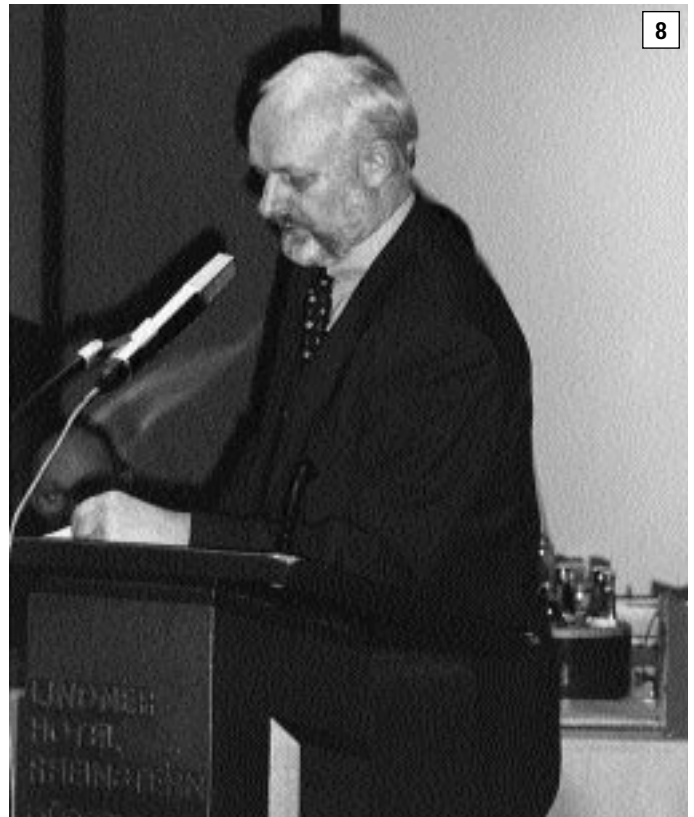
Der Landesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte Dr. Jürgen Strakeljahn: *„Der Super-GAU ist da, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Was haben Sie denn von Rot-Grün erwartet? Ich denke, so überrascht sind wir alle nicht. Wir sind überrascht, wie schnell das Vorschaltgesetz geschrieben wurde.“* Zur NOG-Rückschau stellte er fest, daß sich der Vorstand der KZV für eine Vernunftlinie entschieden hätte, welche bundesweit nicht gewürdigt wurde.



Sehr ausführlich ging Ralf Wagner auf den Vertrag mit den Primärkassen und den VdAK-Schiedsspruch für das Jahr 1998 ein. *„Da gibt es die Mengensteuerung ohne Budget, das ist das, was wir in diesem Jahr haben. Es gibt meines Wissens nur eine einzige KZV, die in dem ganz günstigen Bereich liegt, nämlich in der freien Einzelleistungsvergütung ohne steuernde Maßnahmen, das ist die KZV Westfalen-Lippe.“*



Dr. Winfried Will: *„Seehofer hat bei seinem Ausscheiden gesagt, die Zahnärzte haben zwei Chancen gehabt und beide verspielt. Kostenerstattung darf man nur denen überlassen, die verantwortungsvoll damit umgehen können. Und das ist das Ergebnis einer Politik auf Bundesebene der KZBV und des Bundesvorstandes des Freien Verbandes. Der Verantwortliche für dieses Desaster ist Herr Schirbort. In Bonn nimmt kein Politiker mehr ein Butterbrot von ihm.“*



Dr. Kurt J. Gerritz: *„Ich behaupte, daß im Jahre 1998 mit der Kostenerstattung verantwortungsvoll umgegangen wurde. Vor vier Jahren hat Herr Seehofer bei einer Podiumsdiskussion in Kleve auch gesagt: Dr. Winfried Will aus Köln – damals im KZBV-Vorstand – hat das System Vertrags- und Wahlleistungen kaputtgemacht. Damals habe ich mich dagegen gewehrt und genauso werde ich mich auch heute dagegen wehren, wenn mit Seehofer-Zitaten einseitig Personalpolitik zum Schaden eines Berufsstandes gemacht wird. Wir brauchen Solidarität.“*



Dr. Frank Wernecke: „Ich stelle folgenden Antrag: Die Zahnärzte in Nordrhein stehen für einen konstruktiven Dialog mit Vertretern der Politik und der Krankenkassen zur Verfügung. Die Delegierten teilen nicht die Meinung, daß die Zahnärzte nur durch eine Widerstandspolitik wieder ins Gespräch kommen. Wir setzen vielmehr auf eine Politik der Vernunft.“



Dr. Bernd Mauer: „Die Hauptbetroffenen sind unsere Patienten. Diese sind über die Details des zu erwartenden Gesetzes unverzüglich zu informieren. Ein junger Kollege aus Niederrhein hat ein kleines Informationsblatt und ein Formular für eine Unterschriftensammlung konzipiert, das bei den Patienten unserer Region eine positive Resonanz ausgelöst hat.“



Dr. Jochen Brückmann: „Ich empfinde dieses Vorschaltgesetz als Strafaktion gegenüber der Zahnärzteschaft. Widerstand mit dem geschlossenen Mund ist der schlechteste Weg. Ich kann nur dringend an uns alle appellieren, wehren wir uns gegen diese Punkte im Gesetz, die absolut ungerecht sind.“

Ralf Wagner: „Derzeit nehmen an der vertragszahnärztlichen Versorgung in Nordrhein insgesamt 5 427 Vertragszahnärztinnen/-zahnärzte teil. Seit Mai 1998 hat sich die Zahl einschließlich der Kieferorthopäden um 44 erhöht. Die Kollegen, welche wegen Vollendung des 68. Lebensjahres am 1. 1. 1999 ihre Zulassung verlieren, wurden ausführlich informiert und beraten. Der Rechtsweg ist leider ausgeschöpft, dennoch stehen wir mit dem NRW-Gesundheitsministerium in Gesprächen, ob nicht in besonderen Fällen innerhalb einer Übergangsfrist bei der Praxisabgabe an Kinder eine Regelung getroffen werden kann.“



Lothar Marquardt: „Bis zur Einführung des Gesetzes (GSG '93) gab es keine angestellten Zahnärzte. Ende 1993 hatten wir 181 angestellte Zahnärzte, am 31. 12. 1997 327 angestellte Zahnärztinnen/Zahnärzte. Zur Zeit sind es nur 273. Dieser kleine Abschwung ist dadurch bedingt, daß infolge neuer Vorgaben im NOG vorübergehend in Nordrhein keine angestellten Zahnärzte mehr genehmigt wurden. Setzt man die angestellten Zahnärzte mit den Assistenten ins Verhältnis, so stellen wir fest, daß sich die Zahl der Assistenten seit 1992 nach unten bewegt. Etwa 20 Prozent der Vertragszahnärzte in Nordrhein haben einen Assistenten oder einen angestellten Zahnarzt.“





Informieren Sie sich:


0180/33 55 555

1 Minute = 0,24 DM

www.sonline.de

**IHR HAUS, IHR AUTO, IHR BOOT?
UNSERE
ANLAGEBERATUNG.**



Sie arbeiten hart für Ihr Geld. Wir sorgen dafür, daß Ihr Geld auch hart für Sie arbeitet. Mit einer individuellen Anlageberatung, Vermögensverwaltung und den erfolgreichen SparkassenFonds der DekaBank. Fragen Sie uns einfach. Wenn's um Geld geht – Sparkasse 



Ralf Wagner: „Die Budgetabrechnung für die Jahre 1993 bis 1995 ist bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Das ist etwas ganz Fürchterliches für den Vorstand, der sich immer wieder mit diesen Querelen herumschlagen muß. Hinzu kommen die Regelungen des degressiven Punktwertes. Hier haben wir die Degression nur im ersten Halbjahr 1997 entsprechend der Gesetzeslage durchgeführt. Auch hier stehen noch Entscheidungen aus. Ab 1. 1. 1999 will die rot-grüne Regierung den degressiven Punktwert exklusiv nur für die Zahnärzteschaft wieder einführen und uns in der Verwaltung vor fast unlösbare Aufgaben stellen.“



Dr. Wolfgang Eber: „Herr Wolf als Vertreter der Zahntechnik kapriziert sich darauf, daß das rot-grüne Gesetz gar nicht so katastrophal ist. Die Techniker müssen nur paritätisch und gleichberechtigt im Bundesausschuß beteiligt werden. Praxiserprobte Techniken wie Galvano-, Empress- und Cerec-Kronen müßten unbedingt in das Leistungsspektrum der Gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden. Auch ist es den Zahntechnikern gelungen, die Grundlohnsammenzuwächse für die Jahre 1998 und 1999 zu bekommen, die man den Zahnärzten im Gegensatz zu allen anderen Sektoren im Gesundheitsbereich vorenthält.“



Dr. Jürgen Strakeljahn: „Das Solidaritätsstärkungsgesetz ist unausgegoren in bezug auf die praktische Umsetzung. Hier sind viele Dinge eingebaut, die uns ärgern sollen. Man wartet jetzt auf eine heftige Reaktion der Zahnärzte. Klar ist, daß ich mich als Zahnarzt in meiner Praxis nicht mehr engagieren kann. Das hat nichts mit Geld zu tun, sondern viel mit Frust und keine Lust. Sie sind auf dem Holzweg, wenn Sie glauben, daß ich jetzt als Landesvorsitzender mit der Keule auf jeden rot-grünen Politiker einschlage. Eine solche Provokation muß man intelligenter angehen.“



Dr. Peter Dygat: „Es kann doch einfach nicht sein, daß wir immer wieder glauben, durch irgendwelche Politikgespräche würde irgend etwas von Wichtigkeit erreicht. Also, wer das wirklich glaubt, der ist als Berufspolitiker in meinen Augen ein Traamtänzer. Ich bin seit 30 Jahren dabei, und es kam noch alles viel schlimmer, als ich gedacht habe.“



Dr. Rolf Schallen

Rechtsanwalt Fachanwalt für Sozialrecht
Tätigkeitsschwerpunkt Berufs- und Kassenrecht für Ärzte und Zahnärzte

Paulusstraße 12
40237 Düsseldorf

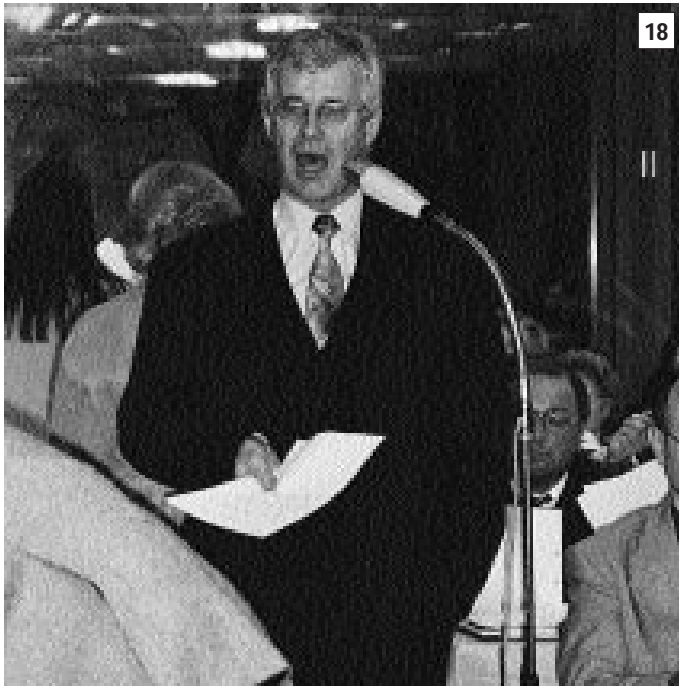
Telefon (02 11) 68 66 88
Telefax (02 11) 68 27 05

Schriftliche Kanzleiinformationen auf Anforderung

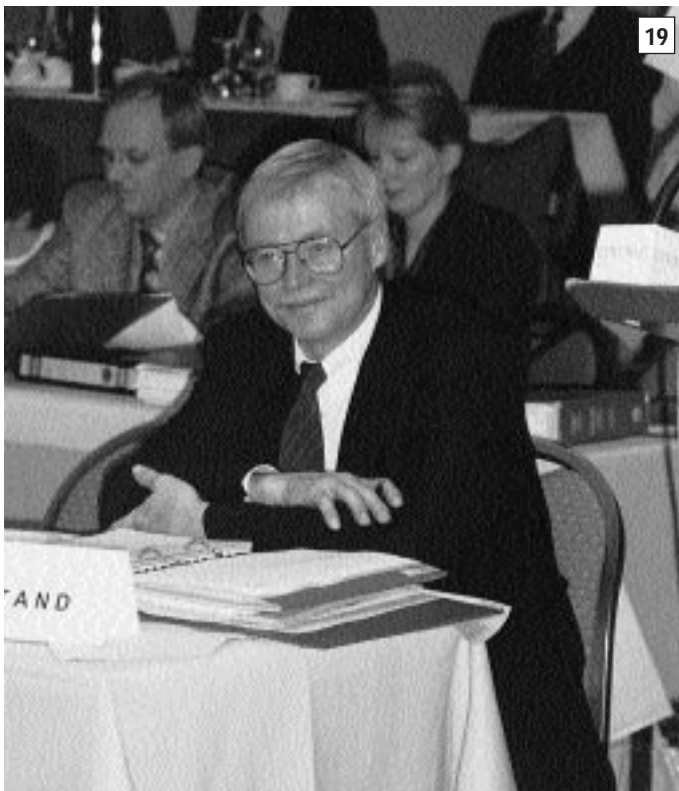
Fernost ist weit . . .

Zahnersatz aus Deutschland/Sachsen-Anhalt
zu sehr günstigen Konditionen – termingerecht und in perfekter
Qualität – ist Ihre Alternative . . .
Fordern Sie unverbindlich unsere Preisliste an!

B & B Dental Service – Halle/Saale
Tel. (03 45) 2 00 21 01 • Fax (03 45) 2 00 21 02



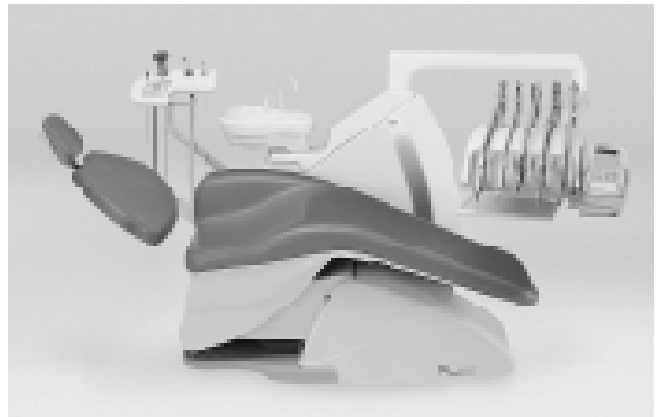
Dr. Peter Esser: „*Ich erspare mir den Weg ans Rednerpult. Lieber Herr Kollege Strakeljahn, Sie haben es versäumt, einen politischen Grundsatzantrag einzubringen. Sie schieben als letzten Redebeitrag einen lapidaren Ablehnungsantrag rein. Das ist für mich unglaublich.*“



Dr. Wolfgang Schnickmann: „*Viele Kollegen aus unterschiedlichen Gruppierungen haben heute zum Ausdruck gebracht, daß sie sehr wohl differenzieren können. Es ist wohltuend, daß wir uns in vielen Punkten einig sind. Es ist auch gut zu wissen, wenn wir Druck von außen bekommen, daß wir dann gemeinsam an einem Strang ziehen. Wir müssen unseren Patienten klarmachen, was es bedeutet, daß die Prothetik erstmalig budgetiert wird. Unter diesen Umständen ist eine moderne Zahnheilkunde beim besten Willen nicht mehr zu erbringen.*“

orthos

is ar



DAS schreiben wir groß.

Design
Hygiene
Funktion
Leistungsvielfalt
Multimedia
Werkstoffe

Und DAS zu einem vernünftigen Preis.

Neugierig? Wir informieren!

HASENBECK
DENTAL

HANDELSGESELLSCHAFT MBH

Hülsenbergweg 103

40885 RATINGEN

TELEFON (0 21 02) 93 99 19

TELEFAX (0 21 02) 93 98 73



Ralf Wagner: „Zum Abschluß dieser Diskussion kann ich doch mit Genugtuung feststellen, daß hier im Hause in der Sache eine einheitliche Sprache gesprochen wird. Also ich appelliere an Sie, daß jeder nach seinen Möglichkeiten – auch jede Gruppierung – nach außen ein einheitliches Bild vermittelt und Disziplin bewahrt. Wir brauchen politische Durchsetzungskraft. Ich würde mich freuen, wenn wir bei den zukünftigen Aufgaben einen breiten Konsens zusammenkriegen.“



Fotos: Ingrid Lück



Praxiseinrichtungen

- Innenarchitektur, Basis für ausgefallene individuelle Einzelanfertigungen
- Handwerkliche Perfektion eröffnet die Freiheit in der Gestaltung
- Konzeption und Realisation in eigener Herstellung
- Kostenbewußte Funktionsplanung aus langjähriger Erfahrung
- Bauplanung, Baubetreuung und Raumgestaltung bei Ausbau oder Modernisierung
- Medizintechnik Neu- und Gebrauchtgeräte

Schreiben Sie oder rufen Sie an, wir senden Ihnen gerne Informationsunterlagen.
MP-med GmbH Niederdonker Str. 76 • 40667 Meerbusch (Dyckhof)
Telefon (021 32) 99 17-0 • Telefax (021 32) 99 17 14

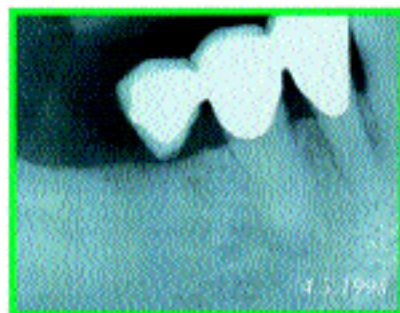
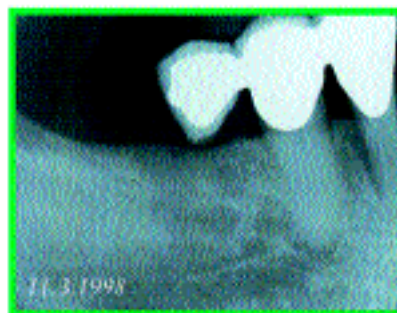
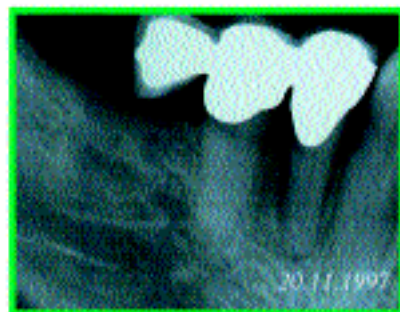
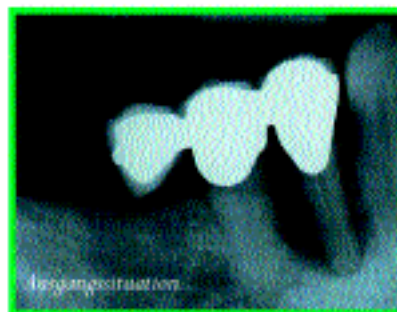
Parodontale Regeneration mit EMDOGAIN®

Patientin 65 Jahre, Nichtraucherin, Zahn 44 in 05/93, parodontaler Abszß, Brücke 44, 45, Anhänger 46 ist 10 Jahre alt.

Anamnese: in 09/95 systematische Parodontalbehandlung, gute Mundhygiene, 3-monatiger Recall. 10/96 parodontaler Defekt an Zahn 44 persistiert. Taschen 10 mm und mehr, mesial und distal Knochenverlust. Brücke Lockerung I-II.

*Therapie statt Extraktion:
Januar 1997: 14 Tage Gabe von Elyzol Dentalgel.
März 1997: Lappen-OP 43 - 45, Cürettage und erneute Wurzelglättung, EMDOGAIN®, Nahtverschluß.*

Heilung unauffällig, Dokumentation siehe Röntgenbilder.



Röntgenbilder Christoph Witte, Zahnarzt, Schramberg



EMDOGAIN® enthält einen Proteinkomplex - die Amelogenine, die während der Zahnentwicklung bei der Bildung des Zahnhalteapparates eine wichtige Funktion haben. Angemischt zur Applikation ist EMDOGAIN® ein visköses Gel, welches im Rahmen einer Lappenoperation auf die gereinigte Wurzeloberfläche aufgebracht wird. EMDOGAIN® bewirkt die Regeneration des Zahnhalteapparates nach parodontaler Erkrankung oder Trauma.

Zur schonenden, pH-neutralen Reinigung von Wurzeloberflächen empfiehlt sich in Kombination unser neues Produkt PrefGel™.

EMDOGAIN®

Es lohnt sich, die eigenen Zähne zu behalten!

Möchten Sie ausführliche Informationen oder sind Sie interessiert an unseren bundesweiten Weiterbildungsseminaren?

Dann setzen Sie sich mit uns in Verbindung:

BIORA GmbH, Hessenring 89, D-61348 Bad Homburg, Tel. 0 61 72/90 26-0, Fax 0 61 72/90 26-26. E-Mail medinfo@biora.de

Angenommene Anträge der Vertreterversammlung der KZV Nordrhein am 14. November 1998

● Antrag Dr. Bernd Mauer, Dr. Peter Dygatz, Dr. Jürgen Strakeljahn

Die Vertreterversammlung der KZV Nordrhein beschließt, der Anweisung der Aufsichtsbehörde nachzukommen, die in der letzten Vertreterversammlung beschlossene Empfehlung an alle Heilberufsangehörigen, ihren Angestellten einen Beitritt in die BKK für die Heilberufe nahe-zulegen, zurückzuziehen.

Die Vertreterversammlung ist sich bewußt, daß gemäß §§ 173 ff. SGB V die freie Wahlentscheidung der Versicherten besteht und vertraut darauf, daß die Mitarbeiterinnen der Zahnarztpraxen dieses Wahlrecht verantwortungsvoll ausüben werden.

Begründung:

Anweisung der Aufsichtsbehörde

● Antrag Dr. Frank Wernecke

Die Delegierten der Vertreterversammlung teilen nicht die in der dpa-Meldung vom 10. 11. 1998 vom Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung geäußerte Meinung, daß die Zahnärzte nur durch eine „Widerstandspolitik wieder ins Gespräch“ kommen. Wir setzen vielmehr auf eine „Politik der Vernunft“.

Die Zahnärzte in Nordrhein stehen für einen konstruktiven Dialog mit Vertretern der Politik und der Krankenkassen zur Verfügung, der zum Ziel hat, eine sozial ausgewogene Gesundheitspolitik zu erreichen. Die bisher bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung konterkarieren das Ziel, den gesetzlich Krankenversicherten eine sozial gerechte, zeitgemäße und fachlich qualifizierte Zahnmedizin zu gewähren.

Quelle: dpa / DPA Niedersachsen
Sachgebiet:
Stichwort: Gesundheit

Verlasser:
Ausgabe vom 10.11.98
Zustandig: dpa

Zahnärzte kündigen Widerstand gegen Bonner Gesundheitspläne an

Zusammenfassung:

Text:

Hannover (dpa/Inl) - Die Zahnärzteschaft will gegen die gesundheitspolitischen Pläne der neuen Bundesregierung massiven Widerstand leisten. Das kündigte am Dienstag der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Karl Horst Schirbort, in Hannover an. Der von der rot-grünen Koalition vorgelegte Entwurf für ein Gesetz zur Stärkung der Solidarität der gesetzlichen Krankenversicherung sei ein "Rückfall in die Steinzeit von Planwirtschaft und bürokratischer Kontrolle".

Die Zahnärzte könnten nicht darauf hoffen, dagegen etwas mit weiterem Entgegenkommen zu erreichen, sagte Schirbort. "Wir kommen nur durch eine geschlossene Widerstandspolitik wieder ins Gespräch." Die Zahnärzte müßten endlich wieder eine "angemessene Vergütung" für ihre Leistungen erhalten. "Das geht nicht mit einer Anpassungspolitik oder einer Politik der Vernunft." Schirbort kritisierte, die Zahnärzte sollten für begrenzte Mittel unbegrenzte Leistungen erbringen und zu "ruinösen Preisen" arbeiten. "Wir müssen deutlich machen, daß wir uns nicht weiter ausbeuten lassen."

Die Bonner Koalition aus SPD und Grünen will unter anderem die seit Jahresanfang geltende Direktabrechnung beim Zahnersatz zwischen Arzt und Patient rückgängig machen. Wie früher soll von 1999 an wieder das Sachleistungsprinzip gelten, bei dem die Zahnärzte mit den Krankenkassen abrechnen. Schirbort meinte, die Zahnärzte dürften ihre Forderung nach Kostenerstattung und Festzuschüssen nicht aufgeben. Er warf der Bundesregierung vor, eine Politik nach dem Motto "Alle Macht den Krankenkassen" zu betreiben. Die Pläne der rot-grünen Koalition hätten "sehr große Nachteile" für die Patienten. "Der Patient wird immer weniger nach dem Wissen der Medizin behandelt, sondern nach den Regeln der Bürokratie", sagte Schirbort.

dpa:Inl sl yy ra
Original(e):

Um eine strukturelle Neuordnung der Gesetzlichen Krankenversicherung zu erreichen, setzen wir mehr auf Information und Gespräche, auch gegenüber den Bürgern unseres Landes, als auf starke Worte und „Widerstandspolitik“.

● **Antrag Dr. Volker Adels, Dr. Ernst Goffart**

Die Vertreterversammlung beauftragt den Vorstand, zu prüfen, ob es für die nächste Vertreterversammlung eine rechtssichere Vertragsgestaltung für die Abrechnung „Fremdlabor-Zahnarzt“ im ZE-Kassenbereich gibt, welche für den Zahnarzt sicherstellt, daß die Auswirkungen des Budgets anteilsgerecht an die gewerblichen Laboratorien weitergegeben werden können.

Begründung:

Die Zahnärzteschaft kann bei nur 40 % Honoraranteil zu 60 % Laborkosten nicht 100 % des Risikos tragen.

● **Antrag Dr. Udo Guddat**

Der Vorstand der KZV Nordrhein wird beauftragt, ab sofort und konsequent in seiner Öffentlichkeitsarbeit noch mehr als bisher den Unsinn der Forderung von Politikern und Krankenkassenfunktionären nach einer ausschließlich einnahmeorientierten Ausgabenpolitik in verständlicher Weise der Bevölkerung und damit auch den Versicherten klarzumachen.

Begründung:

Mit dieser Forderung wird der Öffentlichkeit suggeriert, daß es offensichtlich nur soviel Krankheit gibt oder zu geben hat, wie Geld in den Kassen der Krankenkassen vorhanden ist. Vielmehr muß der Öffentlichkeit noch deutlicher als bisher klargemacht werden, daß es für begrenzte Mittel auch nur begrenzte Leistungen geben kann und wird.

● **Antrag Dr. Frank Wernecke**

Die VV der KZV Nordrhein fordert den Vorstand der KZV Nordrhein, vertreten durch seinen Vorsitzenden, auf, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, auch auf Bundesebene den Weg für eine intelligente Berufspolitik mit Augenmaß und Sinn für das politisch Machbare zu ebnet.

Begründung:

Die Entwicklung der letzten Wochen hat unangenehm

verdeutlicht, wohin eine Politik des ideologisch verbrämten Starrsinns und der Überschätzung der eigenen Ressourcen führt.

Ein Überdenken dieser Politik und eine Änderung des Kurses mit dem Ziel einer effektiveren Durchsetzung unserer berechtigten Ansprüche ist dringend notwendig.

● **RESOLUTION**

Die Vertreterversammlung der KZV Nordrhein warnt vor fatalen Folgen des geplanten Solidaritätsstärkungsgesetzes aus den folgenden Gründen:

1. Das zahnärztliche Honorar für Zahnersatz wurde seit 1981 durch staatliche Zwangssenkungen dreimal um insgesamt 28,6 % abgewertet. Außerdem muß der Zahnarzt derzeit von 100 DM Zahnersatzkosten durchschnittlich rund 67 DM an seinen Zahntechniker für die Herstellung des Zahnersatzes bezahlen. Von den übrigen 33 DM muß der Zahnarzt Verbrauchsmaterialien, Praxiskosten und Steuern abziehen. Das übrigbleibende Honorar wird durch das SolG weiter gesenkt. Der Freie Verband sieht dadurch 20 bis 30 % der Zahnarztpraxen samt Arbeitsplätzen massiv gefährdet.
2. Die Wahlfreiheit von gesetzlich versicherten Patienten bei Zahnersatz wird mit dem SolG abgeschafft. Während Patienten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bislang noch zwischen allen individuell möglichen Versorgungsformen beim Zahnersatz auswählen können und sie für jede Versorgungsform von der Krankenkasse einen Festzuschuß erhalten, beteiligt sich die Krankenkasse ab 1. 1. 1999 nur noch prozentual an gesetzlich festgelegten Standardversorgungsformen. Jeder Patient, der einen höherwertigen Zahnersatz wünscht, bekommt keinen Pfennig Zuschuß von seiner Krankenkasse. Dann gilt: Nur wer 100 % für einen hochwertigen Zahnersatz aus eigener Tasche bezahlen kann, bekommt die Versorgung seiner Wahl.
3. Das SolG reduziert im Budget Zahnheilkunde die Ausgaben für Prophylaxe. Die Mitglieder der Vertreterversammlung der KZV Nordrhein vertreten die Überzeugung, daß es sinnvoller ist, Geld für die Vermeidung von Zahnerkrankungen auszugeben, als für die Reparatur von Schäden. Die Zahnärzteschaft hat in den vergangenen Jahren bewiesen, daß dieser Weg erfolg-

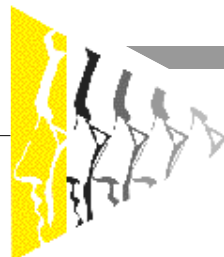
PERSONALDIENSTLEISTUNGEN

ELKE COMMANDEUR

▶ PERSONALBETREUUNG

▶ PERSONALSUCHE

DIE DELEGATION DIESER AUFGABEN BRINGT IHNEN ERLEICHTERUNG!



**Entlasten
auch Sie Ihre
NERVEN!**

**INNOVATION SPEZIELL
FÜR DIE
ZAHNARZTPRAXIS**

reich ist. Das SolG ist vor diesem Hintergrund ein Rückschritt für die Zahnheilkunde.

4. Krankheiten und die Ausgaben für Gesundheitsleistungen sind nicht planbar. Nach dem Rückgang der Zahnersatz-Nachfrage 1998 ist für das kommende Jahr mit einem Nachfrageboom zu rechnen. Die Ausgaben für den Gesamtbereich Zahnheilkunde sind aber auf dem Niveau von 1997 festgeschrieben. Außerdem wurden die Zuzahlungen der Krankenkasse für Versicherte, die über 10 Jahre lang regelmäßig beim Zahnarzt waren, um 5 % erhöht. Das ist für den Versicherten auf den ersten Blick positiv. Die Ausgaben der Krankenkassen belasten aber zusätzlich das Budget für Zahnheilkunde. Gleiches gilt für die Wiedereinführung des Zahnersatzanspruches für Jugendliche unter 19 Jahren. Die Mitglieder der VV gehen davon aus, daß das Budget für Zahnheilkunde ab Herbst 1999 verbraucht sein wird. Dann müßte der Zahnarzt – sofern er dem Patienten z. B. Zahnersatz anfertigen will – nicht nur die Zahntechnikerkosten, sondern auch seine Unkosten aus eigener Tasche bezahlen. Eine Behandlung zum Minustarif kann aber niemand von den Zahnärzten erwarten. Für begrenzte Mittel kann es keine unbegrenzte Leistung geben.
5. Die Zahnärzte sollen nach dem SolG höherwertige Keramikronen für das gleiche Honorar wie einfache Vollgußkronen erbringen. Der zahnärztliche Mehraufwand wird nicht mehr berücksichtigt. Für die Patienten bedeutet dies, daß sie für das Einheitshonorar der Krankenkasse nur eine Einheitskrone erwarten können.

Dr. Jürgen Strakeljahn

● Antrag des Vorstandes der KZV Nordrhein

Honorarverteilungsmaßstab, nochmalige Beschlußfassung über § 4 Abs. 1 HVM (vgl. Beschluß der Vertreterversammlung vom 15. 11. 1997)

Die Vertreterversammlung der KZV Nordrhein nimmt die von den Krankenkassen bzw. Krankenkassenverbänden geäußerten Bedenken zur Kenntnis. Nach Diskussion bestätigt die Vertreterversammlung die in der Vertreterversammlung vom 15. 11. 1997 beschlossene Änderung des § 4 Abs. 1 des Honorarverteilungsmaßstabes der KZV Nordrhein.

● Antrag des Rechnungsprüfungsausschusses

Die Bilanz einschließlich Erfolgsrechnung für das Jahr 1997 wird abgenommen und dem Vorstand für das Wirtschaftsjahr 1997 Entlastung erteilt.

Dr. Jürgen Köther

Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

● Antrag des Vorstandes

1. Ab 1. 1. 1999 – Abrechnungsquartal IV/98 – beträgt der Verwaltungskostenbeitragssatz für die abrechnenden Zahnärzte der KZV Nordrhein 1,47 %.

Berechnungsgrundlage sind die verbleibenden – nicht von der Direktabrechnung betroffenen – über die KZV Nordrhein abgerechneten vertragszahnärztlichen Leistungen einschließlich der Material- und Laborkosten sowie die über die KZV Nordrhein gezahl-

ten Kostenerstattungsbeträge. Diese Berechnungsgrundlage bleibt unberührt von späteren Punktwertminderungen oder sonstigen festgesetzten Honorarkürzungen.

2. Von den Fachzahnärzten für Kieferorthopädie, den für den Bereich Kieferorthopädie ermächtigten Zahnärzten und den zu mehr als 75 % kieferorthopädisch tätigen Zahnärzten der KZV Nordrhein wird ab 1. 10. 1998 – wie bisher – ein fester monatlicher Beitrag von DM 130,- erhoben.

Begründung:

Das Abrechnungsvolumen für das Haushaltsjahr 1999 hat sich gegenüber dem Vorjahr infolge der Direktabrechnung von Zahnersatz um ca. DM 500 Mio. verringert. Dadurch ist eine Erhöhung des Verwaltungskostenbeitragssatzes von 1,27 % auf 1,47 % erforderlich. Bei der Ermittlung dieses Verwaltungskostenbeitragssatzes ist eine geplante Entnahme aus dem Vermögen von DM 2.600.000 berücksichtigt worden.

Dadurch und aufgrund des geringeren Abrechnungsvolumens verringert sich die durchschnittliche Belastung eines Zahnarztes – trotz des höheren Verwaltungskostenbeitragssatzes von 1,47 % – von ca. DM 4.600 in 1998 auf ca. DM 3.900 in 1999. Das entspricht einer Reduzierung von ca. 16 %.

Da von allen Zahnärzten im Bereich der KZV Nordrhein – nicht nur von den abrechnenden Zahnärzten –, die Leistungen der KZV Nordrhein in Anspruch nehmen bzw. die Institution der KZV Nordrhein für ihre Berufsausübung benötigen, ein Beitrag zu den Verwaltungskosten der KZV Nordrhein geleistet werden sollte, erhebt die KZV Nordrhein von den Fachzahnärzten für Kieferorthopädie, den für den Bereich Kieferorthopädie ermächtigten Zahnärzten und den Zahnärzten, die in den Quartalen III/96 bis II/97 zu mehr als 75 % kieferorthopädisch gewesen sind, ab 1. 10. 1998 – wie bisher – einen festen monatlichen Beitrag von DM 130,-, unabhängig von ggf. noch über die KZV Nordrhein abgerechneten Leistungen.

Ralf Wagner

Vorsitzender des Vorstandes

● Antrag des Haushaltsausschusses

Der Haushaltsplan für das Jahr 1999 wird wie folgt festgestellt:

1. Erfolgshaushalt
in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen
mit DM 30.987.200
bei einer Vermögensentnahme
von DM 2.600.000
2. Investitionshaushalt
in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen
mit DM 3.640.000
bei einer Liquiditätsabnahme
von DM 2.362.900

Dirk Smolka

Vorsitzender des Haushaltsausschusses

Schlaf des Gerechten

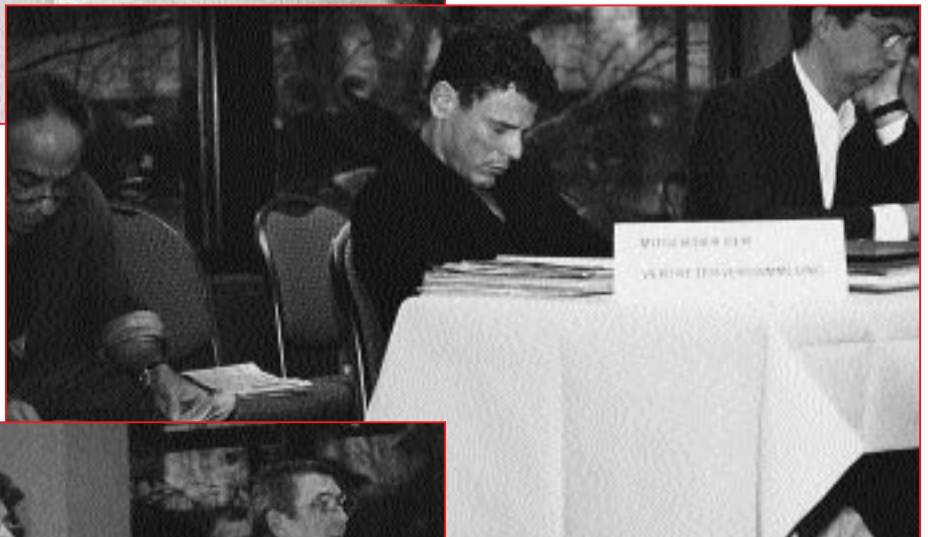


◀ Das Solidaritätsstärkungsgesetz läßt selbst den Stärksten ermüden. Da helfen keine Klagen mehr. Kopf und Herz werden schwer.

„Ich denke, einen langen Schlaf zu tun. Denn dieser letzten Tage Qual war groß.“

Friedrich von Schiller

▶ Schäme Dich, schäme Dich, oh Fischerin.
Die Schande besteht nicht in der Qual, sondern in dem Verbrechen gegen Behandlungsfreiheit und Patientenwahl.



◀ *„Die Welt schändet immer, was man loben soll, und lobt, was man schänden soll.“* Martin Luther

„Denn schlaflos ist ja der Kranken Schlaf.“

Sophokles

Wer schläft, der sündigt nicht.

„O mordet nicht den heiligen Schlaf“ Friedrich von Schiller



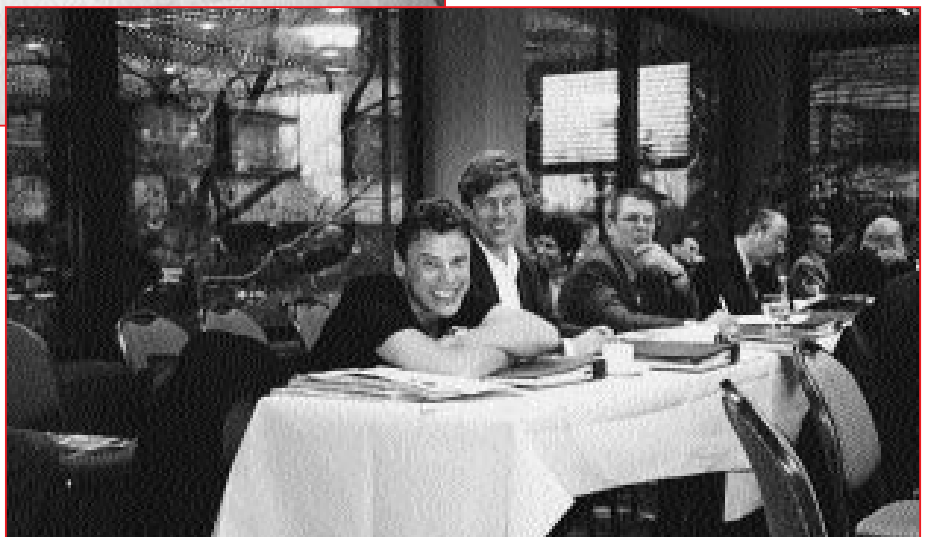
▶ *„Schlaf! O holder Schlaf! Du Pfleger der Natur.“*

William Shakespeare

Schirbort und Wagner, es kommen auch wieder bessere Zeiten!

„Ich träumte: ‚Eure Schläfen schmückten Siegeskränze, Kronen Euere duftenden Häupter.‘“

Friedrich von Schiller



Kammerversammlung vom 21. November 1998

Bericht des Präsidenten Dr. Paul Schöning



Dr. Paul Schöning

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, zu Beginn meines Berichts den Blick zurückzuwerfen und die dominierenden politischen Ereignisse im Berichtszeitraum von der letzten Kammerversammlung im Mai bis heute kurz anzusprechen. Diese waren:

1. das Dilemma der Umsetzung des 2. NOG;
2. die Regierungsumbildung in Nordrhein-Westfalen;
3. die Bundestagswahl und die damit verbundene Neubesetzung des BMG;
4. der am 5. November 1998 bekanntgewordene Entwurf eines Solidaritätsstärkungsgesetzes, welches zum 1. Januar 1999 in Kraft treten soll.

2. NOG

Lassen Sie mich mit einem Nekrolog auf das 2. NOG beginnen. Das 2. NOG der alten CDU/F.D.P.-Regierung war aus meiner Sicht sowohl für die Patienten als auch für die Zahnärzte das fortschrittlichste und liberalste Gesetzeswerk seit 1975, schließlich hat es das Sachleistungsprinzip aufgehoben und auf dem Prothetiksektor die Einführung von marktwirtschaftlichen Strukturen versprochen. Damit hatte es einen sicheren Ansatz zur langfristigen Behebung der Kostenproblematik und wäre für die Zahnärzte die richtige Lösung für die Zukunft gewesen.

Heute gehört das 2. NOG leider zu den Gesetzen mit der kürzesten Lebensdauer. Es ist damit zu einer Marginalie in der gesundheitspolitischen Entwicklung in Deutschland herabgestuft worden. Ob dies für immer so ist, weiß man nicht. Ein Politiker drückte es jüngst so aus: Die Zahnärz-

te haben ihre Chance verpaßt; sie müssen sich jetzt erst einmal wieder hinten anstellen.

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des NOG sind allen bekannt. Heute kann man sich nur vorwurfsvoll fragen: „Warum hat man eigentlich den Wald vor lauter Bäumen nicht gesehen?“ – Da bietet ein Gesetz endlich die gewünschte Möglichkeit für die Umsetzung von Vertrags- und Wahlleistungen, und die Verantwortlichen verzetteln sich in Nebensächlichkeiten. Die vier Streitpunkte muß ich Ihnen hier nicht noch einmal aufzählen; sie sind bekannt. Ausgerechnet der Landesvorsitzende der AOK, Herr Jacobs, gab uns auf Norderney den richtigen Tip. Er sagte: „Wenn ich das, was jetzt im Gesetz steht, erreicht hätte, wäre ich ruhig und dankbar, damit dieser Erfolg nicht unnötig aufs Spiel gesetzt würde.“

Ich möchte nicht alles wieder aufwärmen. Es ist eine verpaßte Gelegenheit und bereits Geschichte. Trotzdem möchte ich vier Punkte, die in meiner Analyse auch nachträglich noch erwähnenswert scheinen, hervorheben:

1. Bei der öffentlichen Kritik an der KZBV-Politik haben die Kammerpräsidenten nach dem Landessozialgerichtsurteil eine klare Linie verfolgt. Es waren die Ost-Kammern, die als erste den Mut aufbrachten und Schirbort öffentlich zur Abkehr von seinen Vier-Punkte-Forderungen aufriefen. Der BZÄK-Vorstand hat in der a. o. Vorstandssitzung am 29. August 1998 in Frankfurt beschlossen, die KZBV zum Einschwenken auf eine Vernunftlinie zu bewegen. Die Kammerpräsidenten kamen damit fast gleichzeitig zum gleichen Ergebnis wie die Vorstandsvorsitzenden der Freiverbands-KZVen. An dieser Stelle möchte ich unserem KZV-Vorstandsvorsitzenden, Herrn Wagner, nochmals nachträglich meinen Dank für den vertrauensvollen Gedankenaustausch aussprechen, aufgrund dessen es mir möglich war, meine Ansichten dem Bundesvorstand dann etwas kantiger vorzutragen.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig zu betonen, daß sich die einzelnen Landes Zahnärztekammern sowie die Bundeszahnärztekammer in die Personalpolitik der KZBV unter keinen Umständen einmischen. Dies ist einzig und allein Sache der KZV-Vertreter. Bei politischen Entscheidungen der KZBV hingegen werden die Kammervertreter auch in Zukunft ihre unabhängige Meinung vertreten.

2. Ich möchte auf die Rolle der Ost-Kammern zurückkommen. Ihre Haltung war geprägt von Geschlossenheit und einer personenunabhängigen politischen Analyse. Dabei schonten sie auch sich selbst nicht. So waren sie, als es zu den Schlichtungs- und Vermittlungsverhandlungen bei Herrn Minister Bohl im Kanzleramt kam, sogar bereit, auf ihre Forderung nach der „Punktwertanpassung Ost“ zu verzichten, sofern es dadurch gelingt, den Refe-

rentenentwurf des Ministers Seehofer zur Änderung der GOZ abzuwenden.

Meine Damen, meine Herren, ich möchte dies als einen besonderen Akt der Solidarität hervorheben, der unser aller Anerkennung verdient.

3. Die Umsetzung und schließlich die Rücknahme des 2. NOG war für alle Zahnärzte eine politische Lehrstunde. Dieses Dilemma zeigte sehr deutlich, daß selbst eine gesetzliche Verankerung letztlich keine verlässliche politische Basis sein kann. Erst eine breitflächige Akzeptanz solcher Gesetze läßt eine langfristige Durchsetzung erwarten. Dies hätte in unserem Fall nur erreicht werden können, wenn nachhaltig bewiesen worden wäre, daß die Neuerung nicht zum Nachteil der Patienten gereicht und sowohl Wirtschaftlichkeit als auch Qualität der medizinischen Vorsorge erhalten bleiben. Dies ist offensichtlich nicht gelungen. Die Niederlage ist damit auch ein deutlicher Beweis für die Notwendigkeit, die Öffentlichkeitsarbeit der Zahnärzte zu verbessern.

4. Den Schaden in dieser ganzen Angelegenheit hat letztlich der Zahnarzt zu tragen, der quasi zum Testobjekt wurde und seine Praxis auf die rasch folgenden Änderungen einstellen muß. Dabei bleiben finanzielle Einbußen in der Öffentlichkeit ebenso unbeachtet wie die mangelnde Möglichkeit, als selbständiger Unternehmer mittelfristige Planungen für Personaleinsatz und Praxisinvestitionen vorzunehmen. Einmal mehr wurde bewiesen, daß das „politische Risiko“ für den Zahnarzt das größte Praxisrisiko überhaupt ist.



Dr. Erhard Ricken bei seinem Bericht über die Realisierung der angenommenen Anträge aus der Kammerversammlung vom Mai 1998.

Regierungsumbildung in Nordrhein-Westfalen

Im Juni trat Herr Ministerpräsident Rau nach vielen Jahren von der Spitze der Landesregierung ab und gab sein Amt an Herrn Wolfgang Clement weiter. Der Regierungswechsel vollzog sich ohne die üblichen öffentlichen Streitereien, er verlief schon fast harmonisch. Dementsprechend war auch das Interesse in der Öffentlichkeit nicht besonders groß.

Für uns Zahnärzte ist von Bedeutung, daß eine neue Ministerin für die Gesundheitspolitik zuständig ist. Frau Ministerin Birgit Fischer steht dem neuen Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit in NRW als SPD-Politikerin vor. Frau Birgit Fischer ist Jahrgang 1954 und Diplompädagogin. Sie war bisher Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion. Anlässlich der 7. Landesgesundheitskonferenz am 13. August 1998 versprach sie, der Gesundheitspolitik in der neuen Landesregierung einen entsprechend hohen Stellenwert einzuräumen.

Zum zweiten Mal habe ich Frau Ministerin Fischer anlässlich des 50. Jubiläums der Ärztekammer Nordrhein zuhören können. Dort sagte sie unter anderem:

„Ich begrüße die gesundheitspolitischen Vereinbarungen der neuen Bundesregierung. Sie sind geeignet, unser Gesundheitswesen auf solidarischem Kurs zu halten. Sie sind geeignet, Gesundheit wieder für alle bezahlbar zu machen und jedem den gleichen Anspruch auf eine qualitativ hochstehende medizinische Versorgung zu garantieren.“

Damit wäre eigentlich schon alles über unsere neue Landesministerin gesagt – wenn da nicht noch positiv zu vermerken wäre, daß Prof. Bialas, Vorsitzender des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen, ihr exzellente Kenntnisse auf dem Gebiet der Rentenversicherung zugesprochen hat und von ihr Zitate wiedergab, in denen sie sich für den Erhalt der berufsständischen Versorgungswerke aussprach.

Mit Schreiben vom 19. Juni 1998 äußerten die in der ARGE Heilberufskammern gemeinsam vertretenen nordrhein-westfälischen Präsidenten gegenüber Frau Ministerin Fischer den Wunsch nach einem persönlichen Kennenlernen. Die Referentin der Ministerin sah allerdings in diesem Jahr wegen Terminüberlastung noch keine Möglichkeit. Anfang 1999 werden wir einen zweiten hoffnungsvollen Versuch starten.

Bundestagswahl und der Neubesetzung des BMG

Am 27. September war die Bundestagswahl. Wir wußten alle, daß sie eine Schicksalsentscheidung für uns Zahnärzte bedeutet. In frühen demoskopischen Untersuchungen zeichnete sich ab, daß die alte Koalition nur dann eine Chance hat, wiedergewählt zu werden, wenn die Grünen nicht in den Bundestag kommen. Eine Zeitlang sah es dann auch so aus, als leisteten die Grünen der CDU die nötige Wahlhilfe. Aber leider beendeten sie ihre Diskussion über Benzinpreise, Urlaubsreisen und

Ökosteuern einige Tage zu früh. Letztlich hat doch der Schlachtruf „Kohl muß weg“ gesiegt. Erstmals nach 30 Jahren war der Wähleranteil der CDU bei Bundestagswahlen unter 40 Prozent gesunken. Der Regierungswechsel war besiegelt. Erstaunlicherweise kann sich heute niemand so recht zur rot-grünen Regierung bekennen. Offenbar hat der Wähler den Wechsel gewollt, aber nicht die rot-grüne Regierung favorisiert.

Die CDU/F.D.P.-Koalition hat die Bundestagswahl auch auf dem Feld der Gesundheits- und Sozialpolitik verloren. SPD und GRÜNE konnten den Bürgern psychologisch geschickt vermitteln, daß Rot-Grün für soziale Sicherheit und für den Wert der Chipkarte als Blankoscheck steht.

Eine rot-grüne Koalition besteht nicht nur auf Bundesebene, es gibt sie in einer stattlichen Anzahl von Städten und Gemeinden, im Landesparlament, im Europaparlament und selbst in anderen europäischen Ländern. Erste Auswirkungen sehen wir in Frankreich, wo gerade das Sachleistungsprinzip, Einkaufsmodelle und ein „floatender“ Punktwert eingeführt wurden.

Die Blockadepolitik des Bundesrates für die Steuer-, die Renten- und die Gesundheitsreform ist jetzt in Deutschland aufgehoben. Was wir zu erwarten haben, zeigen folgende Beispiele aus den Koalitionsverhandlungen:

Steuerreform:

- langfristige Senkung des Steuerhöchstsatzes auf 49 Prozent anstatt, wie von der alten Koalition gefordert, auf 38 Prozent
- Streichen von Steuervorteilen, unter anderem fällt darunter die Steuervergünstigung bei der Praxiszwangsabgabe ab dem 68. Lebensjahr; ab 1. Januar 1999 muß der Erlös beim Verkauf zu 100 Prozent und nicht, wie bislang, nur zur Hälfte, also zum halben Steuersatz, versteuert werden. Was das bedeutet, wissen Sie: den zwangsverrenteten Zahnärzten wird auf diese Art und Weise auch noch ein Teil der Altersversorgung genommen.

Rentenreform:

- Verteilung der Soziallasten auf alle Bürger;
- vermeintliche Ungerechtigkeiten bei der Renten- und Krankenversicherung sollen aufgehoben werden;
- Erweiterung des Versichertenkreises; grundsätzlich soll jede dauerhafte Erwerbsarbeit sozialversichert sein. Ich denke, Herr Dahlmann wird es sich nicht nehmen lassen, hierauf später noch genau einzugehen.

Gesundheitsreform – das ist Ihnen bekannt –:

- Einführung von Global- und Sektorbudgets und
- Verabschiedung des Solidaritätsstärkungsgesetzes.

Neue Ministerin im Bundesministerium für Gesundheit wurde Frau Andrea Fischer. Sie wurde 1960 im westfälischen Arnsberg geboren und arbeitete nach dem Abitur zunächst als Druckerin und Korrektorin. Später studierte sie Volkswirtschaft und war journalistisch tätig. Sie arbeitete im Wissenschaftszentrum in Berlin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Grundsatzabteilung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin. Dort beschäftigte sie sich mit Zukunftsfragen der sozialen Sicherheit. 1985 trat sie der Partei der GRÜNEN bei. Sie ist Mitglied der Gewerkschaft Druck und Papier.



Dr. Jürgen Strakeljahn verliest die Resolution des FVDZ.

Man muß sich wirklich fragen, ob die Nominierung zweier Ministerinnen, die weder Medizinerinnen sind noch sonst einen Bezug zum Gesundheitssystem in Deutschland haben, sinnvoll ist oder ob man damit die ideologischen Vorgaben eines Krankenkassenstaates mit möglichst wenig Widerstand durchsetzen wollte. Wir werden gespannt auf die Ergebnisse ihrer Arbeit sehen und hoffen, mit beiden gut und kritisch in parlamentarischer bzw. demokratischer Art zusammenarbeiten zu können.

Solidaritätsstärkungsgesetz

Der am 4. November 1998 veröffentlichte Entwurf eines Solidaritätsstärkungsgesetzes macht in radikaler Form ein Ende mit Festzuschüssen und der Kostenerstattung. Ohne Anhörung oder nur die Chance zu einer vorausgehenden Diskussion wurde der Entwurf in den Bundestag eingebracht mit dem Ziel, daß das Gesetz bereits am 1. Januar 1999 in Kraft tritt.

Als der Gesetzentwurf – ausgerechnet am Tag der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer – bekannt wurde, legte sich tiefes Schweigen über die 150 Teilnehmer. Empörung und Betroffenheit standen den Delegierten ins Gesicht geschrieben. Eine Diskussion kam erst gar nicht in Gang, allen hatte es schlichtweg die Sprache verschlagen.

Die wichtigsten „Innovationen“ der rot-grünen Regierung dürften Ihnen mittlerweile bekannt sein. Ich möchte nur einen Punkt herausgreifen, der in besonderem Maße auch die Zahnärztekammer tangiert, nämlich § 13 – Kostenerstattung:

Die bisherige Kostenerstattung für versicherungspflichtige Mitglieder nach § 13 Abs. 2 soll als systemwidriges Privatisierungselement abgeschafft, die generelle Wahlmöglichkeit zwischen Sachleistung und Kostenerstattung soll auf freiwillige Mitglieder beschränkt werden. Damit wird der durch das 2. NOG gebotene Einstieg in die Selbstverantwortung der Patienten wieder rückgängig

gemacht. Nachdem in einer ersten Fassung des Gesetzesentwurfs die Wahl der Kostenerstattung vollständig beseitigt werden sollte, beläßt es der Fraktionsentwurf nun bei der Kostenerstattung für freiwillige Mitglieder. Endgültig ist hier aber noch nichts entschieden.

Meine Damen und Herren, daß wir uns mit dieser 180-Grad-Kehrtwende nicht einverstanden erklären können, muß ich nicht besonders betonen. Um unsere Ablehnung in einem größeren Kreis bekanntzumachen, haben wir die Resolution Nr. 1 verfaßt. Sie ist in Ihren Unterlagen zu finden; ich bitte um entsprechende Unterstützung. Da über das neue Solidaritätsstärkungsgesetz erst letzte Woche bei der VV der KZV ausgiebig diskutiert worden ist, bitte ich Sie, sich in der Aussprache im Anschluß an meinen Bericht diesbezüglich auf die Belange der Kammer, z. B. § 13, zu beschränken.

Nun komme ich zu den Themen, die die Zahnärztekammer in den letzten sechs Monaten sonst noch beschäftigt haben, und damit zu dem Bericht über die eigentliche Kammerarbeit.

GOZ

In der Mai-Kammerversammlung habe ich erklärt, daß die GOZ das Hauptthema der Zahnärztekammer Nordrhein für die nächsten vier Jahre sei. Dementsprechend möchte ich hiermit auch beginnen.

Die Prothetik im GKV-Bereich hat ihre Bedeutung für die Privatgebührenordnung wieder verloren und wird in den

Bema zurückgeführt. Die Verhinderung des Seehofer'schen Referentenentwurfs, der die GOZ in entscheidenden Passagen verändern sollte, bleibt damit in der Retrospektive das einzig Positive für uns Zahnärzte.

Die Verfassungsklage gegen die Nichtanpassung der Gebührenordnung, die von der Bundeszahnärztekammer angestrengt worden ist, ist bis heute ebensowenig entschieden wie die Verfassungsklage wegen der Nichtanpassung des „Vergütungspunktwertes Ost“. Der Bundesrat hat zwar der Anpassung der Gebühren für Ärzte und Hebammen in den neuen Bundesländern zugestimmt, die Anpassung bei den Zahnärzten aber weiterhin ausgenommen.

Die GOZ-Abrechnungsanalyse der Bundeszahnärztekammer unter Federführung der rheinland-pfälzischen Zahnärztekammer und ihres Präsidenten Rüdiger Krebs ist in ihrer ersten Fassung vorgelegt worden. Zunächst möchte ich die mit der Analyse verfolgte Absicht darlegen. Ziel war es, das Abrechnungsverhalten der Zahnärzte mit der GOZ zu überprüfen, die Analyse der PKV zum Abrechnungsverhalten der Zahnärzte zu überprüfen, neue Argumente für die öffentliche Diskussion zu suchen und eine Grundlage für die Trennung von Honorar und Erstattung zu finden.

Ergebnis: Nach dieser Analyse sind 77 Prozent der abgerechneten Leistungen mit dem 2,3fachen Satz bemessen worden. Diese Zahl stimmt in etwa mit der von der PKV veröffentlichten überein. Meine Damen und Herren, dies gereicht den Zahnärzten nicht unbedingt zur Ehre.

den-i-s direkt

den-i-s ist das bewährte Zahnarzt-Computer-Programm – in führenden Kliniken und Dentalpraxen bundesweit erfolgreich im Einsatz.

Günstig durch Direktabgabe ab Systemhaus.

Ihr Programm kommt zur Selbstinstallation per Post auf Diskette oder fertig konfiguriert auf dem Computer (IBM-kompatible PCs).

Programmpflege & Hotline
«Sorgetelefon»: monatlich ab 39,- DM (zzgl. ges. MwSt.)

Hotline für Zahnärzte
**(0 21 02)
8 74 20**
Mo-Fr von 9.00-17.00

Zusatzmodule erhältlich:
– (KFO, PA, Statistiken, ZE)
Diskettenabrechnung nach Vorgabe der KZBV

den-i-s direkt
Dental-Software
Paket

Dental Organisations & Informationssysteme

Grundmodul

998^{DM}

(+ MwSt. + Versand)

COUPON

Ich bestelle das **den-i-s direkt** Dental-Software-Paket
Komplett für nur 998,- DM (zzgl. MwSt. & Versand)

Ich wünsche Zusendung von Info-Material inkl. der detaillierten Preislisten für die Zusatzmodule zur Software

Ich wünsche einen Beratungsanruf

Name: _____

Telefon: _____

Straße: _____

Ort: _____

FREY ADV GmbH
Abt. den-i-s direkt
Hohbeck 11, 40878 Ratingen
Fax (0 21 02) 87 42 25

Dynamik Software GmbH
Abt. den-i-s direkt
Kürtener Str. 10
51465 Bergisch-Gladbach
Fax (0 22 02) 93 56 78

Ein solches Abrechnungsverhalten spiegelt eindeutig Schwächen in der Anwendung der GOZ wider.

Aus der Studie lassen sich für unsere politischen Intentionen erste wichtige Erkenntnisse ableiten. Zur Absicherung der Fakten bedarf es jedoch noch einer breiteren statistischen Grundlage. Ich werde Ihnen daher zur gegebenen Zeit eine umfassende Interpretation zur Kenntnis geben. Erneut möchte ich Sie an dieser Stelle darum bitten, die GOZ-Analyse zu unterstützen. Einzelheiten können Sie aus Unterlagen erfahren, die Sie sowohl bei uns in der Landes Zahnärztekammer als auch direkt bei der Bundeszahnärztekammer abrufen können. Je mehr an der Analyse teilnehmen, desto sicherer können die Ergebnisse sein, die am Ende vorgelegt werden.

Gleichzeitig mit der Analyse gab die Bundeszahnärztekammer bei dem Juraprofessor Graf von der Schulenburg ein Gutachten zum Thema „Honorar und Erstattung“ in Auftrag. Die Ergebnisse dieses Gutachtens wurden zwar bei der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer umrissen, das eigentliche Gutachten liegt aber, obwohl versprochen, bis heute noch nicht vor. Ich beabsichtige daher, Sie zu einem späteren Zeitpunkt darüber zu informieren.

Der Vorstand der Bundeszahnärztekammer hat in seiner Sitzung am 25./26. Juni 1998 die Einrichtung eines Konsultationsausschusses für Gebührenordnungsfragen beschlossen. Dies entspricht der Regelung bei den Ärzten.

Dem Konsultationsausschuß gehören an: vier Vertreter der Bundeszahnärztekammer, ein Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit, ein Vertreter für das Beihilferecht und ein Vertreter des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Aufgabe des zentralen Konsultationsausschusses ist es, sachverständige Stellungnahmen zu grundsätzlichen Auslegungsfragen der GOZ abzugeben. Den Vorsitz führt ein vom Vorstand der Bundeszahnärztekammer benanntes Mitglied. Dasselbe gilt für die Bestellung des stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Ausschuß gibt seine Stellungnahmen ausschließlich gegenüber der anfragenden Zahnärztekammer oder dem Antragsteller ab. Soweit es sich um grundsätzliche Auslegungsfragen der GOZ handelt und die Beschlußfassung im Ausschuß einstimmig erfolgt ist, kann die Bundeszahnärztekammer die Stellungnahmen in allgemeiner Form veröffentlichen.

Ich habe Ihnen die Broschüre der Bundeszahnärztekammer „Das private Gebührenrecht“ auslegen lassen. Auf den ersten Blick enthält die Broschüre für Sie nicht viel Neues, jedenfalls nichts, was Ihnen nicht schon einmal hier vorgetragen worden wäre. In dem Heft gibt es aber auch das Kapitel „Honorierungssystem der Zahnärzteschaft“ als knappe Zusammenfassung einer umfangreichen Ausarbeitung. Über dieses Kapitel wurde in der Hauptversammlung des Freien Verbandes sehr kontrovers diskutiert. Der Inhalt der Wortbeiträge reichte von der Einführung des Sachleistungssystems über die Einführung einer Erstattungsordnung bis hin zu der Aussage, man benötige – analog den Handwerkern – überhaupt keine Gebührenordnung mehr. Die Diskussion hat sich offenbar an dem Kapitel „Bewertung“ entfacht. Ich möchte mich zumindest hier klar und deutlich für die übrigen Punkte, die dieses Konzept enthält, aussprechen. Hierauf

zielt unser Antrag Nr. 2 ab; er liegt Ihnen vor. Ich möchte Sie auffordern, über das Honorierungssystem selbst hier zu diskutieren; denn es stimmt mit der vom Vorstand eingeschlagenen Richtung überein.

Zuletzt möchte ich zu diesem Themenkreis noch Rechenschaft über die uns selbst auferlegten Verpflichtungen hinsichtlich der GOZ abgeben.

1. Jede Tagesordnung unserer Vorstandssitzungen enthielt den obligatorischen TOP „GOZ“. Damit verfolgen wir das Ziel, auch im Vorstand GOZ-Probleme im breiten Rahmen zu diskutieren.
2. Alle Vorstandsmitglieder haben sich in Sachen GOZ intensiv fortgebildet. In mehreren Sitzungen haben wir spezielle GOZ-Themen behandelt.



Dr. Paul Schöning bedankte sich bei Dr. Hans Werner Timmers für die intensive Mitarbeit bei der Umsetzung der GOZ-Vorträge.

3. Unsere Ideen und Beschlüsse sind auf der Ebene der Bundeszahnärztekammer intensiv von Herrn Kollegen Timmers vertreten worden. Ihnen liegt eine Ausarbeitung über neue GOZ-Interpretationen vor, deren Inhalt von Nordrhein maßgeblich geprägt wurde.
4. Unser erster GOZ-Vortrag mit Power-point-Unterstützung ist für die Bezirksstellen entwickelt worden. Federführend waren die Herren Timmers, Dierks und Pyrkosch. Dieser Vortrag wird bis Anfang Dezember in jeder Bezirksstelle gehalten worden sein. Nach wie vor bieten wir zusätzlich an, diesen zu Stammtischen oder ähnlichem vorzutragen und uns gleichzeitig für Diskussionen zur Verfügung zu stellen.
5. Um Kollegen in Zweifelsfragen der GOZ-Abrechnung Hilfestellung zu geben, haben wir die sogenannte Fax-Abfrage eingeführt. Diese ist von zahlreichen Kollegen bereits genutzt worden. Vordrucke für die Fax-Abfrage werden wir auch weiterhin veröffentlichen.

Ziel unserer a. o. Vorstandssitzung zum Thema „GOZ“ war es, eine klare Linie bei der Anwendung der Steigerungsfaktoren nach § 5 zu finden, eine Trennung zwischen normalen Leistungen und Leistungen auf Verlangen zu ziehen und schließlich den Begriff „notwendige

Leistung“ sachgerechter zu definieren. Wir haben unsere Umsetzung noch nicht abgeschlossen. Der neue Weg, den wir beschreiten, um zu einem angemessenen Honorar zu kommen, ist in unseren Augen ehrlicher und erfolgreicher. Was jahrelang in der GKV Gepflogenheit war, nämlich die Abdingung, sollte erst recht im PKV-Bereich machbar sein.

Diese Betrachtungsweise ist nicht in einem einzigen Vortragszyklus zu vermitteln. Der Vorstand hält daher an seinem Vorsatz fest, halbjährlich je einen Vortrag zum Thema „GOZ“ anzubieten. Bis zum Ende der Legislatur werden wir so hoffentlich auf acht Vorträge pro Bezirksstelle kommen oder auf insgesamt 56 Vorträge in Nordrhein. Ziel ist es, das Liquidationsverhalten der Kollegenschaft in unserem Sinn umzustellen. Das Thema unserer Vortragsreihe für die erste Hälfte 1999 lautet: „Prophylaxe und Parodontologie unter gebührenrechtlichen Aspekten“. Ich hoffe, mit diesem Thema einer Nachfrage zu entsprechen, und wünsche mir eine möglichst hohe Beteiligung. Selbstverständlich wird bei jedem Vortrag auf die §§ 2 und 5 besonders eingegangen.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei Herrn Kollegen Timmers für seine intensive Mitarbeit bedanken. Ohne sein Wissen und seine Ideen wäre eine so rasche Umsetzung unserer Ziele nicht möglich gewesen.

Öffentlichkeitsarbeit

In der Frühjahrskammerversammlung habe ich im Zusammenhang mit der Fiedler'schen Diffamierungskampagne festgestellt, daß die Instrumente der zahnärztlichen Öffentlichkeitsarbeit stumpf seien, ja sogar den Eindruck einer gewissen Hilflosigkeit vermittelten. Aufgrund dieser Erfahrung haben wir beschlossen, die Öffentlichkeitsarbeit der Kammer neu zu ordnen und die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit sowohl nach innen als auch nach außen gegenüber der Bundeszahnärztekammer, der KZV und dem Freien Verband abzugrenzen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, haben wir auf Initiative von Herrn Kollegen Ricken einen Pressebeirat gebildet. Diesem Gremium gehören zusätzlich die Herren Erdmann, Snel, Jochum, Dierks und ich selbst an. Es hat in seiner ersten Sitzung grundlegende Überlegungen zur Öffentlichkeitsarbeit bzw. Pressearbeit der Kammer angestellt:

1. Die Pressearbeit verlangt Kontinuität. Wer erst dann Pressearbeit macht, wenn Not am Mann ist, wird keinen Erfolg haben.
2. Das gleiche gilt für die Öffentlichkeitsarbeit nach innen. Es wirkt unglaubwürdig und wenig vertrauensvoll, wenn man sich erst dann mit der Basis austauscht, wenn etwas vorgefallen ist bzw. wenn es aus der Sicht der Kammer vorteilhaft ist.
3. Die Presse im Gesundheits- und Sozialbereich muß kammerseits kontinuierlich beobachtet werden. Erfolgreiche Informationen oder Reaktionen zu spät, so wirkt sich das schädlich für die Kammer aus.
4. Es stehen leider nur begrenzte Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Diese müssen daher sinnvoll und gezielt eingesetzt werden.

Der neugegründete Pressebeirat hat sich folgende kurzfristige Ziele gesetzt:

1. Es sollen Hintergrundgespräche mit Journalisten geführt werden mit dem Ziel, nach und nach einen uns gewogenen Journalistenkreis aufzubauen.
2. Einmal jährlich – erstmals im Februar 1999 – werden wir eine Pressekonferenz mit Themen zu fachlichen und wissenschaftlichen Neuheiten in der Zahnmedizin durchführen, wobei die Bedeutung der Zahnmedizin für die Medizin im Vordergrund stehen soll. Anreiz für diese Pressekonferenz soll die von uns gebotene Möglichkeit sein, Fotos von besonderen Live-Behandlungssituationen im Karl-Häupl-Institut zu schießen.
3. Ein internes Training für öffentliche Auftritte soll vorbereitet werden.
4. Die Medienausstattung der Zahnärztekammer Nordrhein soll aufgerüstet werden. Dazu zählen die Anbindung mit „Lotus Notes“ an die Bundeszahnärztekammer und über diese die Nutzung des dpa-Nachrichtendienstes – dies ist bereits erfolgt –, die Teilnahme an dem Modellversuch „Deutsches Zahnärztenetz – DZN“ – daran sind wir als einzige Zahnärztekammer, darüber hinaus die KZVen, die Bundeszahnärztekammer, die KZBV und wenige ausgewählte Praxen beteiligt – sowie eine intensive Nutzung von „fax pool“, Fax-Anfrage und E-Mail.

Zu dem „Deutschen Zahnärztenetz – DZN“ möchte ich einige Anmerkungen machen:

Die Entwicklung moderner Informationssysteme hat erheblichen Einfluß auf die Arbeit in den Kammern. Dies gilt

Suchen Sie einen
passenden
Nachfolger für
Ihre Praxis?

Sprechen Sie uns an.

Dipl.-Kfm. Rainer Göbel
Telefon 02 21-5 46 91 42
Telefax 02 21-5 46 17 01

**Ihr diskreter
und kompetenter
Partner**

GERL. GmbH
Oskar-Jäger-Straße 1 · 50931 Köln

GERL. KÖLN

insbesondere für die Kommunikation zwischen den einzelnen Landes Zahnärztekammern und der Bundeszahnärztekammer. Als Träger werden derzeit „Lotus Notes“ und teilweise das Internet genutzt. Im Hinblick auf die Kommunikationswege über das Internet ist zu berücksichtigen, daß diese grundsätzlich für jeden über einen Internetzugang offen sind. Damit eignet sich das Internet nicht zur Übertragung und zum Austausch von sensiblen Daten, wie etwa Patienten- oder Abrechnungsdaten. Aus diesem Grund wurde von der KZBV und der BZÄK die modellhafte Erprobung eines eigenen Netzwerkes ausschließlich für die Zahnärzteschaft angedacht, ein sogenanntes Intranetz. Der wichtigste Vorzug eines solchen Netzes ist der hohe Sicherheitsstandard. Beispiele möglicher Anwendungsbereiche sind: Übermittlung von Abrechnungsdaten, Versand von Rundschreiben, Übermittlung von Patientendaten – z. B. zum Labor –, aktualisierte Notdienstpläne, Beschlüsse zu Abrechnungsfragen und nicht zuletzt Pressemitteilungen.



Dr. Ernst Goffart beantragte eine gezielte Aufklärung der Patienten über das neue Solidaritätsstärkungsgesetz.

Eine weitere wichtige Aktion der Bundeszahnärztekammer im Hinblick auf die Öffentlichkeit ist die Initiative „pro dente“. Es handelt sich dabei um eine langfristig angelegte Initiative zur Förderung des Mundgesundheitsbewußtseins der Bevölkerung, die zwischendurch „Zukunft des deutschen Dentalmarktes“ oder auch „Kuratorium Gesunde Zähne“ genannt worden ist. Mitglieder dieser Initiative sind die Bundeszahnärztekammer, der Freie Verband, KZBV, der Verband der Deutschen Dentalindustrie, der Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen und der Bundesverband Dentalhandel.

Grundidee ist die Darstellung der Leistungen der Zahnheilkunde in einer für die breite Öffentlichkeit geeigneten Form. Dabei ist nicht an Produktwerbung gedacht, sondern an die Darstellung von Leistungen, um die Patienten mit ihren Wünschen an die Zahnarztpraxis heranzuführen. Eine solche Öffentlichkeitsarbeit ist nur kontinuierlich und mit hohem finanziellen Engagement durchzuführen. Deshalb hat man sich dafür entschieden, die gesamte sogenannte dentale Familie in die Verantwortung

zu nehmen. Die Finanzierung erfolgt mit ca. 1 Million DM pro anno durch die Zahnärzte, die Industrie und die Zahn techniker steuern je eine halbe Million DM bei, der Handel steuert 250 000 DM zusätzlich bei, so daß ein Ausgabevolumen von 2,25 Millionen DM entsteht.

Ausschließlich das Erreichen dieser respektablen Summe für die Öffentlichkeitsarbeit hat mich diesem Projekt zustimmen lassen. Ich habe meine Bedenken hinsichtlich der Teilnahme von Handel und Zahntechnikern zurückgestellt.

Umbau des Karl-Häupl-Instituts

Das Karl-Häupl-Institut hatte dieses Jahr sein 20jähriges Bestehen. In dieser Zeit war es nicht notwendig, das Institut größeren Modernisierungs- und Renovierungsarbeiten zu unterziehen. Zwischenzeitlich kann man allerdings an vielen Stellen erkennen, wie doch der Zahn der Zeit am Gebäude und an der Ausstattung nagt. Am deutlichsten zeigt sich das an der Klimaanlage. Sie ist im Hinblick auf Leistung und Energieverbrauch total veraltet. Im letzten Jahr hat sie schlichtweg ihren Geist aufgegeben. Sie konnte teilweise nur noch provisorisch repariert werden. Eine neue Klimaanlage ist somit notwendig. Aufgrund von Ausschreibungen mußten wir aber bald feststellen, daß die Klimaanlage nicht einfach erneuert werden kann, denn für die zentrale Kühleinheit und Neuverlegungen von Leitungen wird eine Vergrößerung der Räume notwendig. Damit einhergehend werden Umbauten des Instituts unumgänglich.

Die Kosten wurden von den beauftragten Architekten mit 1,3 bis 1,5 Millionen DM veranschlagt. Wohlgemerkt: Dabei sind nur Teilrenovierungen, nicht die sonstigen notwendigen Renovierungen wegen Überalterung und Abnutzung berücksichtigt. Wir haben es als vernünftig angesehen, bei Umbauten in dieser Größenordnung gleich die anderen notwendigen Arbeiten durchführen zu lassen, um Doppelbelastungen im Institutsbetrieb zu vermeiden. Für die Renovierung und Modernisierung liegt mittlerweile eine Kostenschätzung über rund 2,5 Millionen DM vor. Für den Zeitpunkt der Modernisierung wirkt sich begünstigend aus, daß Rücklagen aus 1997 und Rücklagen im laufenden Haushalt 1998 zur Verfügung stehen. Zusammen mit den Einstellungen in den Etat 1999 sind es etwas mehr als 2,5 Millionen DM. Ein Sicherungsvorbehalt ist dadurch gegeben, daß wir die durchzuführenden Arbeiten auf drei Jahre – 1998, 1999 und 2000 – verteilen.

Die Finanzierung ist also gesichert, die entsprechende Planungsarbeit ist beendet. Die Arbeiten werden Ende 1998 bzw. Anfang 1999 zügig in Angriff genommen. Ich hoffe, daß Sie anschließend wieder ein attraktives Karl-Häupl-Institut vorfinden, das dem Vergleich mit den neu hinzugekommenen Fortbildungsinstituten auf dem deutschen Markt standhält.

Patientenberatungsstellen und Bezirksstellenvorsitzendenkonferenz

Gerade bei uns in Nordrhein wird die Bürgerinitiative des Gesundheitswesens stark betont. Der Bürger hat Anrecht

auf mehr qualifizierte Information und Beratung; die Transparenz im Gesundheitswesen soll erhöht werden. Verbraucherverbände und Krankenkassen nehmen jede Gelegenheit wahr, selbst Beratungskompetenz zu erlangen. Rechnungsprüfung oder ärztliche Empfehlungen sind für sie nur der Einstieg in eine umfassende Beratungstätigkeit. Obwohl dies die eigentliche Aufgabe der Zahnärzte ist, macht man ihnen die Beratungsfunktion streitig. So sollen sie dann zwangsläufig zu Leistungserbringern ohne jeglichen eigenen Impetus abgestempelt werden. Allein deswegen muß alles darangesetzt werden, die Beratung bei den Zahnärzten zu belassen bzw. neue Beratungsangebote zu finden.

Diese Thematik wurde mit den Bezirksstellenvorsitzenden beraten. Ganz allgemein haben sich die Bezirksstellenvorsitzenden als ein geeignetes Gremium dargestellt, um über generelle Probleme, die die Zahnärzte direkt betreffen, zu diskutieren. Wir nennen diese Zusammenkünfte „Bezirksstellenvorsitzendenkonferenz“. Bislang haben unter der Leitung von Herrn Kollegen Ricken drei Treffen stattgefunden. Auch zukünftig sollen die Treffen zwei- bis dreimal im Jahr stattfinden.

Auf der zweiten Bezirksstellenvorsitzendenkonferenz in diesem Jahr wurde die Bedeutung der Bezirksstellen als Beratungsstelle für Patientenfragen besonders herausgehoben. Seit Ende Mai 1998 bieten daher die Bezirksstellen und gleichermaßen die Verwaltungsstellen der Öffentlichkeit an, Ratsuchende kundig, objektiv und kostenlos in erster Linie in Fragen zu Behandlungsplänen und zu Kosten für Zahnersatz zu beraten. Darüber hinaus können sie bei anderen Belangen in Anspruch genommen werden.

Derartige Beratungsstellen werden nach einer Umfrage des Instituts Allensbach von den Patienten im Vergleich zu allen anderen Beratungsmöglichkeiten, z. B. Zahnarztpraxis, Krankenkassen, Funk und Fernsehen, bisher nur zu 4 Prozent genutzt. Aufgrund eigener Erhebungen in Nordrhein wurden in dem Zeitraum vom 15. Juli bis 15. August 1998 insgesamt 671 Beratungen vorgenommen. Sie sehen daran, daß hier ein lohnenswertes Feld der Öffentlichkeitsarbeit besteht, das unbedingt von den Zahnärzten besetzt werden muß. Nebenbei bemerkt: Mittlerweile werden von fast allen anderen Zahnärztekammern ebenfalls Beratungsstellen angeboten.

Die Beratungsstellen fungieren im Sinn einer Anlaufstelle. Darüber hinaus ist eine persönliche Beratung vor Ort

möglich. Ich bedanke mich bei allen Vorsitzenden der Bezirks- und Verwaltungsstellen für ihr Engagement in diesem Projekt.

Hochschullehretreffen

Aufgrund vieler Probleme, die die Hochschullehrer und die Kammer gleichermaßen betreffen, hat es der Vorstand für notwendig erachtet, die Kontakte zu den Hochschullehrern zu intensivieren. Wir haben deshalb nach sechs Jahren zum ersten Mal wieder alle nordrheinischen Hochschullehrer zu einem Gedankenaustausch am 28. Oktober 1998 eingeladen. Wichtigstes Thema war die Entwicklung der Zahnarztzahlen und die Kapazitätsverordnung der Universitäten.

Von Kammerseite wurde auf die Ausarbeitung zu Entwicklungen der Zahnarztzahlen in der Zukunft aus dem Institut für Gesundheitsforschung des Herrn Professor Beske in Kiel Bezug genommen. Nach einem dort entwickelten Szenario für das Jahr 2020 werden wir bei gleichbleibenden Ausbildungszahlen und zu erwartender demographischer Entwicklung über 110 000 praktizierende Zahnärzte haben; das heißt, daß für einen Zahnarzt nur noch 950 Patienten zur Verfügung stünden. Meine Damen und Herren, diese Zahlen sollten nicht nur den Universitäten und den Zahnärztekammern, sondern eigentlich auch den Politikern große Sorge bereiten.

Die Möglichkeiten der Universitäten, auf die Zahl der Studenten und damit auf die Zahl der Approbationen Einfluß zu nehmen, sind gering. Allerdings besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Ausbildungszahl und Ausbildungsqualität. Wenn wir im internationalen Vergleich mit gewohnt hohem Niveau in der Ausbildung standhalten wollen, muß die Qualität der Ausbildung steigen. Ich möchte damit keineswegs die Hochschullehrer kritisieren, vielmehr die konventionellen Strukturen der Politik, zu denen auch die veraltete Betreuungsrelation gehört, durch die die nicht mehr verantwortbare Anzahl von Absolventen erst ermöglicht wird.

In diesem Zusammenhang möchten wir die Universitätsprofessoren mit einem Antrag betreffend Forschungsgelder unterstützen. Der Antrag liegt Ihnen vor. Ich setze auf Ihre Zustimmung.

Ein weiterer Diskussionspunkt bei diesem Treffen war die Ausgliederung der Zahnmedizin aus der Universität. Die-

Ist Ihnen bei Ihrer Praxisabgabe Diskretion wichtig?

**Wir sind
Ihr Partner!**

Rufen Sie uns an.

Dental-Depot Düsseldorf

Emanuel-Leutze-Straße 17, 40547 Düsseldorf, Telefon (02 11) 5 28 11 24

Ihr Ansprechpartner: Herr Schlitt

Dental-Depot Aachen

Horbacher Straße 13, 52072 Aachen, Telefon (02 41) 17 60 31/-33

Ihr Ansprechpartner: Herr Zannier

Dental-Depot Bonn/Köln

Rosenstraße 10, 53111 Bonn, Telefon (02 28) 65 99 63

Ihr Ansprechpartner: Frau Greuel

SironaDentalDepot
GmbH

ses Thema kommt in jüngster Zeit auf politischer Ebene immer häufiger zur Sprache; es wird eigentlich sehr populistisch behandelt. Die für das Bildungswesen verantwortlichen Politiker erkennen angesichts der Austrocknung ihrer Geldressourcen darin eine Möglichkeit zur Einsparung. Meine Damen und Herren! Wirtschaftlichkeit hin, Wirtschaftlichkeit her – bei uns niedergelassenen Zahnärzten stößt dies auf totales Unverständnis. Schließlich wurde 1953 der Dualismus zwischen Dentisten und Zahnärzten behoben. Die Verweisung der Zahnmedizin an die Fachhochschulen würde einem neuen Dualismus den Weg ebnen. Wir werden dies – hoffentlich – gemeinsam mit den Hochschullehrern zu verhindern wissen.

Weiter kamen wir auf die neue Approbationsordnung zu sprechen. In zwei bis drei Jahren soll eine neue Approbationsordnung verabschiedet werden. Ein wesentlicher Punkt dabei ist, daß als Voraussetzung für das Zahnmedizinstudium das Abitur fallen soll. Das Bundesministerium möchte gerne den Zugang zum Hochschulstudium auch Studienbewerbern öffnen, die durch berufliche Bildung und Bewährung dazu befähigt sind. Diese Absicht ist bereits im verabschiedeten Hochschulrahmengesetz als „fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung“ verankert.

Prophylaxe und PZM in Nordrhein

Als Tischvorlage finden Sie je ein Exemplar des neuen Leitfadens der Bundeszahnärztekammer „Qualifizierte Prophylaxe in der Zahnarztpraxis“ – das gelbe Heft mit sehr schönem Layout – und des Büchleins „Prophylaxe ein Leben lang“; letzteres wurde vom Institut der Deutschen Zahnärzte verfaßt. Der außerordentlich gut gelungene Leitfaden enthält alle wesentlichen Merkmale des PZM-Konzepts der Zahnärztekammer Nordrhein. Der Verfasser, Herr Kollege Österreich, Präsident der Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern, hat sich auf der Bundesversammlung bei Herrn Butz und der Zahnärztekammer Nordrhein für die geleistete Arbeit bedankt.

Das PZM-Konzept der Zahnärztekammer Nordrhein erfreut sich nach wie vor eines regen Zuspruchs seitens der Kollegenschaft und deren Mitarbeiter. Am 24. Oktober dieses Jahres fand vor überfülltem Hörsaal die siebte Einführungsveranstaltung „Präventive Zahnmedizin“ im Karl-Häupl-Institut statt. Somit hat das Konzept bisher 426 Praxen mit insgesamt 833 Teilnehmern erreicht. Das für die Veranstaltung zur Verfügung gestellte Skript ist durch ständige Überarbeitung mittlerweile zu einem stattlichen Handbuch von 150 Seiten angewachsen. Mit Zustimmung der Kommission für Fachfragen wurde in etwa dem gleichen Umfang ein Auszug aus dem Handbuch Zahnheilkunde hinzugefügt, der sämtliche Maßnahmen und Methoden der Karies- und Parodontitisprophylaxe be-

schreibt. Somit umfaßt das PZM-Handbuch eine theoretische und praktische Anleitung zur Einführung der Präventivzahnmedizin in das Konzept einer jeden teilnehmenden Praxis. Das von Hans Werner Timmers in Zusammenarbeit mit dem GOZ-Ausschuß erarbeitete Modell für die Vergütung präventivzahnmedizinischer Leistungen hat bundesweit Interesse gefunden. Weitere Einführungsveranstaltungen sind bereits für 1999 geplant. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch bei Herrn Kollegen Butz für die geleistete Arbeit.

Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

Ich möchte nun auf die letzte Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer zu sprechen kommen. Vorweg zwei untergeordnete, nichtsdestotrotz wichtige Informationen:

Die Bundeszahnärztekammer hat beschlossen, ihre Verwaltungsstelle nach Berlin zu verlegen. Der ursprünglich angepeilte Termin war das Jahr 2002. Nach Umformulierung des Antrages auf der Bundesversammlung ist diese Begrenzung allerdings herausgenommen worden, so daß die Bundeszahnärztekammer jetzt jederzeit nach Berlin umziehen darf.

Des weiteren stand ein Antrag auf Durchführung eines von KZBV, Freiem Verband und Bundeszahnärztekammer gemeinsam zu veranstaltenden „Bundeszahnärztetages“ zur Diskussion. Diese Idee war bei der Hauptversammlung des Freien Verbandes positiv beschieden worden. Es war geplant, den gemeinsamen „Deutschen Zahnärztetag“ in Berlin zu organisieren. Die drei obengenannten Organisationen hätten jeweils Mittwoch, Donnerstag und Freitag tagen und am Samstag eine gemeinsame öffentlichkeitswirksame Schlußveranstaltung durchführen sollen. Der Antrag wurde von der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer abgelehnt. Viele Argumente pro und kontra waren ausgetauscht worden. Aus meiner Sicht ist es schade, daß nicht zumindest die gemeinsame Abschlußveranstaltung zustande kommt.

Im weiteren Ablauf der Bundesversammlung nahm die Verabschiedung des Solidaritätsstärkungsgesetzes breiten Raum ein. Besonders wurde aber über die Einführung von Interessenschwerpunkten diskutiert. Ein Antrag dazu wurde positiv verabschiedet.

Interessenschwerpunkte

Über das Thema „Interessenschwerpunkte“ wird derzeit auf allen Versammlungen bzw. Hauptversammlungen heiß diskutiert. Dabei ist der Vorschlag, Interessenschwerpunkte als Zusatz zur Berufsbezeichnung anzugeben, durchaus kontrovers. Um Ihnen einen Überblick über dieses Thema zu geben, habe ich eine neue Ausgabe von „ZÄK direkt“ verfaßt. Sie liegt Ihnen vor. Ich werde das Ergebnis der heutigen Diskussion gegebenenfalls vor Versendung an alle Zahnärzte noch in diese Fassung einarbeiten.

Was sind Interessenschwerpunkte?

Interessenschwerpunkte sind nach meinem Verständnis Fortbildungsschwerpunkte. Es ist vorgesehen, daß sie

Studienplatz Medizin und Zahnmedizin

Studienberatung und NC-Seminare. Unser Ziel: Ohne ZVS schnell ins Studium (Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Pharmazie, Psychologie, Architektur TH/FH, Kunstgeschichte u. a.)

Info und Anmeldung: **Verein der NC-Studenten e. V. (VNC)**
Argelanderstraße 50 • 53115 Bonn • Tel. (02 28) 21 53 04 • Fax 21 59 00

nach Richtlinien, die von den einzelnen Zahnärztekammern noch zu bestimmen sind, ausgewiesen werden. Einzelheiten können Sie der Ihnen ebenfalls vorliegenden Information „Grundsätze zu Interessenschwerpunkten“ entnehmen.

Warum sollen Interessenschwerpunkte ausgewiesen werden?

Zum einen haben die Patienten ein zunehmendes Informationsbedürfnis über den Zahnarzt, den sie sich aussuchen. Zum anderen wollen die Zahnärzte mit ihrem Fachwissen, ihren fachlichen Fertigkeiten und ihrer Praxisausstattung werben.

Welche Interessenschwerpunkte sollen ausgewiesen werden?

Die Bereiche für die Interessenschwerpunkte sind noch nicht endgültig definiert. Vor allem fehlt noch eine abschließende Meinungsbildung darüber, welche Fachsegmente angegeben werden dürfen, ob auch Verfahrensweisen oder Ausstattungsmerkmale der Praxis, z. B. Laser, Air-Abrasion oder Cerec, angegeben werden dürfen.

Zur Abgrenzung von Interessenschwerpunkten von anderen Zusatzbezeichnungen: Interessenschwerpunkte sind von Gebietsbezeichnungen der Weiterbildungsordnung und von Tätigkeitsschwerpunkten, wie sie im ärztlichen Berufsrecht vorkommen, deutlich zu unterscheiden. Im ärztlichen Berufsrecht darf eine von dem Arzt selbst gewählte Angabe eines Tätigkeitsschwerpunktes nicht geführt werden. Das ärztliche Berufsrecht sieht vielmehr eine der Weiterbildungsordnung der Zahnärztekammer Nordrhein vergleichbare Regelung hinsichtlich der Angabe von Gebietsbezeichnungen vor. Allerdings sind die Gebietsbezeichnungen der Ärzte umfangreicher. Auf den einzelnen Gebieten können weitergehende Spezialisierungen erlangt werden, z. B. Schwerpunktsbezeichnungen und Zusatzbezeichnungen. Voraussetzung ist stets, daß der Arzt bei der Ärztekammer eine entsprechende Weiterbildung erfolgreich absolviert hat und in bestimmtem Umfang Tätigkeiten für die Zusatzbezeichnungen nachgewiesen hat.

Meine Damen und Herren, es gibt noch weitere Ungeheimheiten zu diesem Thema. Diese spiegeln sich auch in den Mehrheitsbeschlüssen bei den letzten Versammlungen wider. Sie sind ein eindeutiges Zeichen dafür, daß es bei der Einführung von Interessenschwerpunkten keine einheitliche Tendenz gibt. So verabschiedete die Bundeszahnärztekammer Interessenschwerpunkte auf ihrer Bundesversammlung 1997 in Düsseldorf mit knapper Mehrheit, die Hauptversammlung des Freien Verbandes 1998 in Frankfurt lehnte sie ab. Die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer 1998 in Hannover stimmte ihnen wiederum zu. Wir in Nordrhein haben sowohl einen Kammervorstandsbeschluß als auch einen Landesbeschluß des Freien Verbandes, Interessenschwerpunkte abzulehnen.

Wegen des noch bestehenden Klärungsbedarfs in dieser Angelegenheit bitte ich Sie, mit Entscheidungen zurückhaltend zu sein. Wenn wir der Einführung zustimmen, legen wir uns derartig fest, daß Neuvorschläge für eine gewisse Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Wenn wir keinen Beschluß fassen, nehmen wir uns andererseits auch nicht die Möglichkeit einer nachträglichen Zustimmung,

z.B. wegen der im Grenzgebiet zu benachbarten Zahnärztekammern praktizierenden Zahnärzte, die dadurch einen echten Wettbewerbsnachteil hätten. Außerdem wollen wir aus den Erfahrungen der anderen Kammern lernen.

Alles in allem entsprechen Interessenschwerpunkte derzeit nicht unseren Vorstellungen. Wir wünschen uns eine Zusatzbezeichnung, die Qualität ausweist, eine möglichst große Akzeptanz in der Kollegenschaft findet und im Konsens mit Universitäten, Fortbildungsinstituten, Fachgesellschaften und nicht zuletzt mit den durch die Kammer vertretenen praktizierenden Zahnärzten gefunden wird. Ich halte daher unseren Antrag für richtig und bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, ich bin eigentlich am Ende meines Berichtes angelangt. Ich bin mir bewußt, daß er eine Anzahl von Fragen aufwirft und Anlaß zur Diskussion gibt.

Vortragsreihe „Der politische Zahnarzt“

Die Auflistung der vielfältigen Probleme läßt die Einbindung ehrenamtlich Tätiger in die tägliche Arbeit der Körperschaften und Verbände erkennen. Wir sind uns bewußt, daß aus diesem Grunde Nachwuchsarbeit geleistet werden muß. Der Vorstand hat darum in seiner Sitzung am 16. November 1998 den Grundsatzbeschluß gefaßt, im Karl-Häupl-Institut eine Vortragsreihe mit politischen Themen durchzuführen. Diese soll in erster Linie der Schulung des sogenannten politischen Nachwuchses dienen. Die einzelnen Veranstaltungen sollen jeweils Mittwoch abends zwischen 19 und 22 Uhr stattfinden, und zwar in der Zeit ohne IUZ-Angebot; der IUZ-Lehrgang 3 läuft im Dezember aus, ein neuer ist erst wieder für Herbst 1999 geplant. Die Zahl der Vorträge ist daher vom Zeitangebot auf ca. 20 limitiert. Für die Teilnehmer soll ein Unkostenbeitrag von maximal 1 000 DM kalkuliert werden. Gleichzeitig ist geplant, bei diesen Veranstaltungen Kontakte zu den referierenden Politikern und Journalisten aufzubauen. Als Titel für die Vortragsreihe wurde vorgeschlagen: „Der politische Zahnarzt“. Untertitel: „Das politische Risiko ist für den Zahnarzt das größte Praxisrisiko“.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich meinen Bericht beenden. Er war ausführlich und hat leider einige Zeit in Anspruch genommen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Hinweis der Redaktion

Der Vorstand der Zahnärztekammer Nordrhein hat beschlossen, mit den auf den Seiten 27 und 28 veröffentlichten Pressemitteilungen auf die restriktiven Auswirkungen des sog. Solidaritätsstärkungsgesetzes (GKV-SolG) hinzuweisen.

Wir bitten um Beachtung.

Angenommene Anträge

1 Resolution der Zahnärztekammer Nordrhein Solidaritätsstärkungsgesetz

Durch die im geplanten Solidaritätsstärkungsgesetz (SolG) verankerten Restriktionen und durch die beabsichtigte Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips wird einem dem Qualitätsanspruch der deutschen Patientenschaft entsprechenden Behandlungsniveau der Boden entzogen.

Das verantwortungsbewußte Mitspracherecht der Patienten wird planwirtschaftlichen Prinzipien offensichtlich ausschließlich aus ideologischen Gründen geopfert. Durch die Vorschriften des SolG wird der wissenschaftliche Fortschritt in der Zahnmedizin gehemmt, wodurch letztendlich der Patientenschaft eine hochwertige Zahnheilkunde vorenthalten wird.

2 Antragsteller: Vorstand PKV Einkaufs- und Vertragsmodelle

Die Zahnärztekammer Nordrhein fordert die Bundeszahnärztekammer auf, alles erdenkliche vorzubereiten, damit sogenannte Einkaufs- und Vertragsmodelle im PKV-Bereich sowie eine Vertragsgebührenordnung künftig vermieden werden.

Durch Einkaufs- und Vertragsmodelle könnte der für die Abrechnung zahnärztlicher Leistungen gemäß § 5 Abs. 2 GOZ gebührenrechtlich verbindlich vorgegebene Abrechnungsrahmen wettbewerbswidrig unterlaufen werden.

Gleichzeitig unterstützt die Zahnärztekammer Nordrhein alle Intentionen, der individuellen Vergütungsvereinbarung nach § 2 GOZ eine hohe Bedeutung zukommen zu lassen.

3 Antragsteller: Vorstand Interessenschwerpunkte

Die Kammerversammlung nimmt die Beschlußfassung der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer zur Einführung von Interessenschwerpunkten im Hinblick auf eine damit einhergehende weitere Kommerzialisierung des zahnärztlichen Berufsstandes kritisch zur Kenntnis.

Die Kammerversammlung beauftragt den Vorstand, die Entwicklung der Beschlußfassung der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer aufmerksam zu beobachten und über den Umfang und die Art der Einführung von Interessenschwerpunkten in anderen Kammerbereichen weiter zu berichten.

4 Resolution der Kammerversammlung Nordrhein Forschung

Die Zahnärztekammer Nordrhein fordert das zuständige Wissenschaftsministerium auf, mehr finanzielle Mittel für die Forschung in der Zahnmedizin bereitzustellen.

Diese Forschungsgelder müssen unabhängig von der Kapazitätsverordnung (KapVO) zur Verfügung stehen. Nur so können Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Universitäten im internationalen Vergleich vermieden werden. Forschungsmittel sollten sowohl für Grundlagenforschung als auch für Anwendungsforschung vorhanden sein.

5 Resolution Solidaritätsstärkungsgesetz

Die Delegierten der Kammerversammlung der Zahnärztekammer Nordrhein betrachten mit größter Sorge die von der Bundesregierung geplanten Gesetzesänderungen im Gesundheitswesen. Wir Zahnärzte halten es nicht für gerechtfertigt, uns einseitig das Morbiditätsrisiko aufzubürden, um die Kosten im Gesundheitswesen zu verringern.

Es wird durch die neue Regierung bewußt ein unübersehbarer Schaden verursacht, indem durch Budgetierung und weitere restriktive Maßnahmen die zahnärztlichen Leistungen deutlich rationiert werden. Aufgrund dieser Einschränkung und der bereits jetzt schon angespannten Kostensituation sind viele Zahnarztpraxen in ihrer Existenz bedroht. Außerdem wird durch das Solidaritätsstärkungsgesetz (SolG) eine individuelle und fortschrittliche Zahnheilkunde für gesetzlich Versicherte verhindert. Das ist Zwei-Klassen-Medizin.

Die Erfahrungen im Ausland, wie beispielsweise in den Niederlanden und Skandinavien, zeigen, daß die Interessen der Patienten in planwirtschaftlich organisierten Gesundheitssystemen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Insbesondere wird die Eigeninitiative der Bevölkerung viel zu wenig gefördert. Es ist unverständlich, daß die Bundesregierung aus den Erfahrungen anderer, zum größten Teil sozialistisch orientierter Länder keine Lehre zieht, sondern nunmehr einen Weg einschlägt, den viele der EU-Staaten bereits verlassen haben.

Nur marktwirtschaftliche Elemente, wie z. B. die Kostenerstattung, können unser Gesundheitswesen, speziell im zahnärztlichen Bereich, dauerhaft stabilisieren.

Die Versuche der Regierung, im Schnellverfahren ein Gesetz durchzupauken, das speziell die Zahnärzte für ihr konsequentes Eintreten in bezug auf die Einführung von mehr marktwirtschaftlichen Elementen abstrafen soll, werden aufs Schärfste verurteilt.

Die Mitglieder der Kammerversammlung der Zahnärztekammer Nordrhein rufen die Verantwortlichen der Politik auf, die gesetzliche Krankenversicherung nicht zum Spielball von Wahlkampfparolen und unbedachten Parteiprogrammen werden zu lassen. Nur ein von Staatsdiktatorismus und übermächtiger Krankenkassenbürokratie befreites Gesundheitswesen, das von einer verantwortungsbewußten Partnerschaft aller Beteiligten getragen

wird, wird auf Dauer Bestand haben und den Anforderungen der Zukunft entsprechen können.

Dr. Jürgen Strakeljahn, ZA Evertz Lindmark

6 Antragsteller: Dr. Peter Paul Grzonka Solidaritätsprinzip

Die Kammerversammlung möge beschließen, daß der Kammervorstand in Zusammenarbeit mit der BZÄK mit geeigneten Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit klarstellt, was der Sinn eines Solidaritätsprinzips in der Krankenversicherung ist.

Begründung:

Es muß in der Bevölkerung auf breiter Basis das Bewußtsein gestärkt werden, daß Rauchen, Trinken und Zuckerkonsum zu folgenschweren Gesundheitsschäden führt. Wer mit einer vernünftigen und gesunden Lebensführung dazu beiträgt, die Kosten im Gesundheitswesen zu reduzieren, darf nicht dadurch bestraft werden, daß er die Kosten für andere übernimmt, die mit ihrer ungesunden Lebensführung mit ihren hohen Folgekosten (z. B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Leberschäden, Erkrankungen des Kausystems) die Gemeinschaft belasten. Ein Ergeben von Mehrkosten auf Alkohol, Tabakwaren und Zucker bzw. eine separate Absicherung bei extremen Sportarten (z. B. Fun-Board, Inline-Skatern) soll ange-dacht werden, um so von der Ursache her Einnahmen zu erhalten, die zur Behebung bzw. Versorgung dieser Erkrankungen beitragen und somit die Solidaritätskasse entlasten.

7 Antragsteller: Dr. Udo Guddat Zahnarzthaftung

Der Kammervorstand wird beauftragt, durch eine entsprechende zeitnahe, juristisch abgesicherte Veröffentlichung, z. B. im RZB, und durch direkte entsprechende Mitteilung an alle Kammerversammlungsdelegierten klarzustellen, daß eine Zahnärztin oder ein Zahnarzt nicht letztendlich für Folgen haftet, die sich aus der Anwendung von geprüften Materialien und Medikamenten möglicherweise ergeben kann.

Begründung:

„Der Zahnarzt haftet letztendlich immer“


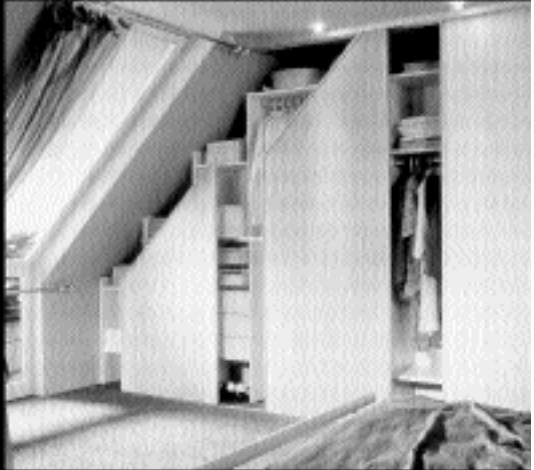
Angeregt durch einen Artikel im Spiegel über angeblich gesundheitsgefährdende schwermetallbelastete Medikamente, hier speziell auch Guttapercha-Stifte für die Wurzelfüllung, ebenfalls auch diskutiert in DZW und an anderer Stelle, fühlen und fühlten sich selbst führende Standespolitiker immer wieder veranlaßt, überlegt oder unüberlegt die oben zitierte Äußerung bei ähnlichen Diskussionen unkritisch zu bestätigen und damit zu verbreiten. Hiermit wird durch die Kollegen und damit durch Fachleute etwas präjudiziert, was bei möglichen juristischen Auseinandersetzungen gerade wegen dieser Präjudizierung der Zahnärzteschaft zum Nachteil gereichen kann, indem ein Richter sich auf diese Äußerungen stützt und möglicherweise zu einem für die Zahnärzteschaft ungünstigen Urteil kommt.

Deshalb muß hier eindeutig festgestellt werden, daß eine Zahnärztin oder ein Zahnarzt nur für Material und Medi-

1. Kleiderschränke
2. Begehbarer Schrank
3. Raumteiler für Wohnung und Praxis
4. Betten und Schlafzimmer

LUNA

50672 Köln
Hohenzollernring 103
Tel.: 0221 - 5101779

... Raumhoch, von Wand zu Wand. Nach Ihren individuellen Wünschen gestaltet. Besuchen Sie unsere wunderschöne Ausstellung am Hansaring, die Ihnen viele Anregungen geben wird. Wir beraten Sie natürlich auch gerne zu Hause. Öffnungszeiten: Samstag von 10.00 - 16.00 Uhr, Mo. bis Fr. 11.00 - 19.00 Uhr.

Poliform

STUDIO

50670 Köln
Hansaring 88
Tel.: 0221 - 9129143

kamente haftet, die er selbständig voll umfänglich überblicken kann. Demgegenüber muß er sich aber bedingungslos darauf verlassen können, daß Medikamente und Materialien mit einer bundesdeutschen Zulassung für den gedachten (und geprüften) Anwendungszweck von ihm am Patienten eingesetzt bzw. verwendet werden können. Eine irgendwie geartete materialtechnische oder sonstige Verträglichkeitsprüfung kann von der praktizierenden Zahnärzteschaft weder gefordert noch durchgeführt werden. Vielmehr ist es Aufgabe der Industrie und danach der zahnärztlichen Berufsvertretungen, auf mögliche Gefahren durch Medikamente und Materialien rechtzeitig hinzuweisen.

Deshalb muß Äußerungen wie „der Zahnarzt haftet letztendlich immer“, endlich dadurch ein Ende gemacht werden, indem vor allem den Ehrenamtsträgern, aber auch allen anderen Zahnärztinnen und Zahnärzten praktisch untersagt wird, solche schwerwiegenden Äußerungen in der Öffentlichkeit zu machen, da sie in der so vereinfachten Form nicht zutreffend sind und nur dazu dienen, die praktizierende Kollegenschaft zu verunsichern.

8 Antragsteller: **Dr. Winfried Will, Dr. Frank Wernecke** **Pressereferent**

Die Kammerversammlung beauftragt den Vorstand der Zahnärztekammer, einen Pressereferenten aus den Reihen der Geschäftsführung zu benennen. Dieser hat sich eines täglichen regionalen Ausschnittdienstes zu bedienen und in Absprache mit dem Referenten für die Öffentlichkeitsarbeit unmittelbar zu reagieren. Hier sind insbesondere polemische Äußerungen direkt beim Chefredakteur abzumahnern und inhaltliche Klarstellungen abzusetzen.

Über die geleistete Tätigkeit ist der Kammerversammlung regelmäßig Rechenschaft abzulegen.

Begründung:

Auf die sich in diesem Jahr auf das Unerträglichste häufende diffamierende Pressekampagne wurde nicht reagiert, in der Hoffnung, dieses werde auf Bundesebene eingeleitet. Hier wurden wir alle enttäuscht und müssen dies auf Nordrheinebene selber bewältigen.

9 Antragsteller: Dr. Josef Lynen, Dr. Ernst Goffart **Solidaritätsstärkungsgesetz**

Die Kammerversammlung fordert den Vorstand der Zahnärztekammer auf, umgehend durch gezielte Auf-

klärung unserer Patienten klarzustellen, daß nach dem neuen Solidaritätssicherungsgesetz

1. für innovative Behandlungsformen keinerlei Zuschuß der Kassen erlaubt ist, nach dem Motto „Null Zuschuß für den Fortschritt“,
2. ein Rückfall in die Zwei-Klassen-Medizin programmiert ist, der dazu führt, daß a) Reiche und b) Härtefälle (also GKV-Mitglieder, die besonders wenig zur Finanzierung beitragen), in der Bezuschussung bevorzugt werden und damit letztendlich die hochwertigste Versorgung erhalten.

Begründung:

Durch Information der Bevölkerung und der Politiker über diese Konsequenzen des Solidaritätssicherungsgesetzes können möglicherweise noch Nachbesserungen erreicht werden.

10 Antragsteller: Dr. Ernst Goffart **Besoldungsgruppen**

Die Kammerversammlung fordert den Vorstand der Zahnärztekammer Nordrhein auf, eine Gegenüberstellung der Entwicklung von drei repräsentativen Besoldungsgruppen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes mit der GOZ von 1988 bis heute zu erstellen.

Begründung:

Diese Zahlen werden zweifelsfrei belegen, daß die Politiker, bezogen auf das GOZ, ohne reale Grundlage argumentieren. Sie sind plakativ im Umfeld des Antrages auf Absenkung des Schwellenwertes durch die Regierungsvertreter Schleswig-Holsteins zu verwenden.

11 Antragsteller: Dr. Peter Esser **Versorgungswerke**

Die Kammerversammlung der Zahnärztekammer Nordrhein fordert den Erhalt der berufsständischen Versorgungswerke und den uneingeschränkten Zugang aller Berufsanfänger zu diesem bewährten System einer Altersvorsorge ohne jegliche Belastung für den Staatshaushalt.

Begründung:

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist die Einbeziehung aller Alterssicherungssysteme in einer Rentenreform sowie die Sozialversicherungspflicht für jede Erwerbstätigkeit geplant. Dieses Vorhaben gefährdet den Bestand der berufsständischen Versorgungswerke.

Umbau – Ausbau und Renovierung

Ihrer Praxis.
Alles in einer Hand,
langjährige Erfahrung,
garantiert höchste Qualität.

Malerbetrieb/Innenausbau H.-J. Burczyk

Wittener Straße 109 a
42279 Wuppertal
Telefon (02 02) 66 45 08

Suchen Sie nicht länger vergeblich !

Röntgenbilder duplizieren wir für 30,- DM incl. Mwst. zzgl. Versand



Wenn Versicherungen, Gutachter, Gesundheitsamt oder Krankenkassen Unterlagen anfordern, so können Sie bei uns preiswert Duplikate erstellen lassen.

Gesellschaft für Dental-Service · Marktplatz 41 ·
53773 Hennef · 02242 - 86 63 02 (Fax: 96 76 42)



Schichtenkürzungsmaßnahme gefährdet zahnärztliche Versorgung Weitere Verluste von PatientInnenrechten durch neue Gesundheitsreform

Die neue Gesundheitsreform ist ein gescheitertes Projekt. Die Gesundheitsreform (ZAK-Vertrag) am 18. Dezember 1998 ist ein Scheitern. Sie ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats der gewalttätigen Kapitalisten. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats.

Beurteilung der zahnärztlichen Versorgung nach der Gesundheitsreform

Die neue Gesundheitsreform ist ein gescheitertes Projekt. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats.

Nach Zürich Zahnärztliche Versorgung

Die neue Gesundheitsreform ist ein gescheitertes Projekt. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats.

Zahnärztliche Versorgung nach der Gesundheitsreform

Die neue Gesundheitsreform ist ein gescheitertes Projekt. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats.

Die neue Gesundheitsreform ist ein gescheitertes Projekt. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats.

Neue zahnärztliche Versorgung nach der Gesundheitsreform

Die neue Gesundheitsreform ist ein gescheitertes Projekt. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats. Die Reform ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaats.

MEMORANDUM

Zentraler Arbeitskreis Nordmeck
Ludwig-Lohse-Straße
49047 Bielefeld
Tel. 0531 12 89 29

Kontaktadresse:
Dr. med. dent. Ulrich Zwick
Hilfenbergweg 21, 49096 KNA
Tel. 0531-911111
Fax: 0531-911111
Kontaktadresse: Bielefeld
Dr. Christian Zwick

Weiterer Verlust von Patentrechtschrieben durch neues Gesundheitsreformgesetz

Während der letzten 10 Jahre hat die Schweiz verloren: "Wichtige Erfindungen zum Beispiel" (ZAK-Beilage) (ZAK 10/14) und die Liste der Erfindungen, die in der Schweiz nicht mehr geschützt sind, sondern für andere Länder offen. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Wie hoch liegt die Schutzgebühr?

Jedes Patentrecht hat ein bestimmtes Ausmass an Schutz. Die Schutzgebühr ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Was ist die Schutzdauer?

Die Schutzdauer ist die Zeit, die ein Patentrecht schützt. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Welche Rechte hat der Patentinhaber?

Der Patentinhaber hat das Recht, die Erfindung zu nutzen und zu vermarkten. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Wie wird ein Patent erteilt?

Ein Patent wird erteilt, wenn die Erfindung neu, erfindungsgemäss und gewerblich anwendbar ist. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

Wie wird ein Patent widerrufen?

Ein Patent kann widerrufen werden, wenn die Erfindung nicht neu, nicht erfindungsgemäss oder nicht gewerblich anwendbar ist. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft. Die Patente sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Wirtschaft.

UMFRAGEN

Zentralratskommission für die Schweiz
Erichstrasse 10
4054 Basel
Tel. 051 25 11 11

Anschreiben:

Zentralratskommission für die Schweiz
Erichstrasse 10
4054 Basel
Tel. 051 25 11 11

6. Nordrheinischer Hochschultag in Düsseldorf

Nur Qualität hat Zukunft

Der diesjährige, mittlerweile schon fast traditionelle Hochschultag der nordrheinischen Universitätskliniken und der Zahnärztekammer Nordrhein erwies sich wieder als beachtlicher Erfolg. Der 6. Hochschultag fand am 14. November 1998 im multimedialen Hörsaal der Medizinischen Einrichtungen der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf statt. Angesichts von 300 interessierten Teilnehmern, welche die breitgefächerten Vorträge der insgesamt 20 Referenten aufmerksam verfolgten, kann von einer erfreulich großen Resonanz gesprochen werden.

Neben der Präsentation einer praxisrelevanten Forschung der nordrheinischen Hochschulen stand die Verbundenheit zwischen den Universitätskliniken und den zahnärztlichen Praxen im Vordergrund. Gerade die gesundheitspolitisch angespannte Situation der deutschen Zahnheilkunde fordert eine geschlossene Einheit im Berufsstand. Ganz in diesem Zeichen stand der diesjährige gemeinsame Hochschultag!

Prof. Dr. U. Stüttgen, Direktor der Poliklinik für zahnärztliche Prothetik der Heinrich-Heine-Universität, hob in seiner Eröffnungsansprache das „schwierige Fahrwasser“ hervor, in dem sich die deutsche Zahnheilkunde befinde. Den Universitätskliniken drohe mit der Verlagerung der zahnmedizinischen Ausbildung an Fachhochschulen der Boden für eine wissenschaftliche Zahnheilkunde entzogen zu werden.

In einem kurzen Rückblick verwies Dr. P. Schöning, Präsident der Zahnärztekammer Nordrhein, auf die Tradition des seit 1981 ausgetragenen Hochschultages. Unter Hinweis auf den engen Zusammenhang zwischen Ausbildungszahlen und Ausbildungsqualität unterstrich Dr. Schöning die ungünstige Betreuungsrelation. Dies wirke sich negativ auf die Qualität der praktischen Arbeit aus, und deshalb sei eine Verringerung der Ausbildungszahlen geboten. Entschieden sprach sich der Präsident auch gegen eine Ausgliederung der

Zahnmedizin aus dem Universitätsbereich aus. Der bereits 1953 behobene Dualismus von Zahnärzten und Dentisten dürfe nicht wieder in eine zahnmedizinische Ausbildung an Fachhochschulen münden. Dr. Schöning ging zudem auf den von der Bundeszahnärztekammer gefaßten Beschluß der Einführung von Inter-

Dies nur als „Aperitif“ mit Hinweis auf die umfassende Berichterstattung über die Einzelreferate im Folgeheft!

der diesjährige Hochschultag einen Beitrag leisten sollte.

Die Schlußworte zur Verabschiedung sprach der Fortbildungsreferent der



Dr. Paul Schöning und Prof. Dr. Ulrich Stüttgen

senschwerpunkten ein, die zu einer kontroversen Diskussion unter der Kollegenschaft geführt habe. Die Zahnärztekammer Nordrhein habe eine kritische Einstellung gegenüber der Herausstellung von Spezialgebieten. Es sei als nicht vorteilhaft zu erachten, einzelne Interessen einer umfassenden qualitativen Zahnheilkunde vorzuziehen. Da eine freie Marktsituation durch die geplante Rückführung des 2. NOG in weite Ferne gerückt sei, bestünden hinsichtlich der Werbeintention Bedenken. Eindrücklich stellte Dr. Schöning bei der abschließenden Gesamtbeurteilung das Streben nach einer qualitativ hochwertigen Zahnheilkunde in den Vordergrund, zu der auch

Zahnärztekammer Nordrhein, Dr. P. Engel. Er bedankte sich bei den Veranstaltern und Referenten für die gelungene Umsetzung des Hochschultages.

Als Fazit des Nordrheinischen Hochschultages möchte ich herausheben, daß es in erfreulicher Weise gelungen war, einen wissenschaftlichen Informationsfluß auf die versammelten praktizierenden Kollegen zu übertragen und somit deren Interesse an der universitären Forschung zu wecken. Eine enge Kooperation aller Zahnärzte ist unerlässlich auf dem Weg in die Zukunft. Letztlich gilt: Nur Qualität hat Zukunft!

Helferinnen machen mobil

Am 21. November 1998 war es soweit. Die Arzt- und Zahnarthelferinnen wollten nicht mehr länger nur zusehen oder sogar Opfer der Streitigkeiten zwischen Politikern, Kassen und Ärzten sein.

Der **Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierarthelferinnen (BdA)** hatte zu einer Aktion nach Dortmund gerufen. Etwa 1 500 Teilnehmerinnen aus allen Landesverbänden in Deutschland kamen und demonstrierten von 12 bis 15 Uhr friedlich mit zahlreichen Transparenten, Plakaten und guten Ideen.

Das Ziel, ein **gerechtes Gesundheitswesen**, ist auch nach dem Regierungswechsel noch meilenweit entfernt, und so setzte man sich um 13 Uhr vom Sammelpunkt gegenüber dem Hauptbahnhof zur ersten Protestmeile in Bewegung.

Wie ein weißer Lindwurm wälzte sich der Demonstrationzug durch die Dortmunder Innenstadt. Er war seit Juni 1998 mit großer Sorgfalt geplant und mit zahlreichen Gags gespickt. Es gab sogar einen Song zur Demo. Dieser wurde von der Landesvorsitzenden aus Nordrhein **Luisa Drehsen** nach der Melodie „Old McDonald has a farm“ gekonnt intoniert und per Megaphon vorgetragen. Der Refrain **„ohne uns läuft nichts“** entwickelte sich immer mehr zum Schlachtruf, der zahllose Passanten aufhorchen und „BVB“ für zwei Stunden vergessen ließ. Der Text war eindeutig und einleuchtend. „Verschwinden wir, ist die Gesundheit weg, **ohne uns läuft nichts**. Das ist egal, die Politik kümmerts 'nen Dreck, **ohne uns läuft nichts**.“

Protest berechtigt

Der Protest der Helferinnen ist mehr als berechtigt. Statt neue Arbeitsplätze zu schaffen und die alten zu sichern, werden durch das geplante Gesetz hochqualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze in der ambulanten Medizin gefährdet und zerstört. Die 32 000 im BdA organisierten Helferinnen bilden die Speerspitze der weit über 500 000 Arzt- und Zahnarthelferinnen in Deutschland. Auf einen



Der Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierarthelferinnen, welcher 32 000 Mitglieder zählt, hatte zu einer bundesweiten Aktion nach Dortmund eingeladen. Das Ziel, ein gerechtes Gesundheitswesen, ist noch meilenweit entfernt.

niedergelassenen Arzt kommen 15 Personen, die aus der Versorgung der Kranken und den Vorbeugemaßnahmen der noch Gesunden ihre Arbeit und ihr Einkommen beziehen. In Deutschlands Arzt- und Zahnarztpraxen sind mehr Mitarbeiter tätig als in der gesamten Automobilindustrie. Trotzdem hat man bis heute von keinem Bundeskanzler, auch nicht von dem neuen Kanzler **Gerhard Schröder**, der sich gerne als Automann bezeichnen läßt, gehört, daß ihm die Arbeitsplätze im Gesundheitswesen genauso wichtig sind.

350 000 dentale Arbeitsplätze

Nach einer jüngsten Veröffentlichung hängen an den mehr als 50 000 niedergelassenen Zahnarztpraxen rund 350 000 Arbeitsplätze, darunter 147 500 für Zahnarthelferinnen und 42 000 für Auszubildende. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern weist Deutschland die höchste Anzahl beschäftigter Zahnarthelferinnen je Zahnarzt auf. Auf einen berufstätigen Zahnarzt kommen im Durchschnitt 2,5 Zahnarthelferinnen. In Schweden sind – unter Berücksichtigung des in Zahnarztpraxen tätigen Prophylaxepersonals – je Zahnarzt durchschnittlich rund zwei, in den Niederlanden im Durchschnitt nur eine Helferin pro Zahnarzt tätig. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge für Zahnarthelferinnen in Deutschland ist seit 1996 rückläufig. Im Jahr 1996 wurden bundesweit 15 008 Ausbildungsverträge abgeschlossen, 1997 14 523 und 1998 nur noch 13 222.

Im Anschluß an die erste Protestmeile fand auf dem Friedensplatz in Dortmund, leider unter schwacher Beteiligung der Öffentlichkeit, eine Kundgebung statt.

Kundgebung auf dem Friedensplatz

Die Bundesvorsitzende, Frau **Keim-Meermann**, forderte in einer starken Rede eine solide Finanzierung des Gesundheitssystems mit Erhalt der vielen tausend Arbeitsplätze in der ambulanten Medizin, leistungsgerechte,



Am 21. 11. 1998 gingen 1 500 Teilnehmerinnen die erste Protestmeile. Wie ein Lindwurm wälzte sich der Demonstrationzug durch die Dortmunder Innenstadt. Darunter auch die ideale Praxismitarbeiterin. Sie hat acht Hände.



Die Protestmeile war mit großer Sorgfalt geplant und mit zahlreichen Gags gespickt. Hier das Skelett „Hugo“ im Helferingengewand. Es gab sogar einen Song zur Demo: „Ohne uns läuft nichts“.

bundesweit verbindliche Tarifgehälter für die Mitarbeiterinnen und ein Mitspracherecht.

„Für die Betreuung der Patienten im ambulanten Gesundheitswesen sind die Zahnärzthelferinnen unverzichtbar.“

Zahnärzthelferinnen sorgen mit viel Eigeninitiative und Engagement innerhalb des Praxisteam für eine hochqualifizierte Betreuung der Patienten. Sie appellierte an die zahnärztlichen Körperschaften: „Schaffen Sie mehr Transparenz und Information für Ihre Kollegen und Kolleginnen in den Praxen bezüglich delegierbarer Leistungen und sorgen Sie damit für Rechtssicherheit.“

Frau **Keim-Meermann** warf der neuen Regierung vor, daß sie vorschnell das Kostenerstattungsmodell aufgegeben habe. Auch lehnte sie die Einbeziehung der Jugendlichen in die Sachleistung für Zahnersatz ab, weil dadurch der Präventionsgedanke wieder in den Hintergrund gedrängt würde. Sie schloß selbstbewußt mit den Worten: „Wir wollen nicht länger Opfer der Berufs- und Gesundheitspolitik bleiben.“

Verschlechterung der Rahmenbedingungen

Der Vertreter der Ärzteschaft **Dr. Hirschmann** hatte insofern keinen leichten Stand, als am Vortage die Tarifkommission in Frankfurt ergebnislos auf März 1999 vertagt worden war. Er beklagte den Druck, der von der Politik auf die 110 000 Arztpraxen mit ca. 500 000 Angestellten ausgeübt wird. „Durch andauernde staatliche Eingriffe in den letzten Jahren wurden sowohl die strukturellen,

als auch die finanziellen Rahmenbedingungen konstant verschlechtert. Die sektorale Budgetierung wird in den Arztpraxen zu einer Rationierung ärztlicher Leistungen führen und zu einem Abbau von Arbeitsplätzen.“

Dem **Freien Verband Deutscher Zahnärzte** wurde hoch angerechnet, daß er sich der Diskussion stellte. Anstelle des verhinderten Bundesvorsitzenden **Dr. Beckmann** sprach das Bundesvorstandsmitglied **Dr. Gerritz**. Er begrüßte den Protest der Arzt- und Zahnärzthelferinnen.

„Es muß Schluß sein mit einer Gesundheitspolitik, die der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Praxis immer mehr Aufgaben und Leistungen auferlegt und diese Leistungen nicht anerkennt. Wer Gerechtigkeit im Gesundheitswesen verspricht, muß auch Gerechtigkeit gegenüber denjenigen walten lassen, die die Leistungen erbringen.“

Rationierung nicht der richtige Weg

Gerritz wies auf **Schröders** Regierungserklärung hin. Da hatte es geheißen: „Nicht die Rationierung in der gesetzlichen Krankenversicherung ist der richtige Weg.“

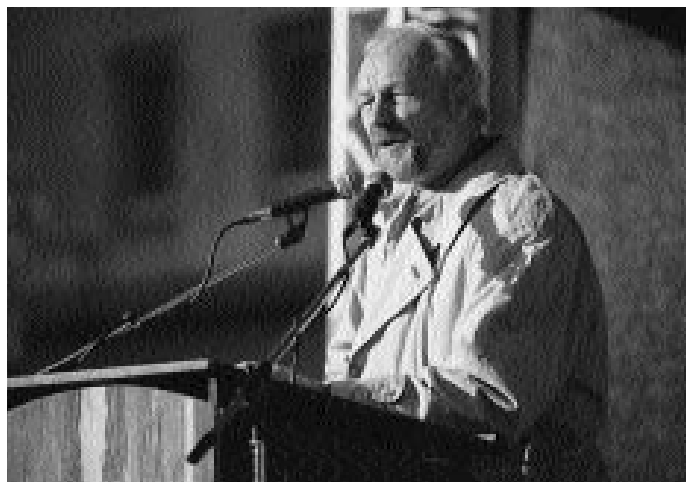
„Man muß sich fragen, hat der neue Bundeskanzler nicht gelesen, was die SPD-Fraktion gemeinsam mit der grünen Gesundheitsministerin **Andrea Fischer** als Solidaritätsstärkungsgesetz am 11. November 1998 in den Deutschen Bundestag eingebracht hat?“

Das oberste Prinzip dieses Vorschaltgesetzes lautet: **Budgetierung, Budgetierung** und nochmals **Budgetierung**. Als Jahresbudget, als Praxisbudget (degressiver Punktwert) und als Tagesbudget (Tagesprofil).

Weiß Herr Schröder nicht, daß Budgets die Qualität ärztlicher Leistung zerstören und für die Patienten direkt in die Rationierung führen?

Vor der Wahl hatte **Gerhard Schröder** versprochen, daß er „nicht alles anders, sondern nur vieles besser machen“ wolle. Im Gesundheitsbereich macht er alles anders und nichts besser. Die nächste Protestmeile ist nicht weit.

Franz Peters



Bei der Kundgebung auf dem Friedensplatz sprach auch **Dr. Kurt Josef Gerritz**: „Es muß Schluß sein mit einer Gesundheitspolitik, die der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Praxis immer mehr Aufgaben auferlegt und diese Leistungen dann nicht honoriert.“

Fotos: BdA/Markus Steur

„Nur ein Vorschaltgesetz“

„Wir bitten Sie eindringlich, den bevorstehenden Dialog um die Strukturreform nicht durch Maßnahmen im Vorschaltgesetz zu belasten, die zu einer schwierigen Versorgungssituation der Patienten im kommenden Jahr führen werden. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.“

Das schrieben **Dr. Karl H. Schirbort** und **Dr. Peter Kuttruff** am 7. Dezember 1998 der Ministerin **Andrea Fischer** (Bündnis 90/Die Grünen). Gleichlautende Briefe gingen an **Rudolf Dreßler** (SPD), **Klaus Kirschner** (SPD), Frau **Gudrun Schaich-Walch** (SPD) und Frau **Katrin Göring-Eckardt** (Bündnis 90/Die Grünen).

Leider ohne Erfolg. Mit der Mehrheit von Rot-Grün und zusätzlichen PDS-Stimmen ist das Solidaritätsstär-

handwerkliche Fehler bei der Erarbeitung des Gesetzes vor. Er empfahl für Anfang des Jahres 1999 eine Korrektur des Korrekturgesetzes. „Im Entwurf stehen Punkte, die wir so nicht mit dem Koalitionspartner vereinbart hatten. Wir verlieren ja beim Gesprächspartner jede Berechenbarkeit, wenn wir nicht zu unserem Versprechen stehen.“ Der „peinliche Fehler“ sei wohl in der „Administration des Gesundheitsministeriums“ passiert. Die Texte seien „in aller Hektik in der Nacht vor der dritten Lesung geschrieben worden“ und nicht „in jedem Detail gleich zu überschauen“ gewesen. Vor der Bundestagswahl hatte Rudolf Dreßler am 6. April 1998 in der Rheinischen Post noch Optimismus verbreitet: „Schnelle Kompromisse von SPD und Grünen sind möglich.“ Dennoch warnte er bereits damals seine Partei vor den grünen Plänen einer bedarfsorientierten

wesenden **MdB Dr. Wolfgang Wodarg**, Mitglied im Gesundheitsausschuß des Deutschen Bundestages, vor, daß das SolG von der Ministerialbürokratie in aller Eile am Gesundheitsausschuß vorbei zusammengestellt wurde. Der Schleswig-Holsteiner SPD-Abgeordnete, Internist und ehemalige Leiter eines Gesundheitssamtes, widersprach, hörte sich aber Punkt für Punkt die gemeinsam vorgetragene Kritik am SolG an.

Dr. Kurt J. Gerritz wies darauf hin, daß es für den zahnärztlichen Bereich nicht dieser fehlerbehafteten Eile bedurft hätte, zumal von diesem Bereich keinerlei Gefahr für die Beitragsstabilität der gesetzlichen Krankenversicherung ausgehe.

Zahnersatz und Kieferorthopädie als **vorher** von den Krankenkassen zu genehmigende Leistungen neuerdings für budgetfähig zu erklären, sei ein Riesenfehler der rot-grünen Politik und vom Bürger nicht nachvollziehbar. Der Patient muß sich auf die Genehmigung des HKP und die Kostenzusage verlassen können, ebenso der Zahnarzt. Des weiteren warnte **Dr. Kurt J. Gerritz** vor einer weiteren Honorarabsenkung beim Zahnersatz. Die letzte Honorarkürzung von 10 Prozent beim Seehofer-GSG wurde damit begründet, Zahnersatz sei nicht budgetierbar.

Bei einem Kostenanteil von 67 Prozent für Material- und Laborkosten bedeute eine 10prozentige Absenkung in Wirklichkeit eine über 30prozentige Gewinnreduzierung. Das sei ein unverhältnismäßiger Eingriff, zumal der Zahnarzt von dem verbleibenden Honorar noch die Praxiskosten inklusive Personal- und Sachkosten zu zahlen habe.

Dr. Jochen Brückmann erklärte, daß seine Vereinigung den degressiven Punktwert so nicht gewollt habe. Einmal müsse der degressive Punktwert für die KZV umsetzbar sein. Zweitens sollten die Degressionsbeiträge in den Gemeinschaftstopf der Zahnärzte zurückfließen und nicht an die Krankenkassen.



Dr. Jochen Brückmann, Dr. Wolfram Kolossa und ZA Jürgen Scholz

kungsgesetz (SolG) in 2. und 3. Lesung im Deutschen Bundestag am 10. 12. 1998 nach chaotischen Vorgängen im Vorbereitenden Gesundheitsausschuß mit zuletzt 45 Änderungsanträgen durchgesetzt worden.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Sozialexperte **Rudolf Dreßler** aus Wuppertal warf der neuen Gesundheitsministerin in aller Öffentlichkeit schwere

Grundsicherung. „Und das ist eine große Gefahr, mit der sich die Grünen wohl nicht hinreichend auseinandergesetzt haben. Schaut man sich andere Länder an, die so etwas haben, dann ist man schnell kuriert.“

Doch zurück zur aktuellen Situation. Bei einer Podiumsdiskussion im Decksteiner Club in Köln am 30. November 1998 zur rot-grünen Gesundheitspolitik warf der Vorsitzende des DAZ, **Dr. Wolfram Kolossa**, dem an-



MdB Dr. Wolfgang Wodarg (li.) und Dr. Kurt J. Gerritz

Dr. Wolfram Kolossa fragte **Dr. Wolfgang Wodarg**, warum man den Zahnärzten im Rahmen der Budgetierung die Lohnsummenzuwächse für 1998 und 1999 vorenthalte, während alle anderen, sogar die Zahntechniker, diesen Zuwachs erhalten.

Dr. Kurt J. Gerritz wies darauf hin, daß die Aussage von Gesundheitsministerin **Andrea Fischer** im Deutschen Bundestag, man wolle „niemandem etwas wegnehmen, sondern nur den Zuwachs jährlich begrenzen“, falsch sei. Den Zahnärzten bürde man neue Leistungen auf, z. B. Zahnersatz der Jugendlichen, Jahrgänge 1979 und jünger, ohne den Budgetrahmen zu erhöhen, obwohl die Regierung selber dieses Wahlversprechen mit 174 Mio. DM pro Jahr beziffert habe.

Im Prinzip soll also die Zahnärzteschaft für die Wahlaussage von Rot-Grün geradestehen und bezahlen.

Unberücksichtigt bleibt ferner, daß der prozentuale Zuschuß der Krankenkassen bei der Versorgung mit Zahnersatz zum 1. Juli 1997 von 50 Prozent auf 45 Prozent reduziert wurde.

Dr. Jochen Brückmann wies auf eine weitere gesetzliche Regelung hin, die zusätzlich das Budget des Jahres 1999 belaste, ohne daß diese vom Zahnarzt zu beeinflussen sei. Ab dem 1. Januar 1999 erhält ein nicht unerheblicher Teil von Versicherten Anspruch auf einen zusätzlichen Bonus. Der Zahnersatzzuschuß erhöht sich danach auf 65 Prozent. Allein aufgrund dieser gesetzlichen Regelungen, die bei der Festlegung des Budgets nicht berücksichtigt sind, muß man mit wesentlich höheren Ausgaben für Zahnersatz rechnen. Versammlungsleiter **Jürgen Scholz** erklärte: „Hinzu kommt, daß es im Jahre 1998 beim Zahnersatz sehr

starke Einbrüche gab. Die Ausgabenrückgänge lagen in den alten Bundesländern bei ca. 25 Prozent und in den neuen Bundesländern noch höher. Viele Krankenkassen empfehlen ihren Versicherten, bis ins nächste Jahr zu warten. Es ist davon auszugehen, daß im Jahre 1999 verstärkt Zahnersatzleistungen von den Patienten nachgefragt werden. Dieser Nachholeffekt kann bei einem zu knappen Budget nicht befriedigt werden.“

Die drei Vertreter vom Freien Verband (FVDZ), Deutscher Arbeitskreis Zahnheilkunde (DAZ) und Vereinigte Demokratische Zahnmedizin (VDZM) erklärten übereinstimmend, daß eine solche Politik bei diesen Vorgaben unmittelbar in die Rationierung führen muß.

Dr. Wolfgang Wodarg, der sich jede Menge Notizen zu den einzelnen Kritikpunkten gemacht hatte, begrüßte den Gedankenaustausch und den konstruktiv-kritischen Dialog, den er unbedingt fortsetzen wolle, da im Gesundheitsausschuß niemand von den Regierungsparteien zahnärztlichen Sachverstand habe und über die entsprechende Kompetenz verfüge. Er selber habe als Leiter des Gesundheitsamtes einen Arbeitskreis für Jugendzahnspflege mitbegründet und betone die absolute Priorität der Prävention.

Dr. Kurt J. Gerritz wies auf die Unsinnigkeit der Budgetierungspolitik hin, die dem Arzt/Zahnarzt allein das Morbiditätsrisiko aufbürde. Hinzu komme bei dem rot-grünen Vorschaltgesetz, daß durch die Einbeziehung der Jugendlichen, die keine

WENN
BEI
IHRER
PRAXIS-
EINRICHTUNG
ALLES
STIMMEN
SOLL...

bASTEN

PRAXISEINRICHTUNGEN

- individuelle Beratung und Planung Ihrer gesamten Praxis durch erfahrene Ingenieure und Designer
- modernes, individuelles Design Ihrer neuen Einrichtung durch Entwurf und Anfertigung im eigenen Fertigungsbetrieb
- kompletter Ausbau Ihrer Praxisräume durch Generalunternehmer bei Neubau und Renovierung

...dann verlieren Sie keine Zeit und rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

BASTEN PRAXISEINRICHTUNGEN
47804 Krefeld - Ortmannsheide 66
Tel.: (0215) 714164 - Fax: (0215) 712465



Dr. Wolfram Kolossa ist niedergelassener Zahnarzt in Schleswig-Holstein und Vorsitzender des Deutschen Arbeitskreises für Zahnheilkunde (DAZ).



Dr. Jochen Brückmann ist niedergelassener Zahnarzt in Lohmar und Pressesprecher der Vereinigung Demokratische Zahnmedizin (VDZM).



Dr. Wolfgang Wodarg ist Internist. Für die SPD holte er in Schleswig-Holstein den Wahlbezirk Nr. 1. Er gehört dem Gesundheitsausschuß des Deutschen Bundestages an.

Vorsorge betreiben, das Signal statt auf Prophylaxe wieder auf die Spätversorgung gestellt werde. Im übrigen könne man in den Gesetzesentwürfen nirgendwo den Geist der Prävention finden. So soll selbst die zahnärztliche Prophylaxe budgetiert werden.

MdB Dr. Wolfgang Wodarg versprach auch diesen Punkte zu überdenken. Mittlerweile hat der Gesetzgeber die Prophylaxe aus der Budgetierung herausgenommen und

dafür das Budget für Zahnersatz und Kieferorthopädie um fünf Prozent reduziert.

Gleichzeitig sollen die Honorare bei Zahnersatz und Kieferorthopädie um weitere zehn Prozent, mindestens aber bei entsprechenden vertraglichen Regelungen um fünf Prozent abgewertet werden.

Damit wird das Problem nicht gelöst, sondern nur noch verschärft. Der Paradigmenwechsel in der Zahnmedi-

zin – die Umsteuerung von der Spätversorgung hin zu zahnerhaltenden und prophylaktischen Leistungen – kann nicht allein unter kurzfristigen und rein fiskalischen Gesichtspunkten funktionieren. Die Regierungsparteien und die Krankenkassen werden die Verantwortung für dieses Gesetz übernehmen müssen, das durch die Budgetierung die von niemandem gewollte Rationierung einführt.

*Dr. Kurt J. Gerritz
Fotos: Renate Gerritz*

KZV Nordrhein

Ausschreibung eines Vertragszahnarztsitzes gemäß § 103 Abs. 4 SGB V

Die KZV Nordrhein hat nach § 103 Abs. 4 SGB V in einem Planungsbereich, für den Zulassungsbeschränkungen angeordnet sind, auf Antrag eines Vertragszahnarztes, der seine Praxis an einen Nachfolger übergeben möchte, den Vertragszahnarztsitz unverzüglich auszuschreiben.

Für den Planungsbereich **Stadt Bonn** sind Zulassungsbeschränkungen angeordnet.

Aufgrund dessen schreibt die KZV Nordrhein folgenden Vertragszahnarztsitz aus:

Kenn-Nr.: 20/1998

In Bonn-Innenstadt ist **schnellstmöglich** ein Vertragszahnarztsitz in einer bis zum 31. Dezember 1998 bestehenden Gemeinschaftspraxis abzugeben.

Zahnärzte, welche die Zulassungsvoraussetzungen (zum Zeitpunkt der für die Praxisübergabe maßgebliche Zulassungssitzung) erfüllen und sich für den ausgeschriebenen Vertragszahnarztsitz interessieren, werden hiermit gebeten, sich bis spätestens zum **31. Januar 1999** (Eingangsstempel) schriftlich mit den kompletten Bewerbungsunterlagen bei der

KZV Nordrhein, Abt. Reg./Zul.
Lindemannstr. 34–42, 40237 Düsseldorf

unter dem Kennwort „Praxisausschreibungen“ unter Angabe der angegebenen Kenn-Nr. zu melden (Rückfragen unter Tel. 02 11/96 84-2 71, Herr Rees). Später eingehende Bewerbungen können aufgrund dieser Ausschreibungen nicht mehr berücksichtigt werden.

Intensiv-Abrechnungsseminar

am 19./20. März 1999 in Köln

Am 19./20. März 1999 veranstalten die Zahnärztekammer Nordrhein, die Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein und der Freie Verband Deutscher Zahnärzte, Landesverband Nordrhein, unter der Seminarleitung von Dr. med. habil. (Univ. Stettin) Dr. med. dent. Georg Arentowicz im **Hotel Queens, Dürener Str. 287, 50935 Köln**, ein **Intensiv-Abrechnungsseminar** für Zahnärztinnen und Zahnärzte, die kurz vor der Niederlassung stehen (nicht für Zahnarzhelferinnen). Teilnehmer, die nicht dem Kammerbereich Nordrhein angehören, werden gebeten, bei Kursbeginn ihren Kammerausweis vorzulegen.

Anmeldungen an die Zahnärztekammer Nordrhein, Postfach 105515, 40046 Düsseldorf, oder telefonisch unter der Rufnummer 02 11/5 26 05-39, Frau Pisasale/Frau Hecker.

Die Seminargebühr beträgt 300 DM und beinhaltet neben der Teilnahme den Verzehr (2 Mittagessen, Pausenkaffee, Konferenzgetränke) sowie Seminarunterlagen. (Getränke zum Mittagessen gehen auf eigene Rechnung.) Die Reservierung gilt als verbindlich, wenn ein Verrechnungsscheck oder eine Überweisung auf dem Konto Nr. 0 001 635 921 (BLZ 300 606 01) bei der Deutschen Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf, eingegangen ist. Wegen Begrenzung der Teilnehmerzahl erfolgt Berücksichtigung nach der Reihenfolge der Anmeldung.

Eine Rückerstattung der Teilnehmergebühr ist bei Absage bis 3 Tage vor Beginn der Veranstaltung in voller Höhe möglich. Bei später eingehenden Absagen muß die Zahnärztekammer Nordrhein leider einen Kostenanteil von 100 DM einbehalten, da gegenüber dem Vertragshotel eine Bankett-Pauschale zu leisten ist. Der Kursplatz ist jedoch übertragbar.

Programm

Freitag, 19. März 1999

9.00 bis 9.15 Uhr	Begrüßung
9.15 bis 10.30 Uhr	Gehört das erarbeitete Honorar dem Zahnarzt wirklich? (Wirtschaftlichkeitsprüfung, Zufälligkeitsprüfung, Budget, HVM)
10.30 bis 11.00 Uhr	Kaffeepause
11.00 bis 12.30 Uhr	Die Abrechnung prophylaktischer Leistungen
12.30 bis 14.00 Uhr	Mittagessen
14.00 bis 15.30 Uhr	Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) Formvorschriften und Interpretationen der Zahnärztekammer Nordrhein
15.30 bis 16.00 Uhr	Kaffeepause
16.00 bis 17.30 Uhr	Fortsetzung Vortrag
17.30 bis 18.00 Uhr	Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte Die Ziele und Absichten des standespolitischen Interessenverwalters der deutschen Zahnärzteschaft
ab ca. 18.00 Uhr	Die Aussteller laden zu einem Umtrunk ein

Samstag, 20. März 1999

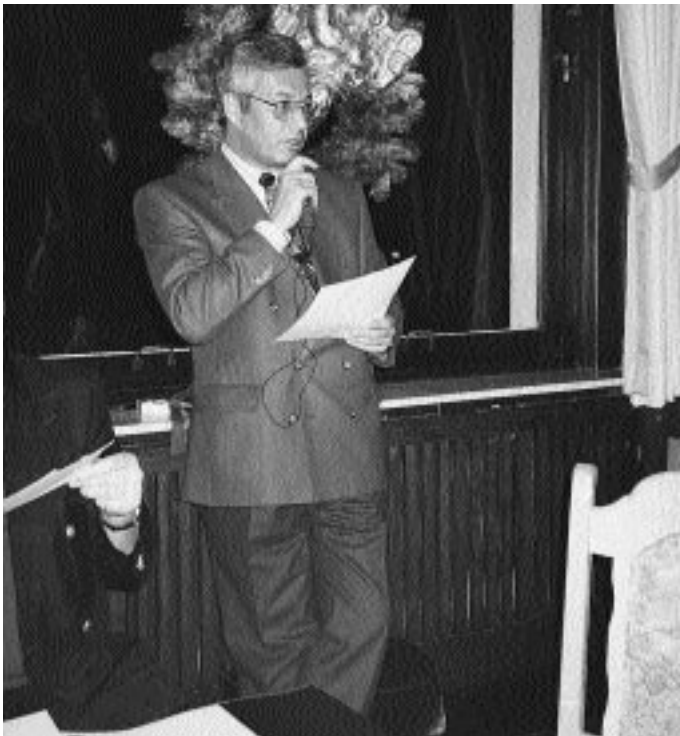
9.00 bis 10.30 Uhr	Zahnersatzplanung und Abrechnung nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen
10.30 bis 11.00 Uhr	Kaffeepause
11.00 bis 12.00 Uhr	Fortsetzung Vortrag
12.00 bis 13.00 Uhr	Abrechnungsmodalitäten bei implantologischen Leistungen
13.00 bis 14.30 Uhr	Mittagessen
14.30 bis 16.30 Uhr	Konservierend-chirurgische BEMA-Positionen, freie Vertragsgestaltung
16.30 bis 17.00 Uhr	Kaffeepause
17.00 bis 18.00 Uhr	Die Anwendung der GOZ bei Leistungen, die im Sinne der <u>kassenzahnärztlichen</u> Versorgung nicht notwendig und erforderlich sind.

Frust in Wuppertal

Zum 1. Dezember 1998 hatte Verwaltungsstellenleiter **Dr. H. J. Lintgen** die niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte in den „Kuhstall“ am Wuppertaler Zoo eingeladen. Viele kamen und ließen ihren Frust über das nach ihrer Meinung verfehlt Vorschaltgesetz der rot-grünen Regierung ab.

Berichterstatter waren die beiden Standespolitiker auf Bundesebene, **ZA Dieter Krenkel** (Vorstand der KZBV) und **Dr. Kurt J. Gerritz** (Bundesvorstand des FVDZ), die in Ermangelung anwesender Regierungspolitiker ihr „Fett“ abkriegen.

Nach der heftigen Diskussion wurde einstimmig eine Resolution (siehe Kasten) verabschiedet.



Dr. Hans-Joachim Lintgen, Verwaltungsstellenleiter von Bergisch Land, eröffnete die mit 87 Zahnärztinnen und Zahnärzten gut besuchte Informationsveranstaltung. Er hatte in der Einladung die Kollegenschaft ausdrücklich aufgefordert, ihren Unwillen über die geplante Gesetzgebung zu äußern. Was dann auch geschah.



Dr. Kurt J. Gerritz, Mitglied im Bundesvorstand des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, ging in seinem Statement auf die geplanten gesetzlichen Veränderungen (wie sektorale Budgetierung, Degressiver Punktwert, Einbeziehung von Zahnersatz und Kieferorthopädie in das Budget) ein.

WEGMANN
Ihr Spezialist für
Chirurgie- und Dentalinstrumente

vormals
nasse

- ▶ Praxisneugründung
- ▶ Praxiserweiterung
- ▶ Praxisbedarf



In NRW gehören wir zu den führenden Anbietern namhafter Hersteller.

Bei Neugründungen und Erweiterungen ist das Zusammenstellen der Instrumente und Geräte oft zeitaufwendig und erfordert Fachwissen und Erfahrung. Nutzen Sie unsere langjährigen Branchenkenntnisse und die Vorteile, die wir Ihnen bieten:

- exklusiv für Sie in NRW: USTOMED-Instrumente zu gleichen günstigen USTOMED-Preisen
- ständige Ausstellung mit ca. 2 500 Instrumenten
- individuelle und ausführliche Fachberatung – gerne auch vor Ort
- erhebliche Preisvorteile durch Bildung von Einkaufsgemeinschaften
- auf Wunsch Vermittlung zu unabhängigen Praxisplanern
- u. v. a.

Gerne übersenden wir Ihnen unseren ausführlichen Katalog.
Wir freuen uns auf Ihren Anruf.

Korbmacherstr. 22 • 46483 Wesel
Telefon (02 81) 98 90-0 • Telefax (02 81) 98 90-20
Postfach 10 11 54 • 46471 Wesel



ZA Dieter Krenkel, Mitglied im Vorstand der KZBV (rechts im Bild), berichtete von Gesprächen des KZBV-Vorstandes mit den verantwortlichen Gesundheitspolitikern wie Gesundheitsministerin Andrea Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Rudolf Dreßler (SPD), Klaus Kirschner (SPD) und Frau Schaich-Walch (SPD). Zahnärztlicher Sachverstand konnte leider nicht in den Gesetzesentwurf einfließen, da die Landesführung erst nachträglich konsultiert wurde. Links im Bild: Dr. Erhard Keßling, stellvertretender Verwaltungsstellenleiter Bergisch Land.



Der Bezirksvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, Dr. Dirk Specht, bei einem starken Wortbeitrag. Er bezeichnete das Vorschaltgesetz als nicht praktikabel und forderte die Kollegenschaft auf, sich zu solidarisieren.



ZA Volker Timmermann sprach sich ausdrücklich gegen einen floatenden Punktwert aus. Die KZV Nordrhein solle die budgetierten Gelder so verteilen, daß der einzelne Kollege in seiner Praxis damit planen könne. Auch müsse die Budgetierung in der Öffentlichkeit spürbar werden.

Resolution

Das Solidaritätsstärkungsgesetz ist patientenfeindlich und vernichtet Arbeitsplätze

Die Zahnärzte/innen im Bereich der Verwaltungsstelle Wuppertal sehen in dem vorgelegten Gesetzesentwurf eine Maßnahme, die den Zielsetzungen in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder widerspricht.

Die Ziele der Regierungserklärung: Stärkung von Prävention, Qualität und Patientensouveränität, eine optimale gesundheitliche Versorgung im Rahmen der Solidargemeinschaft und die Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, werden nicht erreicht.

Im Gegenteil führt das übereilt ins Leben gerufene Vorschaltgesetz zu Qualitätsverlust, verhindert Innovationen, den medizinischen Fortschritt und vernichtet hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Zahnmedizin.

Die Einführung einer Dreifachbudgetierung als Jahresbudget, Praxisbudget (degressiver Punktwert) und Tagesbudget (Tagesprofil) ist praxisuntauglich und im höchsten Maße patientenunfreundlich.

Die Rationierung von Gesundheitsleistungen in der Zahnheilkunde ist nachweislich der falsche Weg.

Für begrenzte Mittel kann es keine unbegrenzten Leistungen geben.

Die anwesenden Mitglieder der Verwaltungsstelle Wuppertal fordern ihre Landesvertreter auf, kurzfristig Konzepte zu entwickeln, die die patientenfeindlichen Auswirkungen der neuen Gesetzgebung verdeutlichen.



Dr. Hartmut Rau aus Wuppertal war der Auffassung, daß man unbedingt mit den rot-grünen Politikern auf Bundes- und Landesebene im Gespräch bleiben müsse. Immerhin sei zum 1. Januar 2000 eine grundlegende Strukturreform geplant. Den zahnärztlichen Körperschaften empfahl er, das Thema Qualitätssicherung offen anzugehen.

Ein Blick in den festlich geschmückten Saal. Weihnachtliche Stimmung konnte bei der angesprochenen Thematik nicht aufkommen. Es herrschte Frust. Auch der Spruch, daß „Geben seliger denn Nehmen“ ist, konnte die Empörung nicht mildern.



Kein Vertrauen in Gesetzgebung



Die Kreisvereinigungsobleute im Bereich der Verwaltungsstelle Duisburg (v. li.): ZA Michael Wupper (Duisburg), Dr. Hartmut Kötter (Wesel) und Dr. Jürgen Köther (Mülheim/Oberhausen).



ZA Harald Schwyrz (Wesel) bei einem Wortbeitrag, neben ihm der Verwaltungsstellenleiter Dr. Kurt J. Gerritz.

Am 11. November 1998 hat im Deutschen Bundestag die erste Debatte der neuen Regierung zum Solidaritätsstärkungsgesetz (SolG) stattgefunden. Das SolG soll als Vorschaltgesetz am 1. Januar 1999 in Kraft treten. Es bringt erhebliche Veränderungen für den Bereich der zahnärztlichen Versorgung der Bevölkerung mit sich. Aus diesem Grunde luden die Kreisvereinigungsobleute **Dr. Jürgen Köther** (Mülheim/Oberhausen), **ZA Michael Wupper** (Duisburg) und **Dr. Hartmut Kötter** (Wesel), sowie der Verwaltungsstellenleiter **Dr. Kurt J. Gerritz** am 2. Dezember 1998 in die Rhein-Ruhr-Halle zu Duisburg-Hamborn zu einer Informationsveranstaltung ein.

Knapp 240 Zahnärztinnen und Zahnärzte kamen und diskutierten mit ihren regionalen Landesvertretern.

Nach ausführlicher Information über die geplanten gesetzlichen Neuregelungen (**siehe Kasten**) und konstruktiver und äußerst disziplinierter Mitarbeit verabschiedeten

die Kolleginnen und Kollegen der Duisburger Verwaltungsstelle mit großer Mehrheit eine Resolution und drei Anträge.

Zuvor hatte der Verwaltungsstellenleiter die Grüße des KZV Vorsitzenden **ZA Ralf Wagner** übermittelt, leider auch die Nachricht von ihm, daß der Zahnersatz um 10 Prozent abgewertet werden soll, das ohnehin knappe Budget für ZE und KFO um 5 Prozent gekürzt werde, dafür die Prophylaxe außerhalb des Budgets für Zahnerhaltung sei.

Weiterhin sollen die Tagesprofile vorerst nicht umgesetzt werden. Fürwahr ein schwacher Trost. Zahnärztlicher Sachverstand ist leider bis zum heutigen Tage in den Gesetzesentwurf nicht eingeflossen. Die Folgen für die einzelnen Praxen und unsere Patienten werden verheerend sein.

Dr. Kurt J. Gerritz, Fotos: Renate Gerritz

Geplante gesetzliche Veränderungen

1. Sektorale Budgetierung für den zahnärztlichen Bereich auf der Basis der abgerechneten Leistungen des Jahres 1997.
2. Einbeziehung von Zahnersatz und Kieferorthopädie in das Budget.
3. Wiedereinführung des degressiven Punktwertes.
4. Rückführung des Zahnersatzes – auch für die Jahrgänge ab 1979 – in die Sachleistung mit prozentualer Bezuschussung und Abrechnung über die KZV.
5. Zahlung des Patientenanteils erst nach Prüfung durch die Krankenkasse.
6. Kein zahnärztliches Honorar für zahnärztlichen Mehraufwand von Keramikronen.
7. Ausgrenzung von großen Brücken, mehr als zwei Verbindungsvorrichtungen und neuen Versorgungsformen. Die Krankenkassen dürfen keinen Zuschuß gewähren.
8. Einführung von Tagesprofilen und bürokratischen Kontrollen.
9. Wiedereinbindung der Zahntechnik in die gesetzliche Krankenversicherung durch eine bundeseinheitliche Höchstpreisliste (BEL). 5%iger BEL-Abschlag für das Praxislabor.
10. Kostenfreier Heil- und Kostenplan und Genehmigung durch die Krankenkasse vor Behandlungsbeginn.
11. Kieferorthopädie als Sachleistung.

● Resolution

Das Solidaritätsstärkungsgesetz ist patientenfeindlich und vernichtet Arbeitsplätze

Die Zahnärzte/innen im Bereich der Verwaltungsstelle Duisburg sehen in dem vorgelegten Gesetzentwurf eine Maßnahme, die den Zielsetzungen in der Regierungserklärung von Bundeskanzler **Gerhard Schröder** widerspricht.

Die Ziele der Regierungserklärung: Stärkung von Prävention, Qualität und Patientensouveränität, eine optimale gesundheitliche Versorgung im Rahmen der Solidargemeinschaft und die Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze werden nicht erreicht.

Im Gegenteil führt das mit heißer Nadel gestrickte Vorschaltgesetz zu Qualitätsverlust, verhindert präventives Handeln, schränkt die Wahlfreiheit und Patientensouveränität ein. Das Gesetz verhindert Innovationen, den medizinischen Fortschritt und vernichtet hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Zahnmedizin.

Die Einführung einer Dreifachbudgetierung als Jahresbudget, Praxisbudget (degressiver Punktwert) und Tagesbudget (Tagesprofil) ist praxisuntauglich und im höchsten Maße patientenfeindlich.

Die Rationierung von Gesundheitsleistungen in der Zahnheilkunde ist nachweislich der falsche Weg.

Für begrenzte Mittel kann es keine unbegrenzten Leistungen geben.

● Antrag Nr. 1

Die niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte im Bereich der Verwaltungsstelle Duisburg lehnen Einkaufsmodelle oder ähnliche Systemveränderungen durch die Krankenkassen ab.

Begründung:

Einkaufsmodelle führen zum Verlust der freien Arztwahl, einem originären Patientenrecht.

Einkaufsmodelle vernichten willkürlich massenweise Arbeitsplätze in der ambulanten Medizin.



Blick in das Restaurant der Rhein-Ruhr-Halle am 2. Dezember 1998. Das Auditorium war vollständig besetzt.

Sie zerstören das gewachsene Arzt-Patienten-Vertrauensverhältnis und die Qualität zahnärztlicher Behandlung.

Der freiberufliche Zahnarzt/Zahnärztin wird endgültig zum Befehlsempfänger der Kassenbürokratie.

Der Zahnarzt wird in seiner Therapiefreiheit eingeschränkt und hat nur noch eine Zuteilungsfunktion.

● Antrag Nr. 2

Die KZV Nordrhein und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) werden aufgefordert, die Rechte der Vertragszahnärzte und der Patienten gegenüber den Krankenkassen mit allen Mitteln wahrzunehmen.

Wenn diese Interessenvertretung unter dem Gesichtspunkt einer betriebswirtschaftlichen Führung der Praxis nicht mehr möglich ist, sollte die KZV Nordrhein und die KZBV durch Rücktritt der Ehrenamtsträger den Sicherstellungsauftrag zurückgeben.

● Antrag Nr. 3

Da der Sicherstellungsauftrag der KZV Nordrhein durch das geplante Solidaritätsstärkungsgesetz gefährdet erscheint, sind vorsorglich flächendeckend freie und körperschaftsunabhängige Vereinigungen nach demokratischen Verfahren zu bilden, die möglichst in eine bundesweite Struktur einzubinden sind.

Begründung:

Dem Monopolanspruch der Krankenkassen ist eine gleichwertige Kraft entgegenzusetzen.

Solange die Krankenkassen von der Politik die Einführung von Vertragsmodellen – die de facto Einkaufsmodelle sind – fordern, muß unverzüglich mit entsprechenden Gegenmaßnahmen begonnen werden.



240 Kolleginnen und Kollegen verfolgten aufmerksam und zum Teil sehr nachdenklich die Diskussionen.

In der Politik geht's immer um Geld.
Der Politiker läßt sich definieren als
ein Mensch, der politische Sachzwänge
mit anderer Leute Geld löst.

Lothar Schmidt

25 Jahre „Arbeitskreis Praxisführung“ in Düsseldorf

Anfang der 70er Jahre wurde die zahnärztliche Fachwelt durch ein Zauberwort fasziniert und beflügelt: **Ergonomie!**

Die neue Bewegung gründete sich auf Erkenntnisse, die Prof. Dr. Fritz Schön bereits 1964 publiziert und als den „Neuen Stil in der Zahnheilkunde“ propagiert hatte. So kam es – nach einem Aufruf des Solinger Kollegen Dr. Hans Ritzenhoff – im Jahre 1973 auch in Düsseldorf zur Gründung eines ergonomischen Arbeitskreises, dem die Kollegen Ritzenhoff, Hilger, Beckerpape, Guddat, von den Hoff und Landau angehörten.

Zunächst eignete man sich in diesem Kreis theoretisch und praktisch die Grundlagen der ergonomischen Arbeitsweise – basierend auf dem Schönschen Konzept – an, um sich dann im kollegialen Gespräch auch anderen praxisrelevanten Themen zuzuwenden. Neben Arbeitsablaufstudien und der Entwicklung einer möglichst lückenlosen Hygienekette stand in dieser Zeit die Grundrißplanung einer Musterpraxis im Vordergrund. So war es nur folgerichtig, daß der „Arbeitskreis Praxisführung“, wie er sich nun nannte, zu Rate gezogen wurde, als das neue Fortbildungsinstitut der Zahnärztekammer Nordrhein am Seestern durch die damalige Standesführung unter Präsident Fischer und dem damaligen Fortbildungsreferenten und späterem Präsidenten der Zahnärztekammer Schulz-Bongert in Düsseldorf geplant wurde. Bei dieser Planung tat sich u. a. Kollege Hilger hervor, der sich in kurzer Zeit zum bundesweit anerkannten Experten der zahnärztlichen Arbeitssystematik sowie der Organisation des Infektionsschutzes entwickelte. Das Institut wurde 1978 mit acht Arbeitsplätzen eröffnet und nach dem unvergessenen Leiter der Westdeutschen Kieferklinik Professor Karl Häupl benannt.

1998 feierte der Arbeitskreis sein 25jähriges Bestehen. Vier von der „alten Garde“ sind immer noch dabei, vier Neue sind hinzugekommen. Derzeit stehen Fragen der Verwaltungsorganisation und Prophylaxe-konzepte im Vordergrund der gemeinsamen Arbeit.

Dr. Horst Landau

Das VZN gibt bekannt

Benennung der Bezugsberechtigten

Grundsätzlich ist jedes Mitglied (bei Erreichen der Altersgrenze und bei Berufsunfähigkeit) Empfänger der Leistung aus dem VZN.

Im Falle des (vorzeitigen) Todes werden die Rentenleistungen an die Witwe/den Witwer sowie die Waisen gezahlt. Den Empfänger der Leistung aus der Kapitalversorgung, der Unfallzusatzversorgung und des Sterbegeldes kann das Mitglied zu Lebzeiten selber bestimmen. Das Mitglied kann die Bezugsberechtigten jederzeit austauschen.

In der letzten Zeit wird zunehmend festgestellt, daß die Mitglieder Bezugsberechtigte nicht benannt haben. In diesem Fall werden die Leistungen an die gesetzlichen bzw. testamentarischen Erben ausgezahlt.

Dies kann zu erheblichen Zeitverzögerungen bei der Leistungsauszahlung führen, weil Testament bzw. Erbschein nicht sofort vorgelegt werden können.

Deshalb bitten wir alle Mitglieder im Interesse ihrer Angehörigen, die Benennung der Bezugsberechtigten für die o. g. Leistungen vorzunehmen.

Formulare hält die Verwaltung gerne für Sie bereit und können telefonisch (02 11/5 96 17-42, Frau Schwiertz) angefordert werden.

Der Verwaltungsausschuß

Sitzungstermin für 1999 des Zulassungsausschusses Zahnärzte der KZV Nordrhein für den Bezirk Nordrhein

- Mittwoch, 20. Januar**
- Mittwoch, 17. Februar**
- Mittwoch, 17. März**
- Mittwoch, 28. April**
- Mittwoch, 26. Mai**
- Mittwoch, 28. Juli**
- Mittwoch, 18. August**
- Mittwoch, 22. September**
- Mittwoch, 27. Oktober**
- Mittwoch, 24. November**
- Mittwoch, 15. Dezember**

Anträge auf Zulassung zur Kassenzahnärztlichen Tätigkeit müssen vollständig – mit allen Unterlagen – mindestens vier Wochen vor der entsprechenden Sitzung des Zulassungsausschusses bei der Geschäftsstelle des Zulassungsausschusses, Lindemannstraße 34–42, 40237 Düsseldorf, vorliegen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge, die verspätet eingehen oder zum Abgabetermin unvollständig vorliegen, bis zu einer der nächsten Sitzungen zurückgestellt werden müssen.

Ästhetik als Norm, Lamellenvorhänge von MHZ!



Hinzu kommen:
Perfekte Technik,
vielseitige Einsatz-
möglichkeiten und ein
Höchstmaß an
Anwendungsnutzen.

MHZ Lamellenvorhänge sind z. B. der ideale Licht-Sicht-Sonnenschutz, der elegante Raumschmuck und die ästhetische »Klimaanlage«.

Praxischilder & Markisenstudio
Bundesweite Montage
der Lamellen
Eichendorffstraße 30
41352 Korschenbroich-Kleinenbroich
Tel. (021 61) 674 34 • Fax 674 04
Prospekt kostenlos anfordern!

Dentaler Reisebericht

Ein schöner Lichtblick im Alltag einer Zahnarztpraxis ist die Dankbarkeit der Patienten, wenn eine Behandlung erfolgreich abgeschlossen ist. Oft gibt es kleine Beweise dieser Dankbarkeit in Form eines Blumenstraußes oder auch einer Flasche Wein. Man freut sich sehr, wenn ein Patient auf diese Weise zeigt, daß der Zahnarzt sich bemüht und nicht nur einen „Kunden“ abgefertigt hat. Es sind die „Highlights“ in einer Zahnarztpraxis.

Für mich war ein Brief, den mir ein Patient – ein freier Journalist und Schriftsteller – aus Arizona während eines Amerika-Urlaubs schrieb, eines dieser Highlights. Er hatte sich kurz vor diesem Urlaub einer umfangreichen Behandlung in unserer Praxis unterzogen. Gegen eine Veröffentlichung seines Briefes hat er nichts einzuwenden. Ich habe über seinen „dentalen Reisebericht“ sehr geschmunzelt und hoffe, daß er die Leser ebenso amüsiert.

Evertz Lindmark

Sehr geehrter Herr Lindmark, auf dem Highway Nummer 10, kurz vor Fort Bowie (Arizona), kann man in einem „Giftshop“ präparierte Klaperschlangenköpfe kaufen. Mit weit aufgerissenem Maul und totenstarrten Augen (staubfrei in der Glasvitrine nach Größe geordnet) warten sie auf Kundschaft. Ich ließ mir von der hübschen Verkäuferin einen toten Kopf in die Hand legen und kratzte mit der Fingerkuppe vorsichtig über den erhobenen Giftzahn. Er war vergilbt. „Zahnstein“ diagnostizierte ich und kam gleichzeitig auf den Gedanken, Ihnen bei nächster Gelegenheit ein paar Urlaubsgrüße zu schreiben. Darüber hinaus will ich die Gelegenheit nutzen, mich einmal recht herzlich bei Ihnen für meine neuen Zähne zu bedanken. Sie haben sich bestens bewährt! Wir haben gemeinsam in unzählige großbürgerliche, kleinstädtische und indianische Kochkünste hineingebissen, darauf herumgekaut und fast alles mehr oder weniger erfreut heruntergeschluckt. Dabei haben die neuen Zähne kein einziges Mal gewackelt! Auch versteckte Steinchen in den Eintöpfen oder Knochensplinter in den „sopas de la casa“ haben sie nicht aus der Ruhe gebracht.

„Einwandfreies Kauwerkzeug, deutsche Wertarbeit“ habe ich mit meinem löchrigen Spanisch dem guatemaltekischen Laienprediger nachts gegen zwei in der verdreckten Holzbrettertienda am Tequillaausschank erklärt und dabei auf meine festsitzende, blitzende Oberkieferprothese gezeigt. Wir hatten schon reichlich gebechert und stundenlang über seine verdreckte und verlauste Pfarrgemeinde hergezogen. Indianer im guatemaltekischen Grenzgebiet von

Salvador, von ihren Bauernhöfen vertrieben, unzählige von Soldaten der Guerilla liquidiert, der Rest ohne Lebensmut, verängstigt und immer besoffen. Also massenhaft unheilbare Leberschäden, Totgeburten, Unternahrung. Die heilige Mutter Maria als Vierfarbdruck in den verschwitzten Gesäßtaschen, Kruzifixe und immer wieder Maschinengewehrsalven, die die nächtliche Stille schlagartig in einen anhaltenden, schlaflosen Alptraum verwandeln.

Der Prediger schwitzte und schwatzte munter drauflos und redete sich vermutlich seine eigene Angst vom Leibe. Seine schwarzen Kleider waren voller schmutziger Gerüche und die vertrocknete Ledertasche voller Hostiensplinter. Er hatte schlechte Zähne, bräunlich, kariös und stark von schwärzlichem Zahnstein umge-

ben . . . mit einem Wort, er wäre dringend reif für einen Zahnarzttermin. Ich war eben bereit, ihm das zu sagen, aber er war zu sehr damit beschäftigt, mir allerhand zu erzählen.

Irgendwann vor der Morgendämmerung fiel jedenfalls sein Kopf auf die von Termiten fast gänzlich pulverisierte Tischplatte. Ich zahlte die 28 Tequilla und stolperte draußen durch das nächtliche Brüllaffengeschrei, immer die Milchstraße entlang.

Das guatemaltekische Gesicht ist ein schönes Gesicht. Zahnlücken sind überall gerne gesehen. Es sind „Schmuckstücke der verlorenen Zeit“, für jeden erschwinglich. In ein verwittertes, faltiges Gesicht schaut man gern. Die stümperhaft modellierte glatte Haut der Jugend hat sich mit ihrem einfältigen Schönheitsideal noch nicht durchsetzen können.

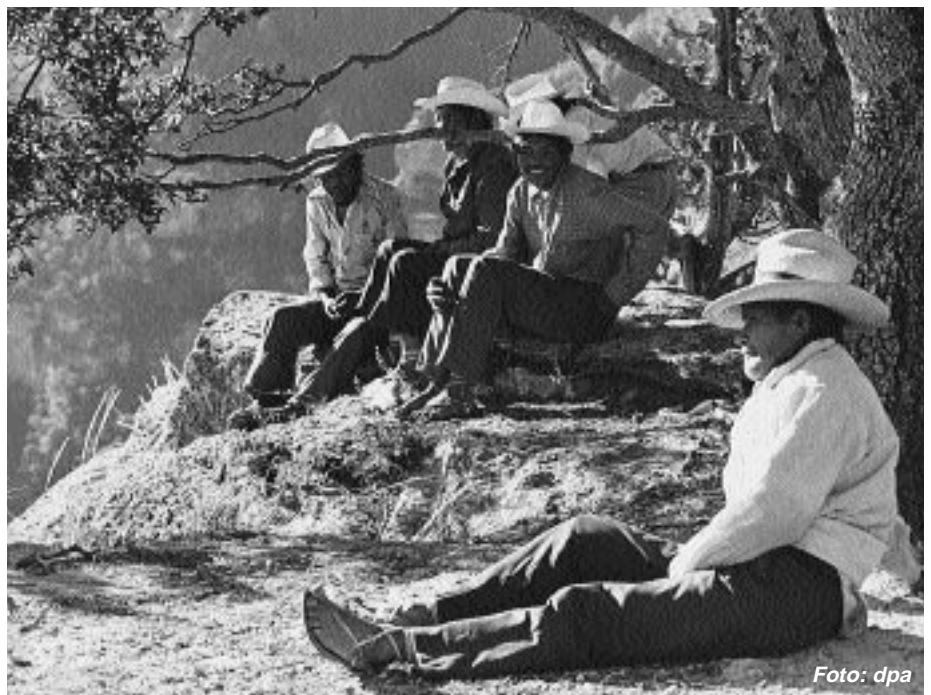


Foto: dpa

Indianer im Copper Canyon: Selten verirrt sich ein Fremder in ihr Gebiet.

In den abgelegenen Hochgebirgs-ebenen gibt es keine Zahnärzte. Man „laust“ sich die Zähne gegenseitig aus.

In Mexiko sieht schon alles anders aus, denn es grenzt an die Vereinigten Staaten von Amerika. Die mexikanische Zahnücke wird schon nicht mehr als individuelles Schmuckstück betrachtet. Sie hat die kulturelle Entwicklungsstufe – hin zur Häßlichkeit – schon übersprungen. Es gibt auch hier unzählige Zahnücken, aber das Geld reicht nicht aus, sie alle mit Plastik, Porzellan oder Gold zuzustopfen und zu verstecken. Die mexikanischen Männer verlieren ihre Zähne vorwiegend in der Samstagnacht. Dann sind sie in der Regel sturzbe-soffen – und schlagen sie sich gegenseitig aus. Die mexikanischen Frauen warten grimmig zu Hause und trösten sich mit Zuckerstückchen. Das Resultat ist für beide dasselbe. (Die soziologische Zahnückenforschung steckt bestimmt noch in den Milchzähnen und noch lange nicht in den Weisheitszähnen!)

Die mittelamerikanische Mittelschicht (ab Eisverkäufer aufwärts) läßt sich ihre Lücken mit Cola zuschütten. Kranke Zähne werden mit einem Goldrahmen geschmückt – wie die alten wurmstichigen Heiligenbilder in den Kathedralen.

Die Karibikküste ist schön und ungefährlich. Überall sieht man Kreuzfahrer mit lachenden Oberkiefer- und Unterkieferprothesen. Aber am 2. Weihnachtsfeiertag wurde ein Rudel Haie gesichtet und einer von ihnen – direkt am Badestrand – aus dem Wasser gezogen. Drei Meter lang. Wir standen um ihn herum und starrten auf den Holzprügel, den der Fischer auf seinen Kopf sausen ließ. Bei jedem Schlag atmeten wir mit einem lauten Ooh-Laut aus, um dem Fisch die Todeswehen zu erleichtern. Gezückte Kameras. Als er tot war, steckte der Fischer ihm einen Holz-



Foto: dpa

Indianer-Frauen mit ihren Kindern.

keil zwischen die Kiefer, damit wir in Ruhe hineinfotografieren konnten. Was für Zähne! Reines Mordwerkzeug. Erst als die Eingeweide herausgerissen wurden, traute ich mich, die Zähne des Haies zu berühren. Hinter den Eingeweiden kamen vier Jungfische zum Vorschein. Wir hoben sie auf und warfen sie ins Meer. Ein kurzer Ausflug ins Leben. In sichtbarer Entfernung sah man die großen Flossen des Restrudels die Wellen zerschneiden. Sie warteten schon. Über uns kreisten Fregattvögel und Seemöven. Wir zerschnitten die Eingeweide und warfen sie hoch in die Luft. Die Vögel fingen sie im Fluge auf und würgten das lauwarme Gedärm gierig herunter.

Am Abend bestellte ich Haifischfilet, Bier, Salsa picante. Das Fleisch war zart, schmackhaft und roch nach den geheimnisvollen Tiefen des karibischen Ozeans.

Hier, in den Vereinigten Staaten von Amerika, bin ich noch keiner Zahnücke begegnet. Die Amerikaner sind sauber, reinlich und jederzeit bereit, als Schauspieler entdeckt zu werden.

(Als Zahnückenspezialist muß man in die Slums fahren, um fündig zu werden.) Man sieht hier die schönsten, besten Zähne, aber bekommt so gut wie nichts, worauf man länger herumkauen könnte. Der Amerikaner toastet zwei Weißbrot-scheiben, legt einen Batzen Hackfleisch dazwischen, ein Salatblättchen und nennt das dann „Mittagessen“. Die Amerikaner brauchen im Grunde gar keine Zähne mehr. Sie könnten sich genausogut ein Einmachgummi einsetzen lassen. Es würde vollkommen genügen.

Meine eigene Zahnpflege entspricht mittlerweile mitteleuropäischen Standard. Meine Zahnbürste ist rot, neu und liegt gut in der Hand. Ich bevorzuge Zahnpasta in der Plastiktube, weil von den Aluminiumtuben der Lack abblättert und die Kulturtasche versaut. Ich habe mir Ihren Rat zu Herzen genommen und putze jeden Abend mit Leidenschaft und Ausdauer. Sogar in angeheitertem Zustand. Es ist dann nur schwieriger, die Zahncreme auf die Bürste zu kriegen. Und dann auch noch den Mund zu finden. Aber es geht.

Wenn ich besonders ausführlich und lauthals lachen muß, sieht man sogar die Zahnschmelzen. Ich zeige sie gern. Besonders hier in der arizonischen Sonne. Es gibt immer was, worüber man herzhaft lachen und den Mund weit aufsperrn kann.

Viele Grüße und alles Gute
Bernd Nittke

ZAD Zahnärztliche Abrechnungs-Dienstleistungen ZAD

Wir übernehmen die Durchführung der Praxisabrechnungen nach BEMA/GOZ/GOÄ für ZE, PA, KG, Kons./Chirurg., Prophylaxe, KFO, Implantologie in Ihrer Praxis oder von unserem Büro aus über ISDN. Info und Angebot auf Anforderung.

Zusätzlich bieten wir an: Praxisbezogene, spez. Schulungen in Abrechnung und EDV.

ZAD Ursula Scholten, Bärenstraße 43, 47802 Krefeld
Telefon (0 21 51) 97 35 98, Fax (0 21 51) 97 35 99

Stellungnahme von Roeko zum Spiegel-Artikel

Cadmium und kein Ende

In der Ausgabe 46/98 der Zeitschrift „Der Spiegel“ ist ein Artikel über Cadmium in Guttaperchaspitzen erschienen.

In dem Artikel wird ein bewährtes Produkt bezüglich des Gehaltes an Cadmium inkorrekt dargestellt. Um die zu erwartenden Anfragen beantworten zu können, erhalten Sie nachstehend nähere Informationen.

Neuere Untersuchungen an Roeko Guttaperchaspitzen zeigen, daß Cadmium in geringen Mengen von 1 bis 2,36 ppm enthalten ist. Diese abstrakten Werte möchten wir gerne etwas anschaulicher darstellen:

1 kg Guttaperchaspitzen, das entspricht 50 000 Guttaperchaspitzen, enthält 1 bis 2,36 mg Cadmium; 1 Spitze enthält also 0,00002 bis 0,0000472 mg Cadmium.

1 Apfel, ca. 100 g, enthält max. 0,024 mg Cadmium. Dies bedeutet, daß man 500 bis 1 000 Guttaperchaspitzen „essen“ müßte, um dieselbe Konzentration an Cadmium wie in einem

Apfel zu erreichen. 1 kg Reis enthält max. 0,22 mg Cadmium oder 1 kg Spinat enthält max. 2,49 mg Cadmium. Guttaperchaspitzen verbleiben jedoch passiv im Wurzelkanal; sie werden weder verdaut noch vom Körper absorbiert.

Das Cadmium in den Guttaperchaspitzen wird von Roeko nicht aktiv beigefügt. Es ist als Spurenelement im eingesetzten Zinkoxid enthalten. Zinkoxid, in der Qualität die dem Europäischen Arzneibuch entspricht, ist einer der Hauptbestandteile von Guttaperchaspitzen. Es wird verwendet, um die Festigkeit, Flexibilität und Elastizität der Spitzen zu verbessern. Dies ist ein gebräuchliches Verfahren, das von allen Herstellern von Guttaperchaspitzen durchgeführt wird. Zinkoxid wird auch als Basis für viele Salben und Arzneimittel verwendet. Zinkoxid in pharmazeutischer Qualität enthält Cadmium in einer Konzentration bis zu 10 ppm.

Die extrem geringe Konzentration von Cadmium in Roeko Guttapercha-

spitzen ist so minimal, daß sie nicht in allen Tests zu erkennen ist. Es gibt kein Gesetz, das festlegt, ab welcher Konzentration Cadmium in einem Produkt angegeben werden muß. Roeko (und wahrscheinlich auch alle anderen Hersteller von Guttaperchaspitzen) kann allerdings nicht länger behaupten, daß ihre Guttaperchaspitzen absolut cadmiumfrei sind. Es besteht jedoch kein Risiko für Patienten, und es gibt keinen Grund zur Panik. Wie bereits ausgeführt, ist die Menge an Cadmium, welche die Menschen mit manchen Lebensmitteln zu sich nehmen, um vieles höher als die in Guttaperchaspitzen, welche für die endodontische Behandlung verwendet werden.

Äpfel haben keinen Aufkleber, der sagt „Warnung, dieses Produkt enthält Cadmium“!

Sollten Sie weitere Informationen benötigen, können Sie sich gerne an Roeko Langenau, Tel. (0 73 45) 8 05-0, Fax (0 73 45) 8 05-2 01 wenden.

Für Sie gelesen

Kölner Professoren empfehlen Qualitätssicherung und Garantieleistungen

Bald ein Michelin für Zahnärzte

Von Klaus Heinemann

Die Darstellung des menschlichen Antlitzes in der Antike und der Klassik war gekennzeichnet durch Zurückhaltung, Maß und Scheu. Das symbolisierte sich am geschlossenen Mund. Zähne wurden nicht gezeigt, es sei denn, es sollte eine Assoziation zu Raub, Furcht oder Zubeißen herbeigeführt werden (Medusa, Gorgo, Fratzen). Wenn der Mund, wenn die Zähne sich gar öffneten, so brach Zerstörung aus. Zähne standen für bissige, aggressive, todbringende Haltungen. Heute hingegen stehen entblößte Zähne in einem rosigen-gesunden Zahnfleisch für Ästhetik, für eine Wohlfühlhaltung, für positive Ausstrahlung.

An diesem Paradigmenwechsel machte Martin Karrer von der Kirchlichen Hochschule Wuppertal vor der Studiengruppe für Restaurative Zahnmedizin im niederländischen Vaals die Schwierigkeit klar, vor der die zeitgenössische Medizin steht: Die Patienten seien zwar zunehmend bereit, für diese das Selbstwertgefühl steigende Ästhetik zusätzliche Mittel aufzuwenden, das politisch reglementierte Gesundheitssystem bremse jedoch die Möglichkeiten aus.

Je schlechter, desto mehr

Die deutsche Zahnheilkunde leidet zunehmend unter der Schiefelage,

daß der Vermeidung von Erkrankungen ein zu geringes Gewicht (auch finanziell) beigemessen wird. Zugleich fließt der überwiegende Teil der vorhandenen Mittel in die „Reparatur“ kariöser Zähne mit der Konsequenz, daß dort, wo qualitativ hochstehende Zahnersatzlösungen notwendig werden, ein erbitterter ideologischer Kampf tobt. Ein derartiges System, klagt Michael Noack vom Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Universität Köln, nutze dem Patienten nicht, schade ihm vielmehr. Außerdem, so der Wissenschaftler, würden dadurch jenen, „die die schlechteste Zahnmedizin machen, zugleich am meisten verdienen“.

Die Zahnheilkunde nach dem Jahr 2000 muß sich nach Überzeugung Noacks dadurch auszeichnen, daß die Prophylaxe deutlich in den Vordergrund tritt. 80 Prozent der Wiederherstellungen von Karies befallener Zähne seien Wiederholungen, gingen an den Ursachen vorbei. „Die Restauration kariöser Zähne ist keine Therapie.“ Das ergebe sich bereits aus der Erkenntnis, daß es sich bei Karies im weitesten Sinne um eine Infektionskrankheit handele.

Die Keime, vor allem die für die Zerstörung des Zahnschmelzes verantwortlichen Mutans-Streptokokken, seien bei Mutter und Kind identisch. Folglich müsse die Primär-Prophylaxe bei Schwangeren ansetzen, um das Entstehen der Keime zu unterdrücken. Dafür stünde ein wirksames Medikament zur Verfügung, das zusammen mit einer Ernährungsum-

stellung beste Ergebnisse zeitige. In den USA werde bereits an der Entwicklung gentechnisch veränderter Mutans-Streptokokken gearbeitet, die den Zahnschmelz nicht mehr angreifen können. „Karies stellt so gesehen eine Art orale Umweltverschmutzung dar durch die De-Mineralisierung des Dentins. Das müßte eine grüne Bundesgesundheitsministerin doch leicht nachvollziehen können.“ Das Berufsbild des Präventiv-Zahnmediziners wird sich Noack zufolge künftig immer mehr dem des Internisten annähern.

Wenn 70 Prozent der Patienten den regelmäßigen Zahnarztbesuch (Recall-System) vernachlässigten, „so muß doch wohl die Frage an die Politik erlaubt sein, ob diese dann einen Anspruch auf eine von der Allgemeinheit finanzierte Spätversorgung haben dürfen“. Noack empfahl der in hohem Maße der Fortbildung verpflichteten Studiengruppe unter ihrem Vorsitzenden Hans-Otto Bermann (Düsseldorf) dringend, künftig mehr über Zahnmedizin und Gesundheit zu reden, die Rolle des Gesundheitsmanagers anzunehmen.

Dieser mit dem Aspekt der Qualität eng verknüpfte Weg findet einen nachdrücklichen Befürworter in Thomas Kerschbaum von der Kölner Uniklinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde. Nach seiner Überzeugung wird es bald einen „Michelin für Zahnärzte“ geben, wie bereits jetzt die Krankenhäuser zertifiziert würden. „Der Rest bleibt auf der Strecke.“ Eine Diskussion über den Zusammenhang zwischen Qualität und Kosten müsse stattfinden, „das muß aggressiver vertreten werden“. Die Debatte könne jedoch nur dann zu einem für alle Beteiligten gleichermaßen positiven Ende gelangen, wenn die Zahnärzte sich bereit fänden, Qualitätssicherung zu akzeptieren.

kennen (Garantie), die Krankenkassen einsehen, daß es richtig ist, für Qualität mehr zu zahlen, da sie letztlich die Kosten senke. Obwohl zahnärztliche Leistungen nach einem höchstrichterlichen Urteil nicht einer Garantie unterlägen, empfahl Kerschbaum, diesen Gedanken ernsthaft aufzugreifen. Patienten beurteilten den Zahnarzt nach der Haltbarkeit der Versorgung.

Zwar berge jede Garantie erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der Vorhersage, „wie bei den Meteorologen“, jedoch könne bei guter Diagnostik, Mitarbeiterschulung und bei kontrollierten Bedingungen (Recall-System) durchaus auf Kronen, Brücken oder Kariesbehandlung eine Garantie gegeben werden. Vor Beginn eines Garantievertrages sollte allerdings eine etwa zweijährige Wart- und Beobachtungszeit vorgeschaltet werden. Anschließend sei eine acht- oder zehnjährige Garantie durchaus möglich. „Dadurch würde sich auf jeden Fall die Zufriedenheit der Patienten erhöhen.“

Vorsorge und Versorgung

Die Brücke zwischen Vorsorge und Versorgung auf hohem Niveau zu schlagen scheut die Politik. Dem Patientenwunsch nach Qualität und Ästhetik zugleich kann das jetzige System nicht gerecht werden. Solange in Deutschland für eine Vollkrone der 1,7fache Steigerungssatz gilt, also 168,50 DM bezahlt werden (in Österreich 900, in der Schweiz 700 Mark, in den Niederlanden deutlich mehr, in Italien, Spanien, Frankreich, Schweden und Dänemark frei verhandelbar), stranguliert diese Gebührenordnung nach Überzeugung Bermanns auch die besten Absichten. Ihre Position 220 (Vollkrone) umfaßt: Planung der Krone, Beschleifen, Abformen, Anprobieren, Eingliedern, Nachsorgen. Zeitaufwand mindestens 90 Minuten.

Die Darstellung dieses Sachverhaltes hat kürzlich auf einem internationalen Kongreß in Chicago schallendes Gelächter ausgelöst. Inzwischen wurde dafür von den Amerikanern der Begriff „German Treatment“ (Deutsche Behandlung) geprägt.

Köln schöne Zahnarztpraxis mit guten Verhältniszahlen aus gesundheitlichen Gründen abzugeben.

Zuschriften unter **RZB 30**
an VVA GmbH, Postfach 10 51 18,
40042 Düsseldorf

 **ROBINSON CLUB? Dann: Reisebüro VAN WERSCH**
Kölner Str. 289, Düsseld.
Tel. 772065, Fax 772064
Erfragen Sie unsere Preise!

Sirona Einheit 1962,
Behandlungsstuhl, Laborger. billig abzugeben.
Tel./Fax (02 11) 66 40 87,
privat Tel. (02 11) 68 14 28, Fax (02 11) 6 98 80 51

Prophylaxe aus einer Deutschlands erster Prophylaxe-Dienst. Seit 1975!

Gruß-Prophylaxe
Düsseler Str. 14
42489 Wülfrath
Tel. (020 58) 703 77 o. 91 32 56 (ISDN)
Fax (020 58) 91 32 57 (ISDN)

Die Nummer für Ihren Anzeigenerfolg!
VVA, Holger Löwe
Telefon (02 11) 73 57-5 87

Die Lücke wächst

Die Zwangsläufigkeit dieses Weges „bei Aussonderung der schwarzen Schafe“ sieht Kerschbaum zum einen in dem sich verschärfenden Wettbewerb. Sodann werde die Lücke zwischen dem Mach- und dem Finanzierbaren immer größer. Die Patienten müßten ihren Vorteil er-

„Das mache ich quasi als Hobby“

Verschluckte Zahnbürste entfernt

„Oft passiert so etwas nicht!“ Professor Tobias Goeser, 41, Spezialist für Innere Medizin an der Kölner Uni-Klinik, fischte mit einem hochmodernen Gastroskop – mit einem solchen Gerät inspiziert er sonst Verdauungsorgane – im Magen einer 26jährigen nach einer Zahnbürste. Mit einer Schlinge, die an der Spitze einer Sonde in einem 80 Zentimeter langen Schlauch die Speiseröhre herabgelassen wurde, beförderte er das verschluckte Utensil zur dentalen Pflege vorsichtig wieder ans Licht. „Solche Eingriffe dauern wenige Minuten“, lautet seine Auskunft. Die Patientin, die nicht in Lebensgefahr schwebte, war gestern wieder wohlauf und sah sich lediglich mit einem Medienrummel konfrontiert.

Münzen, Batterien, Löffel, mit Rauschgift gefüllte Kondome – es scheint beinahe nichts zu geben, was nicht die Reise durch den Körper antreten kann. „Theoretisch kriegt man einen ganzen Stab herunter“, berichtet Goeser. Problematisch werde es aber, wenn Gegenstände auf ihrem Weg durch den Muskelschlauch Speiseröhre („die macht einiges mit“) hängenblieben. Für „Schluck-Gut“ mit einem Durchmesser von etwa zwei Zentimetern und einer Länge von acht Zentimetern ist der Magen Endstation. Wochenlang könne es dort ohne Komplikationen zwischengelagert werden. „Wenn sich aber etwas unglücklich verschiebt, kann die Magenwand durchbrochen werden. Wobei diese, fünf Millimeter dick, einiges aushält.“

Für Spezialisten stelle sich das Problem, scharfkantige Gegenstände wieder hervorzuzaubern, ohne Verletzungen zu verursachen. Mit einer winzigen Kamera, die an der Spitze eines zwölf Millimeter dünnen Endoskops angebracht Aufnahmen aus den Tiefen der menschlichen Existenz über Glasfaser auf einen Bildschirm überträgt, gehen die Experten im Verdauungstrakt auf Entdeckungsreise. Ein Arbeitskanal ermöglicht es, Sonden mit Schlingen verschiedener Größen abzuseilen; unter Beobachtung der Kamera wird der geangelte Fang an die Ober-

fläche befördert. Oft passiere es aber nicht, daß jemand schleckend den Würgereiz überwinde und Unverdauliches einnehme, sagt der Professor. Zwei- bis dreimal im Jahr komme diese Aufgabe mit Fingerspitzengefühl auf ihn zu: „Das mache ich quasi hobbymäßig nebenher.“

Kölner Stadtanzeiger, 27. Oktober 1998



Arbeitslosigkeit kostete 166 Mrd. DM

Die hohe Arbeitslosigkeit hat Bund, Länder und Sozialversicherungsträger 1997 rund 166 Mrd. DM gekostet. Das geht aus einer Berechnung der Bundesanstalt für Arbeit hervor. 55 Prozent der Kosten seien für Arbeitslosengeld und -hilfe ausgegeben worden. Die restlichen 45 Prozent seien an Einnahmen verlorengegangen.

WAZ, 12. November 1998



Zitat

Es liegt alles hinter mir. Ich lebe ein ganz neues Leben. Man muß aufhören, sich als Ex-Frau zu sehen – man muß schauen, wer man aus eigener Kraft ist.

Hiltrud Schröder, ehemalige Ehefrau des heutigen Bundeskanzlers.

WAZ, 12. November 1998



Telemedizin hilft sparen

Eine Vernetzung von Kliniken und Arztpraxen per Computer bietet nach Ansicht von Experten große Einsparmöglichkeiten im Gesundheitsbereich. Beim flächendeckenden Einsatz der sogenannten Telemedizin könnten pro Jahr in Deutschland 50 Milliarden Mark unter anderem bei Transportkosten gespart werden, erklärte ein Projektleiter des Bundesgesundheitsministeriums in Regensburg bei einem internationalen Telemedizin-Kongreß. Für den Aufbau des Computernetzes müßten zunächst jedoch erhebliche Summen investiert werden. In Deutschland sei es daher für die Zukunft der Telemedizin vordringlich, daß Politiker und

Krankenkassen ein System zur Finanzierung ausarbeiten, sagten Mediziner zum Abschluß des von den G7-Staaten veranstalteten Kongresses. Technisch sei es schon heute für ein kleines Krankenhaus hierzulande oder auch für eine Klinik in Bombay problemlos möglich, bei einer komplizierten Unfallverletzung einen Spezialisten beispielsweise aus den USA mit Hilfe des Internets zu Rate zu ziehen.

Rheinische Post, 24. November 1998



Tuberkulose: Mehr Tote denn je

Die Lungenkrankheit Tuberkulose, die weltweit auf dem Rückzug schien, tötet derzeit mehr Menschen als je zuvor. Vor allem in Asien sei die Seuche durch ihre Verbindung mit dem Aids-Virus HIV und als Folge der schweren Wirtschaftskrise „außer Kontrolle“ geraten, berichtete die Weltgesundheitsorganisation WHO in Bangkok. „Die Krankheit, die wir im Verschwinden glaubten, bringt heute mehr Menschen um als je zuvor in der Geschichte“, so WHO-Direktorin Gro Harlem Brundtland zur Eröffnung eines internationalen Kongresses. Mehr als 50 Prozent der weltweit acht Millionen TB-Fälle wurden 1996 in den Ländern Bangladesch, China, Indien, Indonesien, Pakistan und auf den Philippinen registriert.

Rheinische Post, 24. November 1998



Von Pontius zu Pilatus

Wie oft kommt es vor, daß man meint, alles hätte sich gegen einen verschworen? Die kleinsten Wehwehchen entwickeln sich zu aggressiven Attacken gegen das nackte Leben. Und wenn dann die Medikamente auch noch ihre Nebenwirkungen ins Spiel bringen, kommt es zu einem Spießrutenlaufen zwischen dem praktischen und dem Facharzt, bis man einen rigorosen Ausweg sucht, der geradezu einen Paradigmenwechsel heraufbeschwört. Ich hatte mich umgehört. Mir wurden Topempfehlungen ans Herz gelegt, aber ich wählte blind eine Adresse und erlebte ein blaues Wunder.

Ich bat auf einem Anrufbeantworter um einen Termin. Zurück rief ein Heilpraktiker und Psychotherapeut und erkundigte sich danach, worum es sich handele. Ich beschrieb ihm meine Symptome, worauf er sofort Bescheid und Rat wußte. Ich erschien voller Hoffnungen, wurde noch einmal kurz unter die Lupe genommen und sofort behandelt, als ginge es darum,

alle Einsatzbereiche möglichst schnell zur Geltung zu bringen. Geld war kein Thema, nur Leistungen hätten ihren Preis, und die würden am Monatsende zusammen berechnet.

Das Blutbild wurde mir vor Augen geführt, Akupunkturpunkte wurden ausgemacht und mit Nadeln markiert, Spritzen gesetzt, daß mir Hören und Sehen verging. Die nächsten Termi-

ne standen schon fest, ehe ich mich versehen hatte, und ich war zur Stelle. Die gleichen Prozeduren liefen ab, die Spritzen wurden variiert und kombiniert, die Akkupunkturpunkte erweitert, kein Wort über Ursachen und Zusammenhänge der Leistungen, wie sie zu einer Heilung führen würden, aber darauf schien es auch gar nicht anzukommen.

Der Londoner Arzt Dr. Peter Kertesz behandelt wilde Tiere aus aller Welt

1

Wenn Wale Zahnweh haben

Von Ilka Schmitt

Der Besuch beim Zahnarzt ist auch für Tiere kein Vergnügen. Wenn ein zehn Zentimeter dicker und 30 Kiloschwerer Bohrer angesetzt wird, muß es sich aber auch schon um besonders große Vierbeiner handeln – wie etwa Elefantendame „Leila“, die eine zweistündige Operation am Backenzahn ruhig über sich ergehen läßt.

Für Dr. Peter Kertesz ist die Behandlung nichts Außergewöhnliches. Vier Tage in der Woche kümmert er sich im noblen Westteil Londons um ganz gewöhnliche menschliche Zähne. Freitags öffnet seine Klinik für wilde Tiere mit Zahnschmerzen aus Zoos, Zirkus-Unternehmen und Safariparks in aller Welt.

Zu seinen Patienten gehören Löwen in Rußland, Tiger in der Ukraine und Gorillas in Spanien ebenso wie Elefanten im Zoo von Münster oder Tanzbären in Griechenland. In Frankreich hat Dr. Kertesz einen trainierten Killerwal, seinen bisher größten Patienten, behandelt. Der Wal konnte nicht betäubt werden, hat seinen Mund aber am Beckenrand freiwillig zur Behandlung geöffnet.

In Spanien mußte der Zahnarzt drei Backenzähne eines Elefanten ziehen, der größte davon mehr als 30 Zentimeter lang und 15 Kilo schwer. Seine kleinsten Patienten, einige seltene Affen, wogen dagegen kaum 200 Gramm. „Nach der Behandlung eines Sibirischen Tigers ist die Arbeit mit Menschen ein Kinderspiel“, meint Kertesz.

Der gebürtige Ungar verfügt inzwischen über ein ganzes Warenlager an speziell angefertigten Instrumenten. „Die elektrischen Sägen, Absaugmaschinen und die Bohrer müssen gut zu transportieren sein, denn die Patienten leben überall auf der Welt.“ Mittlerweile wiegt sein medizinischer Instrumentenkoffer an die 500 Kilo. „Tiere können genauso unter Zahnweh leiden wie Menschen. Sie müssen es nur länger ertragen, da sie keinen Termin beim Zahnarzt machen können“, meint Dr. Kertesz. Da



Für Elefanten mit ihren massiven Stoßzähnen braucht der Dentist Spezialwerkzeuge: Allein der Bohrer wiegt 30 Kilogramm und ist zehn Zentimeter dick. Die Tiere werden für die Behandlung in der Regel narkotisiert. Zu den Patienten von Zahnarzt Dr. Peter Kertesz gehören unter anderem Elefanten, Bären, Löwen, Tiger, Gorillas und gelegentlich sogar ein Killerwal. Nicht alle kann er in seiner Londoner Klinik versorgen: Oft legt er weite Wege zurück, um die Tiere in Zoos, Freigehegen und Naturparks zu behandeln. Foto: dpa

müssen die Pfleger erkennen, wenn etwas nicht stimmt.

Die Behandlung kann dann einerseits ähnlich wie bei Menschen verlaufen. „Zähne sind Zähne“, meint er. Andererseits erfordert eine Tierbehandlung ganz besondere Planung und Aufmerksamkeit, da die Operation nur einmal vorgenommen werden kann. „Mehrere Behandlungen würden das Tier unter zu viel Streß setzen“, sagt der Zahnarzt.

Angst hat Dr. Kertesz bei den Operationen nicht. Er vertraut auf die Arbeit des Anästhesisten. Bei seiner längsten Operation, der sechsstündigen Behandlung eines Tigers in Ro-

stock, wurde es jedoch kritisch. „Das Tier war nicht immer voll narkotisiert, denn die Betäubung für Tiere ist manchmal schwer zu berechnen“, schildert der Zahnarzt.

Trotz der interessanten Abwechslung ist Kertesz oft froh, wieder mit Menschen arbeiten zu können. „Die können mir wenigstens sagen, was sie denken und wo genau es weh tut.“ Seine ungewöhnliche Arbeit hat sich herumgesprochen und ihm auch neue menschliche Patienten beschert. „Die denken sich wohl: Wenn der mit gefährlichen Tigern fertig wird, kann es wohl auch bei mir nicht so schlimm werden.“ dpa

2

Leserbrief

Gorilla mit Zahnschmerzen

Die „Rundschau“ berichtete über Zahnärzte, die Tiere bei Zahnproblemen behandeln.

Auch in Deutschland gibt es Zahnärzte, die sich um das Zahngesundheit der Tiere kümmern. Interessant ist vielleicht der Fall des Gorillas Catou aus dem Duisburger Zoo. Die Menschenaffen haben ein Gebiß das dem menschlichen sehr ähnelt. Sie brauchen sich nicht die Zähne zu putzen, weil sie gewaschene und vollwertige Nahrung bekommen. Da die Banane sehr klebrig ist und auch Zucker enthält, bekommt ein großer Menschenaffe höchstens drei Bananen pro Tag, da für aber sehr viele Knollen, Kohlrabi, Kartoffeln, Sellerie und hartes Brot.

Der alte Gorilla Catou allerdings ist in seiner Jugend falsch ernährt worden. Er hat schlechte Zähne. Durch die vielen Süßigkeiten und deshalb hat er schon oft Zahnschmerzen gehabt. Als es einmal ganz besonders furchterlich war, hat ihn der Duisburger Zahnarzt Dr. Baumeister mehrere Zähne gezogen.

Interessant ist die Reaktion des Gorillas, der die Operation in Anästhesie teilweise verfolgen konnte. Statt Dankbarkeit zu zeigen, macht er jedes Mal einen kleinen Aufstand, weil er seinen Zahnarzt sieht. Ganz anders dagegen das Verhalten einer Walfräule, welcher Dr. Baumeister den getrockneten Unterkiefer schenkte. Sie vollführte begeistert Salobandagen, wenn sich der Doktor ihrem Pool näherte. Tiere sind eben auch nur „Menschen“!

Dr. Kurt-Josef Gerritz
40237 Hülswaldorf

① Kölnische Rundschau, 21. November 1998

② Kölnische Rundschau, 28. November 1998

Als ich beim nächsten Mal meine Symptome zur Sprache brachte, die vor den Leistungen keinerlei Respekt zeigten, war es bereits zu spät. Mein Heilpraktiker wollte sich erst eine Auszeit nehmen, und von da an ging es mit mir steil bergab. Plötzlich konnte ich meinen linken Arm nicht mehr heben und nicht mehr drehen, und im rechten spürte ich einen ähnlich bedrohlichen Schmerz.

Was blieb mir zunächst anderes übrig, als abzuwarten? Doch mein Überlebenswille schlug Alarm. Noch einmal dieselben Prozeduren über mich ergehen lassen? Nein, das auf gar keinen Fall! Und im selben Augenblick war ich geheilt, zwar kränker als vorher, aber ahnungsvoll. Es kam mir so vor, als wäre ich vogelfrei.

Helmut Heimann, Kerpen

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 7. November 1998

Kein Einwand gegen Ärzteliste

Das Nachrichtenmagazin „Focus“ hat mit seiner Ärzteliste von 1997 und den darin ausgesprochenen Empfehlungen nicht gegen Grundsätze des Wettbewerbsrechts verstoßen.

Mit dieser Entscheidung hat das Oberlandesgericht München eine Klage der bayerischen Landesärztekammer abgewiesen und ein gleichlautendes Urteil des Landgerichts München als Vorinstanz bestätigt.

Die Serie des Magazins stelle im Gegensatz zur Auffassung der Ärztekammer keine versteckte übermäßige

Werbung für die genannten Ärzte dar, hieß es in dem Beschluß (Az.: 29 U 3251/98). Wesentlicher Zweck der Serie sei aber die Information ratsuchender Patienten gewesen, betonten die Richter.

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 13. November 1998

Ohne Betäubung

Zwei Zahnärzte gibt es im Ort. Sie treffen sich von Zeit zu Zeit in der „Alten Post“. Natürlich sprechen sie auch über ihre Patienten.

„Der Peter Hemzipfel ist schon ein Original“, erzählt der eine, „aber zimmerlich ist er gewiß nicht. Heute war er bei mir, und ich mußte ihm einen Backenzahn extrahieren. Von einer Betäubung wollte er nichts wissen und verzog auch keine Miene, obwohl es ein hartes Stück Arbeit war, den widerspenstigen Zahn herauszuholen. Hinterher mußte ich ihm eine Bescheinigung darüber ausstellen, daß er alles ausgehalten habe, ohne Betäubung und ohne einen Ton von sich zu geben. Denn darum hatte er mit seinen Freunden gewettet.“

Da lachte der Kollege: „Jetzt wird mir einiges klar. Der Peter Hemzipfel war heute nämlich auch bei mir, um sich einen Zahn ziehen zu lassen. Ich gab ihm eine Betäubungsspritze und bat ihn, sich einige Minuten ins Wartezimmer zu setzen. Aber als ich ihn wieder hereinrufen wollte, war er spurlos verschwunden!“

Aus: Zahnärzte sind auch Menschen,
Dr. Hans Strunden, Quintessenz-Verlag 1964



Urlaub auf Mallorca mit !Ferien-Haus! bedeutet für unsere Gäste in erster Linie Ruhe und Erholung abseits von Massentourismus und überfüllten Stränden.

JETZT FÜR SOMMER 1999 BUCHEN!

Wir bieten Ihnen moderne vollklimatisierte Ferien-Häuser, restaurierte Fincas und ruhig gelegene kleine Appartement-Anlagen in fast allen Teilen Mallorcas.

Selbstverständlich stellen wir Ihnen Ihren Mietwagen schon am Flughafen bereit und erledigen Ihre Flugbuchungen. Unsere Partnerbüros vor Ort gewährleisten einen Rundum-Service während Ihres Aufenthalts.

Telefon (02 11) 9 70 11 72 · Telefax (02 11) 9 70 11 78
<http://www.mallorca.com>

WZN

Wir Zahnärzte in Nordrhein e. V.

die berufspolitische Alternative.

Wir sind für Sie da!

Geschäftsstelle:

Stammheimer Straße 103 • 50735 Köln

Tel. (02 21) 76 51 11 • Fax 7 60 38 97 • www.wzn.de

Weitere Informationen erhalten Sie, wenn Sie uns Ihre Fax-Nr. mitteilen.

Karl-Häupl-Kongress 1999



Ein Zusammenschluß engagierter Kolleginnen und Kollegen:

„Studiengruppe für restaurative Zahnheilkunde e.V.“

Daß Professionelle sich zu lebenslangem Lernen bereit finden müssen, wenn sie nicht schon nach wenigen Jahren fachlich ins Hintertreffen geraten wollen, ist eine Binsenwahrheit. Die Gründe für den Zusammenschluß in der „Studiengruppe für restaurative Zahnheilkunde“ waren aber viel komplexer.

Vor zwei, drei Jahrzehnten wurde aus den Vereinigten Staaten eine, man kann sagen, völlig neue fachliche Disziplin an uns herangetragen, die den in den Ländern Europas ausgebildeten und praktizierenden Zahnärzten gänzlich unbekannt war. Es handelte sich um die instrumentelle Funktionsanalyse und Funktionstherapie.

Zwar gingen einige der Grundlagen auf den bekannten Zürcher Altmeister Alfred Gysi zurück, der bereits Anfang des Jahrhunderts einen Artikulator konzipiert hatte, der freilich ausschließlich für die Totalprothetik gedacht war. Aber auch das war hier bei uns fast völlig in Vergessenheit geraten.

Nun taten sich für uns neue fachliche Wege auf, die Restaurationen und Prothesen in einer okklusal fast perfekten Ausgestaltung ermöglichten. Darüber hinaus konnten wir nun Patienten mit okklusionsbedingten Myoarthropathien in einer Weise helfen, von der wir vorher nur geträumt hatten. Es waren P. K. Thomas, Charles Stuart, Arne Lauritzen, Harry Lundeen und Bob Lee, um nur die Wichtigsten zu nennen, die wir damals einluden und die hierzulande gleichsam Kristallisationskerne bildeten, von denen dann die Breitenentwicklung ausging. Eine der ersten war die Studiengruppe. Im Vorspann zur Satzung heißt es:

Zur Gründung der Studiengruppe

Absolventen der gnathologisch-restaurativen Kursreihe von J. Schulz-Bongert regten die Bildung eines ständigen Arbeitskreises an, um auch in Zukunft fachlich-freundschaftlichen Kontakt pflegen zu können. Ein erstes Treffen zu dem alle im obigen Sinne möglichen Interessenten eingeladen wurden, fand als „Frühstücks-Konferenz“ am 7. März 1976 in Düsseldorf statt. Es diente der Vorbereitung des organisierten Zusammenschlusses. Am 6. November 1976 folgte die Gründungsversammlung mit 45 Teilnehmern, welche sich in die Mitgliedsliste der „Studiengruppe für restaurative Zahnheilkunde e.V.“ eintrugen.

Seitdem hat die Studiengruppe eine ständige Weiterentwicklung erfahren und natürlich auch andere Gebiete der Zahnheilkunde, vor allem die Prävention, in ihr Arbeitsprogramm einbezogen. Eine Kostprobe davon wird auf dem Karl-Häupl-Kongress vermittelt.

Dr. Joachim Schulz-Bongert

Tagungsprogramm – Zahnärzte

Freitag, 26. Februar 1999

Foyer

9.00 Uhr **Eröffnung der Dentalausstellung**
Dr. P. Schöning, Düsseldorf
Dr. P. Engel, Köln
Dr. M. Silbermann, Ratingen

Konferenzraum „G. V. Black“

Thema des Tages **Vom Erstgespräch bis zum Recall – Ein Konzept der „Studiengruppe für Restaurative Zahnheilkunde“**
Leitung: Dr. M. Cramer, Overath

9.15 – 9.30 Uhr **Begrüßung und Eröffnung**
Dr. P. Schöning, Düsseldorf
Dr. P. Engel, Köln

9.30 – 9.45 Uhr **23 Jahre „Studiengruppe für Restaurative Zahnheilkunde“**
Dr. J. Schulz-Bongert, Meerbusch

9.45 – 10.15 Uhr **Eingangsgespräch versus Spiegel und Sonde**
Dr. M. Cramer, Overath

10.15 – 10.45 Uhr **Indikationsstellung für funktionsdiagnostische Untersuchungen und deren effektive Umsetzung in der zahnärztlichen Praxis**
Dr. M. O. Ahlers, Hamburg

10.45 – 11.10 Uhr **Umsetzung der Schienentherapie in die definitive Versorgung am Beispiel einer Eckzahnführung**
Dr. F. J. Ahrens, Dormagen

11.10 – 11.30 Uhr Pause

11.30 – 12.00 Uhr **Aufbau stark zerstörter Zähne**
Univ.-Prof. Dr. K.-H. Utz, Bonn

12.00 – 12.30 Uhr **Prinzipien der vollkeramischen Krone**
Dr. A. Hartleb, Hamburg

12.30 – 13.00 Uhr **Die Augmentation des Alveolar-kammes mit Knochenersatzmaterial und Bindegewebs-Transplantat**
Dr. L. Hanfland, Lennestadt

13.00 – 14.15 Uhr Mittagspause

14.15 – 14.45 Uhr **Prothesenunverträglichkeit – Vom Hilfsimplantat zur endgültigen Implantatversorgung**
Dr. U. Harth, Bad Salzuflen

Karl-Häupl-Kongress 1999



Tagungsprogramm – Zahnärzte

Freitag, 26. Februar 1999

Konferenzraum „G. V. Black“

- 14.45 – 15.15 Uhr **Der totale implantatgetragene Zahnersatz — Prothetische Strategien zur Risikominimierung**
Priv.-Doz. Dr. W. Lückerath, Bonn
- 15.15 – 15.45 Uhr **Die ästhetische Gestaltung implantatgetragenen Zahnersatzes**
Dr. D. Baumhäckel, Köln
- 15.45 – 16.00 Uhr Pause
- 16.15 – 16.45 Uhr **Der komplexe Restaurationspatient – Risikoausschluß mit ganzheitlichen Therapiemethoden**
Dr. M. Barthelmie, Xanten
- 16.45 – 17.15 Uhr **Prophylaxe als Praxisprofil – Von der Restauration zur Prävention**
Dr. L. Laurisch, Korschenbroich
- 17.15 – 17.45 Uhr **Vom Erstgespräch zum Recall – Praxiskonzept anhand von zwei Behandlungsfällen**
Dr. H. Derks, Emmerich
- 17.45 Uhr **Diskussion unter Einbeziehung des Auditoriums**
Leitung: Dr. M. Cramer, Overath

Samstag, 27. Februar 1999

- Thema des Tages **Die Zahnheilkunde im Übergang zum 3. Jahrtausend**
*Leitung: Dr. P. Engel, Köln
Univ.-Prof. Dr. Th. Kerschbaum, Köln*
- 9.00 – 10.30 Uhr **Die Zukunft des Deutschen Gesundheitswesens**
Univ.-Prof. Dr. P. Oberender, Bayreuth
- 10.30 – 11.00 Uhr Pause
- 11.00 – 12.30 Uhr **Funktion und Ästhetik in der Zahnheilkunde**
Dr. D. Reusch, Westerburg
- 12.30 – 13.45 Uhr Mittagspause
- 13.45 – 14.45 Uhr **Kariesprävention und Prophylaxe**
Prof. Dr. P. Hotz, Bern (CH)
- 14.45 – 15.45 Uhr **Zahnärztliche Prothetik – heute und morgen**
Univ.-Prof. Dr. M. Kern, Kiel

Tagungsprogramm – Zahnärzte

Samstag, 27. Februar 1999

Konferenzraum „G. V. Black“

- 16.00 – 17.00 Uhr **Zukünftige Aspekte in der Parodontologie**
Prof. Dr. H. H. Renggli, Nijmegen (NL)
- 17.00 Uhr **Schlußdiskussion unter Einbeziehung des Auditoriums**
*Leitung: Dr. P. Engel, Köln
Univ.-Prof. Dr. Th. Kerschbaum, Köln*

Tagungsprogramm – Praxisteam

Fortbildung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein

Freitag, 26. Februar 1999

Konferenzraum „A. GYSI“

- Thema der Tagung **Abrechnung aktuell**
Leitung: Dr. W. Schnickmann, Neunkirchen
- 9.30 – 13.00 Uhr **Privat statt Kasse**
– Der wirtschaftliche Umgang mit den begrenzten Mitteln der GKV
– Vorbeugung von Mengensteigerungen, die in Budgets führen und/oder Punktwerte verfallen lassen
– Wahlleistungen beim Kassenpatienten
– Die Mehrkostenregelung
*Dr. H.-W. Timmers, Essen
ZA R. Wagner, Langerwehe*
- 13.00 – 14.00 Uhr Mittagspause
- 14.00 – 15.45 Uhr **PAR-Abrechnung**
Dr. W. Schnickmann, Neunkirchen
- 15.45 – 16.15 Uhr Pause
- 16.15 – 18.00 Uhr **Erbracht, aber nicht abgerechnet!**
*ZA A. Kruschwitz, Bonn
Dr. H. J. Lintgen, Remscheid*
- Samstag, 27. Februar 1999**
- 10.45 – 12.30 Uhr **Die aktuelle gesundheitspolitische Situation**
ZA R. Wagner, Langerwehe
- 12.30 – 14.00 Uhr Mittagspause
- 14.00 – 16.00 Uhr **Zahnersatz beim Kassenpatienten**
– Der aktuelle Stand unter Berücksichtigung der Technikerrechnung
*ZA M. Hendges, Köln
ZA L. Marquardt, Krefeld*

Karl-Häupl-Kongress 1999



Tagungsprogramm – Zahnärzthelferinnen

Freitag, 26. Februar 1999

Foyer

9.00 Uhr **Eröffnung der Dentalausstellung mit Rundgang**
Dr. P. Schöning, Düsseldorf
Dr. P. Engel, Köln
Dr. M. Silbermann, Ratingen

Konferenzraum „W. D. Miller“

Thema der Tagung **Moderne Anforderungen an Zahnärzthelferinnen**
Leitung: Dr. M. Silbermann, Ratingen

9.15 – 9.30 Uhr **Begrüßung und Eröffnung**
Dr. M. Silbermann, Ratingen

9.30 – 11.00 Uhr **Erfolgreiche Kommunikation im Umgang mit Patienten**
Frau U. Weber, Ludwigshafen

11.00 – 11.30 Uhr Pause

11.30 – 13.00 Uhr **Briefe, Faxe, Formulare im neuen Gewand**
Frau A. Schmidt, München

13.00 – 14.15 Uhr Mittagspause

14.15 – 15.45 Uhr **Infektionsschutz: Welche Auswirkungen hat die RKI-Richtlinie für das Praxisteam**
Univ.-Prof. Dr. J. Becker, Düsseldorf

15.45 – 16.15 Uhr Pause

16.15 – 17.45 Uhr **Schulung des Zahnarztes oder einer Mitarbeiterin zum Praxisgerechten Umgang mit den gesetzlichen Vorschriften**
Dr. J. Szafraniak, Viersen

Samstag, 27. Februar 1999

9.00 – 12.45 Uhr **Assistenz der Zahnärztlichen Helferinnen bei der Adhäsivtechnik in der Füllungstherapie**
Dr. U. Blunck, Berlin

12.45 – 14.15 Uhr Mittagspause

14.15 – 17.30 Uhr **Refraisher – Prophylaxe-Profis**
Frau A. Schmidt, München

Tagungsprogramm – nur für fortgebildete Zahnärzthelferinnen (ZMF / ZMV)

Samstag, 27. Februar 1999

Konferenzraum „G. Korkhaus“

Thema des Tages **ZMF's und ZMV's in Führungspositionen**
Leitung: Dr. M. Silbermann, Ratingen

9.15 – 12.45 Uhr **Multimedia – Werden die Online-Dienste meinen Arbeitsplatz verändern?**
Priv.-Doz. Dr. W. Schmitt, Dipl.-Ing. Bonn

12.45 – 14.15 Uhr Mittagspause

14.15 – 17.30 Uhr **Haut- und Schleimhautveränderungen: Welche sind für die fortgebildete Mitarbeiterin von Bedeutung?**
Univ.-Prof. Dr. J. Becker, Düsseldorf

Organisation und Veranstalter

Veranstalter: **Zahnärztekammer Nordrhein**
 Emanuel-Leutze-Straße 8
 40547 Düsseldorf
 Telefon (02 11) 5 26 05(0)27/29/50
 Telefax (02 11) 5 26 05 21
 oder (02 11) 5 26 05 48

Tagungsort: **Congress Center Düsseldorf – CCD Süd**
 Stockumer Kirchstr. / Rotterdamer Str.
 40474 Düsseldorf

Datum: **Fr., 26. Feb. 1999, 9.00 bis ca. 18.00 Uhr**
Sa., 27. Feb. 1999, 9.00 bis ca. 18.00 Uhr

Tagungskuvert: DM 250,00 für Zahnärzte und Assistenten
 DM 100,00 für Praxismitarbeiter

Im Tagungskuvert sind enthalten:
 1. Die Teilnahme an allen Vorträgen und Veranstaltungen nach eigener Wahl.
 2. Pausengetränke wie Kaffee oder Tee. Diese Getränke werden im Foyer des Congress Centers Süd, jedoch nur während der Vorträge und in den Pausen, angeboten. Kaltgetränke sind kostenpflichtig.

Bewirtung: Das Restaurant im Congress Center Süd der Fa. Stockheim GmbH ist während der Vortragszeiten geöffnet.

Parkplätze: Vor dem Congress Center Süd auf den Parkplätzen **P 3** und **P 5** steht ausreichend Parkraum zur Verfügung

Anmeldung: Bitte formlose namentliche Anmeldung

Praxisgründungsseminar

26./27. Februar 1999 in Düsseldorf
im Rahmen des Karl-Häupl-Kongresses

Am **26./27. Februar 1999** veranstalten die Zahnärztekammer Nordrhein, die Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein und der Freie Verband Deutscher Zahnärzte, Landesverband Nordrhein, unter der Seminarleitung von Dr. med. habil. (Univ. Stettin) Dr. med. dent. Georg Arentowicz ein **Praxisgründungsseminar** für Zahnärztinnen und Zahnärzte, die kurz vor der Niederlassung stehen.

Veranstaltungsort: Messe- und Kongreß-Zentrum Süd der Düsseldorfer Messegesellschaft mbh (NOWEA), Konferenzraum 6, Stockumer Kirchstraße, 40474 Düsseldorf.

Anmeldungen: Kurs-Nr. 99A01, Zahnärztekammer Nordrhein, Postfach 10 55 15, 40046 Düsseldorf, Tel. (02 11) 5 26 05-39, Frau Hecker/Frau Pisasale.

Die Seminargebühr beträgt 220 DM und beinhaltet die Seminarunterlagen. Die Reservierung gilt als verbindlich, wenn ein Verrechnungsscheck oder eine Überweisung auf dem Konto Nr. 0 001 635 921, BLZ 300 606 01, bei der Deutschen Apotheker- und Ärztebank e.G., Düsseldorf, eingegangen ist. Wegen Begrenzung der Teilnehmerzahl erfolgt eine Berücksichtigung nach der Reihenfolge der Anmeldung.

Eine Rückerstattung der Teilnehmergebühr ist bei Absage bis 3 Tage vor Beginn der Veranstaltung in voller Höhe möglich. Der Kursplatz ist übertragbar. Teilnehmer, die nicht dem Kammerbereich Nordrhein angehören, werden gebeten, bei Kursbeginn ihren Kammerausweis vorzulegen.

Freitag, 26. Februar 1999

9.00– 9.15 Uhr	Begrüßung
9.15–11.00 Uhr	Einführung in die mit der Praxisgründung verbundenen Rechtsprobleme (im Hinblick auf Praxiserwerb, Mietvertrag, Angestelltenvertrag etc.)
11.00–11.30 Uhr	Kaffeepause
11.30–13.00 Uhr	Fortsetzung Vortrag
13.00–15.00 Uhr	Mittagspause
15.00–16.30 Uhr	Zulassungsverfahren a) Zulassungskriterien b) Ablauf der Sitzung etc.
16.30–17.00 Uhr	Kaffeepause
17.00–17.30 Uhr	Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer in Nordrhein
17.30–18.00 Uhr	Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte
ab ca. 18.00 Uhr	Die Aussteller laden zu einem Umtrunk ein

Samstag, 27. Februar 1999

9.30–11.00 Uhr	Wirtschaftliche und steuerliche Aspekte der Praxisgründung <ul style="list-style-type: none"> • Grundprinzipien wirtschaftlichen Verhaltens • Welche Investitionen sind wirtschaftlich sinnvoll? • Analyse des Investitionsvolumens bei Neugründung/Übernahme • Die laufenden Kosten einer Zahnarztpraxis • Notwendigkeit einer Kostenanalyse • Arbeits-/Mietverträge des Zahnarztes (auch mit Ehegatten!) • Vom Umsatz zum verfügbaren Einkommen – Eine Modellrechnung • Die Finanzierung der Niederlassung <ul style="list-style-type: none"> – Bankdarlehen kontra Versicherungsdarlehen – Leasing kontra Darlehen • Praxisräume im Eigentum des Zahnarztes <ul style="list-style-type: none"> – Probleme des „Betriebsvermögens“! • Steuerersparnisse vor und während der Praxisgründung <ul style="list-style-type: none"> – Die Spielregeln des Steuerrechts – Vorgezogene Betriebsausgaben – Behandlung der „Gründungsverluste“ • Die Praxisübernahme: <ul style="list-style-type: none"> – Vor- und Nachteile – der angemessene Kaufpreis • Traditionelle und neue Kooperationsformen <ul style="list-style-type: none"> – Gemeinschaftspraxis/Praxisgemeinschaft – Partnerschaftsgesellschaft
11.00– 11.30 Uhr	Kaffeepause
11.30– 12.30 Uhr	Fortsetzung Vortrag
12.30–14.00 Uhr	Mittagspause
14.00–15.00 Uhr	Fortsetzung Vortrag
15.00–15.30 Uhr	Kaffeepause
15.30–ca.16.30 Uhr	Fortsetzung Vortrag

ZAHNÄRZTLICHE FORTBILDUNG

Zahnärztliche Fortbildung im Karl-Häupl-Institut

99005 P (B)

Intensivseminar WORD 6.0

W. Burger, Korschenbroich
Dienstag, 12. Januar 1999
Dienstag, 19. Januar 1999
Dienstag, 26. Januar 1999
Dienstag, 2. Februar 1999
Dienstag, 9. Februar 1999
jeweils 18.30 bis 22.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 250,00

99125 P (B)

Die Goldhämmerfüllung

Praktischer Arbeitskurs
Dr. W. Kamann, Münster
Freitag, 16. Januar 1999, 15.00 bis 20.00 Uhr
Samstag, 17. Januar 1999, 9.00 bis 16.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 800,00 zuzügl. Materialkosten
von ca. DM 100,00

99108 P (B)

Moderne Präparationstechniken

Seminar mit Demonstrationen und praktischen Übungen
Frau Dr. G. Diedrichs, Düsseldorf
Mittwoch, 20. Januar 1999, 14.00 bis 19.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 300,00

99109 (B)

Mykosen im zahnärztlichen Alltag

Seminar mit Demonstrationen und praktischen Übungen
Dr. M. Hopp, Berlin
Priv.-Doz. Dr. H.-J. Tietz, Berlin
Mittwoch, 20. Januar 1999, 14.00 bis 19.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 200,00

99062 P (B)

Zahnfarbene Restaurationen

Moderne Füllungsmaterialien und -techniken

Praktischer Arbeitskurs mit Intensivbetreuung
Univ.-Prof. Dr. R. Hickel, München
Priv.-Doz. Dr. K.-H. Kunzelmann, München
Dr. A. Mehl, Dipl.-Physiker, München
Freitag, 22. Januar 1999, 14.00 bis 19.00 Uhr
Samstag, 23. Januar 1999, 9.00 bis 16.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 1000,00

99063 (B)

Implantatgetragener Zahnersatz

Seminar mit Demonstrationen
Prof. Dr. M. Augthun, Aachen
Samstag, 23. Januar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 400,00

99064 (B)

Parodontologie – Diagnose und Pathogenese

Seminar mit Demonstrationen
1. Kurs einer dreigeteilten Kursreihe
(siehe hierzu auch Kurs 99075 und Kurs 99077)
Prof. Dr. H. H. Renggli, Nijmegen (NL)
Mittwoch, 27. Januar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 200,00

99113 T (B)

Kofferdam ist wieder „in“

Praktischer Arbeitskurs für das zahnärztliche Team
Dr. P. Schöning, Düsseldorf
Mittwoch, 27. Januar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 300,00 für den Zahnarzt und
max. 1 begl. Zahnarzthelferin

99001 (B)

Möglichkeiten der Steuerersparnis

– Kurs A –

Einführungsseminar
U. Rinne, Dipl.-Finanzwirt, Münster
Mittwoch, 27. Januar 1999, 14.00 bis 20.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 400,00

99065 T

Lebensbedrohliche Notfälle in der Zahnarztpraxis

– Kurs A –

Seminar mit Demonstrationen besonders geeignet für
Praxismitarbeiter und Zahnarztehegatten
Dr. M. Schijatschky, Zürich (CH)
Freitag, 29. Januar 1999, 14.00 bis 19.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 100,00

99066 P (B)

Kleine instrumentelle Funktionsanalyse und initiale Behandlungsplanung

Seminar mit Demonstrationen und praktischen Übungen
Dr. F. J. Ahrens, Dormagen
ZT Th. Neumann, Dormagen
Freitag, 29. Januar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr
Samstag, 30. Januar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 800,00

99067 *

Lebensbedrohliche Notfälle in der Zahnarztpraxis

– Kurs B –

Seminar mit Demonstrationen nur für Zahnärzte
Dr. M. Schijatschky, Zürich (CH)
Samstag, 30. Januar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 250,00

99068 P (B)

Mehr Erfolg in der Prophylaxe – Prophylaxe, der sanfte Weg zu gesunden Zähnen

Seminar mit Demonstrationen und praktischen Übungen für
Zahnärzte und Zahnarzthelferinnen
Dr. S. Tschackert, Frankfurt
Mittwoch, 3. Februar 1999, 14.00 bis 20.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 300,00 für Zahnärzte und
DM 200,00 für Zahnarzthelferinnen

99011

Schulung des Zahnarztes oder einer Mitarbeiterin zum praxisgerechten Umgang mit gesetzlichen Vorschriften

Seminar für Zahnärzte und Zahnarzthelferinnen
Dr. J. Szafraniak, Viersen
Dr. K. Sälzer, Wuppertal
Mittwoch, 3. Februar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 100,00 für den Zahnarzt und
DM 50,00 für die Zahnarzthelferin

ZAHNÄRZTLICHE FORTBILDUNG

99069 *

Parodontalerkrankungen und Zahnkaries, wie man vorbeugt, sie „nicht aggressiv“ behandelt und zum Stillstand bringt – heutige und zukünftige Aspekte

Seminar mit Demonstrationen

Prof. Dr. P. A. Axelsson, Karlstad (S)

Freitag, 5. Februar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr

Samstag, 6. Februar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 700,00

99070 P (B)

Erfolgssichere Endodontie – Ein systematisches Behandlungskonzept unter besonderer Berücksichtigung der Aufbereitung gekrümmter Kanäle

Seminar mit praktischen Übungen am Phantom

Dr. U. Schulz-Bongert, Düsseldorf

Freitag, 5. Februar 1999, 14.00 bis 19.00 Uhr

Samstag, 6. Februar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 700,00 zuzügl. Materialkosten von ca. DM 50,00

99071 (B)

Homöopathie in der Zahnheilkunde – Kurs B –

Seminar mit Demonstrationen

Dr. H.-W. Feldhaus, Hörstel

Freitag, 5. Februar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr

Samstag, 6. Februar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 500,00

99074 (B)

Ein revolutionärer neuer Ansatz beim subgingivalen Scaling und der Wurzelglättung

Seminar mit Demonstrationen

ZA M. Maak, Lembruch

Mittwoch, 17. Februar 1999, 14.00 bis 20.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 400,00 für den Zahnarzt und

DM 300,00 für die Zahnarzthelferin

99072 *

Operative Parodontologie – Teil 1 – Diagnose, Gesamtplanung, Nahttechniken, Mukogingivale Chirurgie

Seminar mit Demonstrationen

Prof. M. R. Dragoo, D.D.S., M.S.D., Escondido (USA)

Freitag, 19. Februar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr

Samstag, 20. Februar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 800,00

99073 P (B)

Die vollkeramische Restauration

Praktischer Arbeitskurs für Zahnarzt und Zahntechniker

Dr. G. Mörig, Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. W. Hohmann, Frankfurt

ZTM M. Brusch, Düsseldorf

Freitag, 19. Februar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr

Samstag, 20. Februar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 1000,00

99126 (B)

Kompodium der Implantatprothetik – Teil 1 – Der zahnlose Unterkiefer und die Verankerung herausnehmbaren und bedingt abnehmbaren Zahnersatzes

Seminar für Zahnärzte und Zahntechniker

– klinisch anwendungsorientiert –

Univ.-Prof. Dr. E.-J. Richter, Dipl.-Ing., Würzburg

Freitag, 19. Februar 1999, 10.00 bis 13.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 200,00

99127 (B)

Kompodium der Implantatprothetik – Teil 2 – Welche Bedeutung haben prothetische Parameter für den Implantaterfolg

Seminar für Zahnärzte und Zahntechniker

– Grundlagenwissen, jedoch mit engem klinischen Bezug –

Univ.-Prof. Dr. E.-J. Richter, Dipl.-Ing., Würzburg

Freitag, 19. Februar 1999, 14.00 bis 17.30 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 200,00

99128 (B)

Kompodium der Implantatprothetik – Teil 3 – Sinnvolle und bewährte Therapiekonzepte im teilbezahnten Gebiß und im zahnlosen Oberkiefer

Seminar für Zahnärzte und Zahntechniker

– klinisch anwendungsorientiert –

Univ.-Prof. Dr. E.-J. Richter, Dipl.-Ing., Würzburg

Samstag, 20. Februar 1999, 9.00 bis 17.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 400,00

99075 (B)

Parodontologie – Prävention

Seminar mit Demonstrationen

2. Kurs einer dreigeteilten Kursreihe

(siehe hierzu auch Kurs 99064 und Kurs 99077)

Prof. Dr. H. H. Renggli, Nijmegen (NL)

Mittwoch, 24. Februar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 200,00

99021

KARL-HÄUPL-KONGRESS 1999

Fortbildungstage für den Zahnarzt und Praxismitarbeiter mit begleitender Dentalausstellung

Freitag, 26. Februar 1999, 9.00 bis 18.00 Uhr

Samstag, 27. Februar 1999, 9.00 bis 18.00 Uhr

Veranstaltungsort: Messe-Kongress-Center Süd

Düsseldorfer Messegesellschaft mbH

– NOWEA –

Stockumer Kirchstraße

40474 Düsseldorf

Teilnehmergebühr: DM 250,00 für den Zahnarzt und

DM 100,00 für die Zahnarzthelferin

99A01

Praxisgründungsseminar in Düsseldorf

Seminar für Assistentinnen und Assistenten

Freitag, 26. Februar 1999, 9.00 bis 18.00 Uhr

Samstag, 27. Februar 1999, 9.00 bis 18.00 Uhr

Teilnehmergebühr: DM 220,00

ZAHNÄRZTLICHE FORTBILDUNG

KZV-Fortbildung im Karl-Häupl-Institut

99301

Wirtschaftlichkeitsprüfung in der vertragszahnärztlichen Versorgung mit besonderer Berücksichtigung der ab 1. 1. 1989 geltenden neuen Bestimmungen des SGBV in der durch das GSG veränderten Fassung

Seminar für Zahnärzte
Dr. H.-J. Lintgen, Remscheid
ZA R. Wagner, Langerwehe
Mittwoch, 20. Januar 1999, 14.00 bis 17.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 50,00

99302

Abrechnung nach dem 2. NOG – Aktuelle Rechtslage ist Grundlage des Kurses

Seminar für Zahnärzte und Praxismitarbeiter
Dr. W. Eßer, Mönchengladbach
Dr. H. W. Timmers, Essen
Mittwoch, 27. Januar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 50,00

99303

Privat statt Kasse – Kurs beinhaltet u. a. die aktuelle Situation bei der Mehrkostenregelung für Füllungen

Seminar für Zahnärzte und Praxismitarbeiter
Dr. H. W. Timmers, Essen
ZA R. Wagner, Langerwehe
Mittwoch, 10. Februar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 50,00

99304

Erbracht, aber nicht abgerechnet

Seminar für Zahnärzte und Praxismitarbeiter
ZA A. Kruschwitz, Bonn
Dr. H.-J. Lintgen, Remscheid
Mittwoch, 17. Februar 1999, 14.00 bis 18.00 Uhr
Teilnehmergebühr: DM 50,00

Fortbildung in den Bezirksstellen

Bezirksstelle Bergisch Land in Verbindung mit dem Bergischen Zahnärzterein

99471

Primärkronen aus Keramik und Matrizen aus galvanogeformtem Feingold: ein innovatives Halteelement mit neuartigen Eigenschaften

Dr. P. Weigl, Frankfurt
Samstag, 16. Januar 1999, 10.00 Uhr
Veranstaltungsort: Schulungszentrum der Klinik St. Antonius
Vogelsangstraße 106, 42109 Wuppertal

(gebührenfrei)

99472

Augmentative Verfahren in der Implantologie

Dr. M. Sieper, Gummersbach
Samstag, 20. Februar 1999, 10.00 Uhr
Veranstaltungsort: Schulungszentrum der Klinik St. Antonius
Vogelsangstraße 106, 42109 Wuppertal

(gebührenfrei)

(B) = Die Teilnehmerzahl ist begrenzt

P = Praktischer Arbeitskurs

T = Kurs für das zahnärztliche Team

In unmittelbarer Nähe des Karl-Häupl-Institutes stehen zwei renommierte Hotels mit großer Bettenkapazität zur Verfügung:

Hotel Ramada, Am Seestern 16, 40547 Düsseldorf (Lörrick)

Telefon (02 11) 59 59 59, Telefax (02 11) 59 35 69

Lindner Hotel Rheinstern, Emanuel-Leutze-Straße 17, 40547 Düsseldorf (Lörrick)

Telefon (02 11) 5 99 70, Telefax (02 11) 5 99 73 39

Kursteilnehmer werden gebeten, Reservierungen selbst vorzunehmen. Die Reservierung sollte möglichst frühzeitig erfolgen, da während der zahlreichen Ausstellungen und Messen in Düsseldorf Zimmerengpässe möglich sind. Mit den Hotels wurden Sonderkonditionen, die jedoch nur an messerefreien Tagen gelten, vereinbart.

Weitere Informationen, wie Hotelverzeichnisse, können beim Verkehrsverein der Stadt Düsseldorf, Telefon (02 11) 35 05 05 angefordert werden.

Hinweise zu den Veranstaltungen

Verbindliche Anmeldungen bitte **nur schriftlich** an die:

Zahnärztekammer Nordrhein

Karl-Häupl-Institut

Emanuel-Leutze-Straße 8

40547 Düsseldorf (Lörrick)

oder

Postfach 10 55 15

40046 Düsseldorf

Telefax (02 11) 5 26 05 21

(02 11) 5 26 05 48

Telefon (02 11) 5 26 05-0

(02 11) 5 26 05 50 (nur während der Kurszeiten)

Internet: <http://www.khi-direkt.de>.

E-Mail: KHI-ZAK@t-online.de

Bitte je Anmeldung einen Verrechnungsscheck in Höhe der Kursgebühr beifügen.

Für Mitglieder der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein gilt, daß die Kursgebühr jeweils über das KZV-Abrechnungskonto einbehalten wird.

Die Scheckeinlösung bzw. Abbuchung vom KZV-Abrechnungskonto erfolgt erst nach Kursende.

Die Zulassung zum Kurs erfolgt in der Reihenfolge des Anmeldeeingangs. Ihre Anmeldung wird umgehend bestätigt.

Für reservierte – **jedoch nicht eingenommene** – Kursplätze kann die Teilnehmergebühr nicht zurückerstattet werden. Der Kursplatz ist jedoch übertragbar.

Ausführliche Informationen und Kursunterlagen – wie Material- und Instrumentenlisten – erhalten Sie vor Kursbeginn.

Die angegebene Kursgebühr gilt für den **niedergelassenen Zahnarzt**. Assistenten, beamtete und angestellte Zahnärzte sowie Zahnärzte, die ihren Beruf zur Zeit nicht oder nicht mehr ausüben, können an Kursen, die durch ein * gekennzeichnet sind, zur halben Kursgebühr teilnehmen. Des weiteren können Zahnärzte in den ersten zwei Jahren nach ihrer Praxisneugründung diese Ermäßigung in Anspruch nehmen. Zur Berechnung der Zweijahresfrist gilt das Datum der Veranstaltung. Für Studenten der Zahnmedizin ist die Teilnahme kostenlos. Ein entsprechender Nachweis ist **jeder** Anmeldung beizufügen.

Karl-Häupl-Institut

der Zahnärztekammer

Nordrhein

Postfach 10 55 15

40046 Düsseldorf

Kurs-Kennzahl	Mitglieds-Nr. bei der Zahnärztekammer Nordrhein				ZA	Ass.	ZT	ZAH	F

(Kennzahlen, soweit bekannt, bitte angeben)

am _____

Name _____

Ort _____

Straße _____

(Anschriftstempel benutzen oder in Blockschrift ausfüllen)

Die Teilnehmergebühr füge ich in Form eines Verrechnungsschecks

über DM _____ bei

Ich wünsche die Abbuchung über mein Abrechnungskonto

KZV Nordrhein, Stempel Nr. _____ (Für Mitglieder der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein gilt, daß die Kursgebühr jeweils über das KZV-Abrechnungskonto einbehalten wird.)

Stempel/Unterschrift/Datum _____



Helferinnenfortbildung I/99

■ Kurs-Nr.: 99204

Fr., 8. Januar 1999, von 9.00 bis 18.00 Uhr
 Sa., 9. Januar 1999, von 9.00 bis 18.00 Uhr
Röntgenkurs für Zahnarzhelferinnen (20 Std.)
 Professor Dr. Dr. Peter Schulz
 Teilnehmerzahl: max. 40 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 350,00

■ Kurs-Nr.: 99215

Fr., 29. Januar 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr
Übungen zur Prophylaxe
 Gisela Elter, ZMF
 Teilnehmerzahl: max. 22 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 60,00

■ Kurs-Nr.: 99223

Fr., 29. Januar 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr
GOZ/GOÄ-Abrechnungsworkshop
 Dr. Hans Werner Timmers
 Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 80,00

■ Kurs-Nr.: 99216

Sa., 30. Januar 1999, von 9.00 bis 13.00 Uhr
Übungen zur Prophylaxe
 Gisela Elter, ZMF
 Teilnehmerzahl: max. 22 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 60,00

■ Kurs-Nr.: 99217

Fr., 5. Februar 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr
Übungen zur Prophylaxe
 Gisela Elter, ZMF
 Teilnehmerzahl: max. 22 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 60,00

■ Kurs-Nr.: 99218

Sa., 6. Februar 1999, von 9.00 bis 13.00 Uhr
Übungen zur Prophylaxe
 Gisela Elter, ZMF
 Teilnehmerzahl: max. 22 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 60,00

■ Kurs-Nr.: 99201

Fr., 5. Februar 1999, von 8.30 bis 17.30 Uhr
 Sa., 6. Februar 1999, von 8.30 bis 17.30 Uhr
Röntgenkurs für Zahnarzhelferinnen (20 Std.)
 Professor Dr. Jürgen Becker
 Teilnehmerzahl: max. 40 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 350,00

■ Kurs-Nr.: 99221

Fr., 19. Februar 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
 Sa., 20. Februar 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
Word für Windows (1. Teil für Einsteiger)
 Robert Kelter
 Teilnehmerzahl: max. 12 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 300,00

■ Kurs-Nr.: 99208

Fr., 19. Februar 1999, von 13.00 bis 19.00 Uhr
Telefontraining – Intensiv-Workshop
 Ursula Weber
 Teilnehmerzahl: max. 16 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 250,00

■ Kurs-Nr.: 99209

Sa., 20. Februar 1999, von 9.00 bis 16.30 Uhr
Telefontraining – Intensiv-Workshop
 Ursula Weber
 Teilnehmerzahl: max. 16 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 250,00

■ Kurs-Nr.: 99232

Mi., 24. Februar 1999, von 15.00 bis 19.00 Uhr
Professionelle Praxisorganisation und -verwaltung
 Angelika Doppel
 Teilnehmerzahl: max. 32 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 100,00

■ Kurs-Nr.: 99210

Mi., 3. März 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr
Kofferdam ist wieder „in“
 Dr. Paul Schöning
 Teilnehmerzahl: max. 16 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 150,00

■ Kurs-Nr.: 99212

Fr., 5. März 1999, von 15.00 bis 19.00 Uhr
 Sa., 6. März 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
Prophylaxe beim Kassenpatienten nach IP1 bis IP4
 ZA Ralf Wagner
 Daniela Ostlender, ZMF
 Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 350,00

■ Kurs-Nr.: 99225

Mi., 10. März 1999, von 14.00 bis 19.00 Uhr
Manuelles Nachschleifen von Handinstrumenten
 Gisela Rottmann
 Teilnehmerzahl: max. 10 Helferinnen
 Teilnahmegebühr: DM 260,00

■ **Kurs-Nr.: 99219**

Fr., 19. März 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr

Übungen zur Prophylaxe

Gisela Elter, ZMF

Teilnehmerzahl: max. 22 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 60,00

■ **Kurs-Nr.: 99220**

Sa., 20. März 1999, von 9.00 bis 13.00 Uhr

Übungen zur Prophylaxe

Gisela Elter, ZMF

Teilnehmerzahl: max. 22 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 60,00

■ **Kurs-Nr.: 99230**

Fr., 26. März 1999, von 14.00 bis 20.00 Uhr

„Gut drauf sein“ durch bessere Kommunikation

Professor Dr. Raimund Drommel

Teilnehmerzahl: max. 32 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 220,00

■ **Kurs-Nr.: 99235**

Sa., 27. März 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr

Ernährung, Ernährungsgewohnheiten und moderne Oralprophylaxe

Simone Hahn-Potthoff, Dipl.-oec. troph.

Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 225,00

■ **Kurs-Nr.: 99243**

Fr., 9. April 1999, von 14.00 bis 19.00 Uhr

Sa., 10. April 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr

Personal Power I

Erfolgreiches Selbstmanagement für Praxismitarbeiterinnen

Dr. Gabriele Brieden, Hilden

Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 280,00

■ **Kurs-Nr.: 99236**

Mi., 14. April 1999, von 14.00 bis 20.00 Uhr

Auf den Zahn gefühlt – mit vollwertigem Essen und Trinken

Nadine Balzani

Marie-Luise Kohnhorst

Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 225,00

■ **Kurs-Nr.: 99238**

Fr., 16. April 1999, von 14.00 bis 19.00 Uhr

Sa., 17. April 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr

Das Führen von Auszubildenden in der zahnärztlichen Praxis

Dr. Dorothee Heckhausen, Dipl.-Psych.

Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 280,00

■ **Kurs-Nr.: 99242**

Fr., 23. April 1999, von 14.00 bis 19.00 Uhr

Bestückung und Wartung des Notfallkoffers

Dr. Peter Minderjahn, Stolberg

Teilnehmerzahl: max. 32 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 100,00

■ **Kurs-Nr.: 99231**

Sa., 24. April 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr

Prophylaxe gegen Haltungsschäden

Werner Jungkunz

Teilnehmerzahl: max. 16 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 250,00

■ **Kurs-Nr.: 99233**

Mi., 28. April 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr

Assistenz in der modernen Parodontaltherapie

Professor Dr. Heinz H. Renggli

Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 150,00

■ **Kurs-Nr.: 99202**

Fr., 30. April 1999, von 8.30 bis 17.30 Uhr

Sa., 1. Mai 1999, von 8.30 bis 17.30 Uhr

Röntgenkurs für Zahnärzthelferinnen (20 Std.)

Professor Dr. Jürgen Becker

Teilnehmerzahl: max. 40 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 350,00

■ **Kurs-Nr.: 99206**

Mi., 5. Mai 1999, von 14.00 bis 19.00 Uhr

Das Kind in der Praxis – eine Herausforderung für die Zahnärzthelferin

Dr. Dr. Caroline Kuntze

Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 150,00

■ **Kurs-Nr.: 99211**

Mi., 5. Mai 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr

Individuelle Provisorien

Dr. Paul Schöning

Teilnehmerzahl: max. 16 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 150,00

■ **Kurs-Nr.: 99214**

Fr., 7. Mai 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr

Durchführung und Bedeutung von Speicheltests

ZA Ralf Wagner

Daniela Ostlender, ZMF

Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 180,00

■ **Kurs-Nr.: 99239**

Mi., 12. Mai 1999, von 8.00 bis 17.00 Uhr

Verkürzter Röntgenkurs für Zahnärzthelferinnen (8 Std.)

Professor Dr. Dr. Eberhard Sonnabend

Teilnehmerzahl: max. 32 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 200,00

■ **Kurs-Nr.: 99240**

Do., 13. Mai 1999, von 8.00 bis 17.00 Uhr

Fr., 14. Mai 1999, von 8.00 bis 17.00 Uhr

Röntgenkurs für Zahnärzthelferinnen (20 Std.)

Professor Dr. Dr. Eberhard Sonnabend

Teilnehmerzahl: max. 32 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 350,00

■ **Kurs-Nr.: 99241**

Do., 13. Mai 1999, von 8.00 bis 17.00 Uhr

Sa., 15. Mai 1999, von 8.00 bis 17.00 Uhr

Röntgenkurs für Zahnärzthelferinnen (20 Std.)

Professor Dr. Dr. Eberhard Sonnabend

Teilnehmerzahl: max. 32 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 350,00

■ **Kurs-Nr.: 99229**

Mi., 19. Mai 1999, von 15.00 bis 17.00 Uhr

Pflege und Wartung von Hand-, Winkelstücken und Turbinen

Horst Bunge

Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen

Teilnehmergebühr: DM 30,00

Karl-Häupl-Institut
Zahnärztekammer Nordrhein
 Postfach 10 55 15
 40046 Düsseldorf
 Telefon (02 11) 5 26 05-0



■ **Kurs-Nr.: 99226**

Fr., 28. Mai 1999, von 14.00 bis 19.00 Uhr
Manuelles Nachschleifen von Handinstrumenten
 Gisela Rottmann
 Teilnehmerzahl: max. 10 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 260,00

■ **Kurs-Nr.: 99227**

Sa., 29. Mai 1999, von 8.30 bis 13.30 Uhr
Manuelles Nachschleifen von Handinstrumenten
 Gisela Rottmann
 Teilnehmerzahl: max. 10 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 260,00

■ **Kurs-Nr.: 99205**

Fr., 28. Mai 1999, von 9.00 bis 18.00 Uhr
 Sa., 29. Mai 1999, von 9.00 bis 18.00 Uhr
Röntgenkurs für Zahnarzhelferinnen (20 Std.)
 Professor Dr. Dr. Peter Schulz
 Teilnehmerzahl: max. 40 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 350,00

■ **Kurs-Nr.: 99207**

Mi., 2. Juni 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr
 Do., 3. Juni 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
Deep-Scaling für Zahnmedizinische Fachhelferinnen
 Dr. Klaus-Dieter Hellwege
 Teilnehmerzahl: max. 16 ZMF
 Teilnehmergebühr: DM 550,00

■ **Kurs-Nr.: 99237**

Mi., 2. Juni 1999, von 15.00 bis 18.00 Uhr
 Do., 3. Juni 1999, von 9.00 bis 16.00 Uhr
Professionelle Patientenführung – die Entwicklung der PROPORZ-Praxis
 Bernd Sandock, Dipl.-Psychologe
 Teilnehmerzahl: max. 20 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 360,00

■ **Kurs-Nr.: 99228**

Do., 3. Juni 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
 Fr., 4. Juni 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
 Sa., 5. Juni 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
Rhetorik & Einführung in die Gesprächsführungstechniken für die ZAH
 Klaus H. Hölter
 Teilnehmerzahl: max. 32 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 550,00

■ **Kurs-Nr.: 99234**

Mi., 9. Juni 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr
Infektionsschutz in der Zahnarztpraxis
 Dr. Richard Hilger
 Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 100,00

■ **Kurs-Nr.: 99224**

Mi., 9. Juni 1999, von 14.00 bis 18.00 Uhr
Implantologie – Assistenz und Abrechnung
 Dr. med. habil. (Univ. Stettin) Dr. med. dent. Georg Arentowicz
 Teilnehmerzahl: max. 32 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 80,00

■ **Kurs-Nr.: 99213**

Fr., 11. Juni 1999, von 15.00 bis 19.00 Uhr
 Sa., 12. Juni 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
Prophylaxe beim Kassenpatienten nach IP1 bis IP4
 ZA Ralf Wagner
 Daniela Ostlender, ZMF
 Teilnehmerzahl: max. 24 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 350,00

■ **Kurs-Nr.: 99222**

Fr., 11. Juni 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
 Sa., 12. Juni 1999, von 9.00 bis 17.00 Uhr
Word für Windows (2. Teil für Fortgeschrittene)
 Robert Kelter
 Teilnehmerzahl: max. 12 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 300,00

■ **Kurs-Nr.: 99203**

Fr., 18. Juni 1999, von 8.30 bis 17.30 Uhr
 Sa., 19. Juni 1999, von 8.30 bis 17.30 Uhr
Röntgenkurs für Zahnarzhelferinnen (20 Std.)
 Professor Dr. Jürgen Becker
 Teilnehmerzahl: max. 40 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 350,00

■ **Kurs-Nr.: 99250**

Mo., 9. August 1999, bis Do., 26. August 1999
Reaktivierungskurs für Zahnarzhelferinnen
 Verschiedene Referenten
 Teilnehmerzahl: max. 32 Helferinnen
 Teilnehmergebühr: DM 750,00

**Karl-Häupl-Institut ab sofort über
 E-Mail und Internet**



Klicken Sie uns an!

Internet: <http://www.khi-direkt.de>.

E-Mail: KHI-ZAK@t-online.de



● **Feuer gelegt, Gebisse geklaut**

Sie ist 83 und gilt als Gefahr für die Allgemeinheit: Die alte Dame legte in zehn Fällen Feuer in der Wohnanlage, in der sie lebte, bevor sie in einer Klinik untergebracht wurde. Dort zündelte sie zwar nicht mehr, aber klaubte Gebisse und Brillen der Mitpatienten. In einem viertägigen Verfahren vor dem Landgericht Düsseldorf geht es nun um die dauerhafte Einweisung der 83jährigen ins Landeskrankenhaus.

WZ, 14. 11. 1998

● **Patient ging beim Zahnarzt an die Decke**

Ein 24jähriger Mann ist beim Zahnarztbesuch im niederländischen Apeldoorn direkt aus dem Behandlungsstuhl durch die Decke gesprungen. Der Zahnarzt hatte mit dem Zähneziehen begonnen, obwohl die Betäubung noch nicht gewirkt hatte. Der Schmerz ließ den Patienten regelrecht aus dem Stuhl und mit dem Kopf durch die Gipsdecke fliegen.

NRZ, 8. 10. 1998

● **Politiker-Ehefrauen sollten sich heraushalten**

Ehefrauen von Politikern sollen sich aus der Politik heraushalten. Dafür sprachen sich bei einer Forsa-Umfrage 52 Prozent aus, 39 Prozent hatten nichts dagegen. Anlaß waren Äußerungen von Christa Müller, Ehefrau von Finanzminister Lafontaine (SPD), in der Debatte um die Zinspolitik.

WAZ, 12. 11. 1998

INNOVATION Sam

Verwaltungsservice für Freiberufler

Wir erstellen Ihnen ein individuelles Angebot für die Übernahme der **laufenden** Buchhaltung **inklusive** der dazugehörigen Verwaltungsdienstleistungen. Unser Honorar richtet sich lediglich **nach dem Aufwand**, nicht – wie üblich – nach Ihrem Umsatz.

Unverbindliches Informationsgespräch:

Frau Amling • Telefon (0 22 47) 30 03 60
Telefax (0 22 47) 30 03 80

● **Omas Zähne für das Tierheim**

Mit Omas Goldzähnen haben vier Mädchen aus Unna dem dortigen Tierheim geholfen. Sie waren auf die Idee gekommen, weil die Großmutter ihnen vom großen Wert der edlen Beißer berichtet hatte. Doch Omas Zähne waren nicht alles: Bei Zahnlabors und Nachbarn sammelten die Mädchen weiteres Gold im Gesamtwert von 400 DM. Von dem Geld soll Tierfutter angeschafft werden.

WZ, 1. 10. 1998

● **Greis (105) sollte in den Kindergarten**

Der mit 105 Jahren älteste Bürger von Echallens im Schweizer Kanton Waadt ist in den Kindergarten bestellt worden. Die Einwohnerbehörde von Echallens hatte die Geburtsdaten nur zweistellig, und nicht vierstellig registriert – also mit „93“ statt „1893“. Der Greis wurde so mit Jahrgang „1993“ geführt. Das Computerprogramm ist inzwischen modifiziert.

NRZ 4. 11. 1998

● **Leichenwagen weg**

Mit einer Leiche im Sarg stand ein Wiesbadener Bestatter ratlos auf der Straße: Die Polizei hatte seinen regelwidrig geparkten Leichenwagen abschleppen lassen.

WAZ, 4. 11. 1998

● **Einbrecher-Verdienst**

Verbrechen lohnt sich offenbar doch. Nach einer Umfrage des Büros für Kriminalstatistik in New South Wales unter 267 inhaftierten Einbrechern in Australien „verdienten“ mehr als die Hälfte von ihnen rund 9 000 DM im Monat. Das durchschnittliche Einkommen ehrlicher Australier liegt – so die Behörde – bei rund 3 100 DM.

Die Welt, 3. 11. 1998

● **Budgetierung**

Preise und Honorare sollten Steuerungs- und Lenkungsfunction haben. Es sollten nicht mehr Kosten erstattet, sondern Leistungen bezahlt werden, und zwar flächendeckend in allen Versorgungsbereichen.



Das Wort „Budgetierung“ halte ich für einen reichlich anspruchsvollen Begriff für eine ziemlich anspruchslose Sache. Auf mich wirkt dies, wie wenn jemand ständig von einem Narkosegerät redet, wenn er den Holzhammer meint. Daß die Budgetierungsphase im GSG nicht auf sozialdemokratische Initiative zurückzuführen ist, darf ich wohl als bekannt voraussetzen. Gleichwohl haben wir sie mitgetragen, weil sie 1993 alternativlos war.

Auszug aus einem Vortrag von Rudolf Dreßler am 14. Juni 1995 beim standespolitischen Tag auf Norderney anläßlich der Fortbildungswoche 1995.

Zahnärzte *STAMMTISCHE*

Informieren, diskutieren oder nur „Smalltalk“. Alles ist möglich beim **Stammtisch** des Freien Verbandes der Bezirksgruppe in **Essen** an jedem **ersten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr**.

Treffpunkt:
Ehrenzeller Hof, Altendorfer Straße 470

Der Stammtisch der **Remscheider** Zahnärzte findet jeweils statt am **ersten Dienstag im Monat um 20.00 Uhr** in der Gaststätte Becker, Remscheid-Ehringhausen

Der Informationsabend der Zahnärzte **Oberhausen** findet statt an jedem **ersten Donnerstag im Monat** in den „First Stuben“, Friedrich-Karl-Straße 48 (Nähe Hauptbahnhof)

Der **Gummersbacher** Stammtisch findet jeweils statt am **letzten Donnerstag eines jeden Monats**
Treffpunkt: 20.00 Uhr
im Restaurant Akropolis
Gummersbacher Str. 2, Dreieck Niederseßmar

Das wird Sie interessieren!

Mykosen im zahnärztlichen Alltag

Pilzinfektionen am Patienten haben eine zunehmende Tendenz im zahnärztlichen Behandlungsalltag. Dem gegenüber steht eine erhebliche Unsicherheit der Zahnärzte beim Erkennen der Differentialdiagnose und der Behandlung dieser Erkrankungen. Unkenntnis der Materie, fehlende Schutzmaßnahmen, Lücken im Hygieneregime der Praxen und im Verkehr mit den zahntechnischen Laboratorien sorgen für eine stete Ausbreitung der Keime mit der Gefahr schwerer und langwieriger Erkrankungen.

Bei der Diagnose „Pilzinfektion“ ist eine ganzheitliche Denk- und Behandlungsweise gefragt, die sowohl Kenntnisse der Spezifikation der Pilze, als auch Kenntnisse aus anderen medizinischen Bereichen erfordert, um eine effektive und erfolgreiche Behandlung vornehmen zu können.

Zu diesem Thema sprechen

Herr Dr. med. dent. Michael Hopp

Oberarzt der Abteilung für Zahnärztliche Prothetik und Alterszahnmedizin an der Humboldt-Universität, Medizinische Fakultät (Charité), Zentrum für Zahnmedizin, 10098 Berlin, Schumannstraße 20/21 und

Herr Privatdozent Dr. med. Hans-Jürgen Tietz

Abteilung für Medizinische Mikrobiologie an der Humboldt-Universität, Medizinische Fakultät (Charité), 10098 Berlin, Schumannstraße 20/21
am Mittwoch, 20. Januar 1999, 14.00 bis 19.00 Uhr



Karl-Häupl-Institut
Fortbildungszentrum der
Zahnärztekammer Nordrhein

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte den Programmankündigungen.

Der **Kölner** Zahnärzte-Stammtisch findet jeweils statt am **ersten Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr**

Treffpunkt: Clubhaus des Marienburger Sport-Clubs, Schillingsrotter Straße 99 in Köln-Rodenkirchen (Nähe Forstbotanischer Garten)



Der **Informationsabend Porzer Zahnärzte** findet jeweils statt am **zweiten Dienstag im Monat um 19 Uhr** im „Haus Kranz“, Bergerstr. 117, Köln

Der **Leverkusener** Zahnärztetreff findet jeweils statt am **zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr**

Treffpunkt: Hotel-Restaurant „Haus Schweigert“, Leverkusen-Manfort, Moosweg 3 (gegenüber Bahnhof Schlebusch)

Wir gratulieren

Bezirksstelle Aachen

50 Jahre

Dr. Gabriele Knorr
Schmiedstraße 3
52062 Aachen
* 31. 1. 1949

Dr. Hans Thielen
Steinstraße 17
52080 Aachen
* 5. 2. 1949

70 Jahre

ZA Orhan Samir
Nizzaallee 57
52072 Aachen
* 29. 1. 1929

75 Jahre

Dr. Fritz Montz
Geilenkirchener Straße 9 a
52538 Selfkant
* 24. 1. 1924

88 Jahre

Dr. Dr. Rudi Tornow
Soerserweg 17
52070 Aachen
* 13. 2. 1911

Bezirksstelle Düsseldorf

50 Jahre

Dr. Peter Krienen
Haroldstraße 28
40213 Düsseldorf
* 25. 1. 1949

Dr. (UMF/Bukarest)
Nicolaie Chibac
Ellerbittweg 12
40229 Düsseldorf
* 5. 2. 1949

60 Jahre

ZA Bernard Emerre
Kaiserswerther Straße 253
40474 Düsseldorf
* 10. 2. 1939

65 Jahre

Dr. Albrecht Schneider
Hans-Sachs-Straße 62
40237 Düsseldorf
* 31. 1. 1934

Dr. Walter Kaiser
Südring 131
42579 Heiligenhaus
* 13. 2. 1934

75 Jahre

ZA Andreas Loewe
Wiener-Neustädter-Straße 176
40789 Monheim
* 27. 1. 1924

Dr. Hans Günther
Am Busch 16
42555 Velbert
* 15. 2. 1924

82 Jahre

Dentist Stefan Lanczos
Am Hackenbruch 68 e
40231 Düsseldorf
* 31. 1. 1917

83 Jahre

ZA Ernst Schier
Hauptstraße 10 b
40789 Monheim
* 18. 1. 1916

85 Jahre

ZA Bernhard Deepke
Kiefernweg 20
40723 Hilden
* 7. 2. 1914

88 Jahre

Dr. Heinz Drößler
Neusser Straße 5
41564 Kaarst
* 15. 2. 1911

Bezirksstelle Duisburg

50 Jahre

ZÄ Krystyna Hawlicka
Mörgekenweg 3
45309 Essen
* 16. 1. 1949

ZA Dirk Groß-Selbeck
Fahrner Straße 213
47169 Duisburg
* 24. 1. 1949

65 Jahre

ZA Georg Görgey-Fiedler
Elpenbachstraße 68
46119 Oberhausen
* 25. 1. 1934

70 Jahre

ZA Heinz Steffen
Trarbacher Straße 3
47259 Duisburg
* 31. 1. 1929

ZA Benno Gromzig
Eintrachtstraße 107
45478 Mülheim
* 5. 2. 1929

75 Jahre

ZA Walter Cremer
Ulmenallee 14
45478 Mülheim
* 24. 1. 1924

86 Jahre

Dr. Laura Bach
Wilhelmstraße 3
46145 Oberhausen
* 21. 1. 1913

ZÄ Maria Humm
Kirchhellener Straße 83
46145 Oberhausen
* 2. 2. 1913

Bezirksstelle Essen

50 Jahre

Dr.-medic. stom. (R)
Margareta Rösler
Altessener Straße 379
45326 Essen
* 5. 2. 1949

65 Jahre

Dr. Manfred Jochum
Hans-Luther-Allee 13
45131 Essen
* 9. 2. 1934

70 Jahre

ZÄ Erika Schneble
Lünschermannborn 18
45329 Essen
* 23. 1. 1929

80 Jahre

Dr. Hans Rüde
Graf-Luckner-Höhe 32
45239 Essen
* 15. 2. 1919

91 Jahre

Dr. Jutta Junker
Steeler Straße 110
45139 Essen
* 20. 1. 1908

94 Jahre

Dr. Hans Rossbach
Renteilichtung 8–10
45134 Essen
* 25. 1. 1905

Bezirksstelle Köln

50 Jahre

ZA Walter Krenzer
Ernststraße 10
53757 Sankt Augustin
* 19. 1. 1949

ZA Theo Dietz
Gaulstraße 4
51688 Wipperfürth
* 20. 1. 1949

ZA Josef Erich Sehl
Im Feldchen 2
53757 Sankt Augustin
* 4. 2. 1949

ZA Martin Gold
Walramstraße 39
53919 Weilerswist
* 11. 2. 1949

Dr. Helmut Wild
Bahnhofstraße 13
53783 Eitorf
* 12. 2. 1949

Dr. Dr. Harald Bechtold
Goethestraße 43
50858 Köln
* 12. 2. 1949

65 Jahre

Dr. Helga Schepers
Heinrich-Esser-Straße 29
50321 Brühl
* 20. 1. 1934

70 Jahre

Dr. Brunhild Weichert
Ferdinand-Lassalle-Straße 5
51373 Leverkusen
* 4. 2. 1929

75 Jahre

ZA Hanns Gebertz
Mühlenstraße 10–12
53721 Siegburg
* 4. 2. 1924

84 Jahre

Dr. Wilhelm Lorenz
Am Wüllenberg 43
51709 Marienheide
* 2. 2. 1915

85 Jahre

ZA Arthur Schmitz
Umlandstraße 21
53879 Euskirchen
* 17. 1. 1914

Dr. Otto Uhlenbruck
c/o Grewelding
Hochstadenstraße 33
50674 Köln
* 31. 1. 1914

Dr. Elisabeth Jacobs
Heidekaul 10
50968 Köln
* 7. 2. 1914

ZA Helmut Adolf Quägwer
Justinianstraße 1
50679 Köln
* 9. 2. 1914

86 Jahre

ZA Karl Heinz Fröhlich
Driburger Straße 6
51109 Köln
* 9. 2. 1913

ZÄ Hildegard Kirmes
Gottfried-Disse-Straße 39
53879 Euskirchen
* 11. 2. 1913

ZA Joachim Raeder

Am Klösterchen 2
51375 Leverkusen
* 11. 2. 1913

88 Jahre**ZA Franz Heinrich Esser**

Barbarastraße 47 (Wh 47)
51147 Köln
* 14. 2. 1911

89 Jahre**Dr. Fritz Weisbach**

Am Spitzenbach 2
53604 Bad Honnef
* 6. 2. 1910

Dr. Dr. Hans Hoederath

Kirchberg 9
51491 Overath
* 11. 2. 1910

90 Jahre**Dr. Hermann Zier**

Lindenstraße 47
50181 Bedburg
* 20. 1. 1909

Dr. Heinz Fleischhacker

Händelstraße 47
50674 Köln
* 12. 2. 1909

Bezirksstelle Krefeld**50 Jahre****Dr. Christa Cleve**

Mannshofweg 28
47839 Krefeld
* 31. 1. 1949

Dr. Rüdiger Heiß

Heide 60
47929 Grefrath
* 4. 2. 1949

ZÄ Emilia Muskala

Seidenweberstraße 13
47877 Willich
* 13. 2. 1949

60 Jahre**Dr. Bernd Woelffel**

Brucknerallee 76
41236 Mönchengladbach
* 2. 2. 1939

Dr. Mato Jaguljnjak

Emmericher Straße 109
47533 Kleve
* 4. 2. 1939

Dr. Hans-Georg Cremer

Tiergartenstraße 17
47533 Kleve
* 11. 2. 1939

70 Jahre**ZA Walter Müller**

Altkalkarer Straße 14
47546 Kalkar
* 20. 1. 1929

75 Jahre**ZA Walter Bahlke**

Dorfstraße 69
47533 Kleve
* 2. 2. 1924

ZA Helmut Heimann

Bahnhofstraße 9 a
47506 Neukirchen-Vluyn
* 5. 2. 1924

82 Jahre**ZÄ Ilsa Brockmann**

Vogelsangstraße 1
47803 Krefeld
* 19. 1. 1917

ZA Georg Frechen

Albersallee 30
47533 Kleve
* 28. 1. 1917

85 Jahre**Dr. Martin Lietz**

Hohenzollernstraße 190
41063 Mönchengladbach
* 16. 1. 1914

86 Jahre**Dr. Suse Hessel**

Gathersweg 6
41066 Mönchengladbach
* 22. 1. 1913

88 Jahre**Dr. Magda Hartmann-Haas**

Urfstraße 113
41239 Mönchengladbach
* 2. 2. 1911

**Bezirksstelle
Bergisch Land****50 Jahre****Dr. Eva Deuker**

Mackensenstraße 7
42329 Wuppertal
* 28. 1. 1949

ZA Eckard Finkensieper

Wartburgstraße 36
42285 Wuppertal
* 13. 2. 1949

84 Jahre**Dr. Hans Kolwes**

Bracken 8
42279 Wuppertal
* 10. 2. 1915

88 Jahre**Dr. Robert Paffrath**

Forststraße 19
42369 Wuppertal
* 29. 1. 1911

Wir trauern

Bezirksstelle Aachen**Dr. Peter Wirz**

Südpromenade 5
41812 Erkelenz
* 22. 5. 1939
† 24. 11. 1998

**Bezirksstelle
Duisburg****Dr. Paul Pütz**

Hochfeldstraße 146
47239 Duisburg
* 5. 12. 1917
† 25. 11. 1998

ZA Paul-Gerhard Hermann

Jägerhofstraße 16
45478 Mülheim
* 20. 9. 1908
† 27. 11. 1998

Bezirksstelle Essen**ZA Helmut Schwindt**

Hobirkheide 18
45149 Essen
* 22. 12. 1927
† 29. 11. 1998

ZA Herbert Mahr

Ringstraße 1
45219 Essen
* 2. 11. 1922
† 5. 12. 1998

Bezirksstelle Köln**Dr. Hansjörg Lißner**

Kaiserstraße 15
53639 Königswinter
* 15. 8. 1943
† 31. 10. 1998

Dr. Alfons Klein

Am Kottenforst 31
53125 Bonn
* 8. 8. 1912
† 14. 11. 1998

ZA Josef Hubert Schwanke

Schopsland 4
53894 Mechernich
* 15. 5. 1921
† 29. 11. 1998

Dr. Josef Legges

Heerstraße 4
50374 Erfstadt
* 8. 12. 1917
† 2. 12. 1998

ZA Fritz Bergfeld

Beethovenstraße 23
53115 Bonn
* 3. 1. 1908
† 7. 12. 1998

**Bezirksstelle
Bergisch Land****Dr. Gerhard Kremer**

Lenneper Straße 6
42855 Remscheid
* 29. 11. 1942
† 9. 12. 1998

HINWEIS: Falls Sie eine Publikation Ihrer persönlichen Daten im Rheinischen Zahnärzteblatt nicht wünschen sollten, können Sie dies selbstverständlich mitteilen, so dies bisher nicht erfolgt ist.

Ihre Ansprechpartnerin ist Frau Paprotny, Zahnärztekammer Nordrhein, Emanuel-Leutze-Straße 8, 40547 Düsseldorf, Telefon (02 11) 5 26 05 23.

– Anzeige –

Zu hohe Kosten?

Wir bieten Ihnen folgende Dienstleistungen an:

- Kontierung Ihrer monatlichen Buchungsbelege und Erfassen auf modernen PCs
- monatliche oder Quartalsauswertung einschließlich BWA
- laufende Gehaltsabrechnung nur 12,- DM pro Mitarbeiter
- Aufarbeitung von Rückständen
- Holen und Bringen Ihrer Buchungsunterlagen gehört bei uns zum Service

Unser Honorar wird **nicht nach Umsatz** (wie Sie es gewohnt sind), sondern nach **Aufwandsaufwand** berechnet. Dadurch können die monatlichen Kosten **bis zu 50 %** günstiger sein. Testen Sie uns durch ein unverbindliches Informationsgespräch.

Betriebsberatung Karin Quast & Partner

Hoffeldstraße 78 • 40721 Hilden
Telefon (0 21 03) 36 15 17 • Telefax (0 21 03) 36 15 18

Personale

Dr. Werner Stenmans 60 Jahre

Am 1. Dezember 1998 vollendete Kollege Werner Stenmans sein 60. Lebensjahr. Nach seinen Vorstellungen sollte dieser runde Geburtstag zwar gefeiert, aber nicht sonderlich hervorgehoben werden. Erst nach einigem Überreden und deutlichem Widerstand hob er exklusiv für die Januar-Ausgabe des RZB die Datensperre auf.

Genau das entspricht seiner bescheidenen Art, lieber im Hintergrund für die kollegiale Sache zu agieren. Ihm liegt mehr an der inhaltlichen Effizienz und weniger an der persönlichen Darstellung. Fast lautlos, aber sehr wirkungsvoll und zielstrebig, arbeitet er unermüdlich für den Erhalt freiheitlichen Ideenguts im Gesundheitswesen.

Nach dem Studium der Zahnheilkunde in München und Düsseldorf absolvierte er die Fachausbildung zum Kieferorthopäden in Tübingen und Köln. Und so ließ er sich im Jahre 1972 in Duisburg in der väterlichen Praxis als freier Kieferorthopäde nieder.

Da für ihn die Ausübung der Zahnheilkunde auf hohem Niveau in persönlicher Atmosphäre im direkten Arzt-Patienten-Verhältnis ohne Einmischung der Kassenbürokratie im Vordergrund steht, praktizierte er in einer bewußt kleingehaltenen Praxis ohne Kassenzulassung. Erst im Jahre 1994 wurde er durch die politischen Auswirkungen des Gesundheitsstrukturgesetzes gezwungen,



diese aufzunehmen. Der deutsche Gesetzgeber hatte die freie Arztwahl der Patienten auf den Kreis der Vertragszahnärzte beschränkt.

Der Einstieg in die Berufspolitik des Kollegen **Stenmans** begann 1974 als Stellvertreter des Stellvertreters des Referenten für Kieferorthopädie. Ein wortgewandter Kollege hatte ihm versichert: „Das ist praktisch überhaupt keine Arbeit.“ Diese Aussage erwies sich sehr schnell – vor allem zum Leidwesen von **Frau Barbara Stenmans** – als eine Illusion.

Bereits im Jahre 1975 folgte die Vorstandsarbeit in der Vereinigung Freier Kieferorthopäden. Von 1985 bis 1993 hatte er sogar den Landesvorsitz im Berufsverband der Deutschen

Kieferorthopäden inne. In der Zahnärztekammer Nordrhein war er viele Jahre Delegierter der Kammerversammlung und wurde 1990 Kreisstellenobmann in Duisburg.

In der KZV Nordrhein gehört er seit 1989 als Vertreter der a. o. Mitglieder dem Vorstand an. Im KZV-Vorstand ist er nicht nur der zuständige Referent für Kieferorthopädie, sondern Experte auf dem Gebiet der Kosten-erstattung. Er hat die meiste Erfahrung auf diesem Sektor und ist ein absoluter Mann des Ausgleichs, was in Nordrhein notwendig ist, da es immer irgendwo brennt.

Seit 1975 ist er im Freien Verband abwechselnd auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene tätig gewesen. Dieses nicht zuletzt, um auch der nächsten Generation durch Erhalt eines freien Berufsstandes ein sinnvolles Arbeiten zu ermöglichen. Immerhin hat das Ehepaar **Stenmans** zwei Töchter, welche die zahnärztliche Tradition des Hauses aufrecht erhalten.

Der Name **Stenmans** läßt sich vom Beruf des Steinmetzes ableiten, das bedeutet täglich mühevollen Arbeit mit „harten Brocken“. Diese Arbeit stellt große Anforderungen an den Körper und Geist zugleich. Durch viele sportliche Aktivitäten wie Joggen, Fahrradfahren, Skilaufen hält er sich fit. Im Tennis ist er ein As und bei Turnieren gefürchtet. Seinen Geist trainiert er in verschiedenen Philosophieseminaren und Vorlesungen an der Duisburger Mercator-Universität. Nutznießer dieser Bemühungen sind in erster Linie die Zahnärztinnen und Zahnärzte in Nordrhein, aber auch die Kollegen im Vorstand der KZV Nordrhein, vor allem dann, wenn die Diskussionen zu schwierigen Problembereichen einmal zäh verlaufen sollten.

Lieber Werner, bleib gesund und Deinem Motto treu:

In Freiheit leben heißt erst leben.

Dein Kurt Gerritz

**Sie können viel dagegen tun,
daß Kinder süchtig werden.**

Rufen Sie uns an:

0221/89 20 31

Informationsdienst der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Nachruf

Dr. Gerhard Kremer

Am 9. Dezember 1998 verstarb – für uns alle unfaßbar und viel zu früh – im Alter von nur 56 Jahren unser Freund und Kollege Dr. Gerhard Kremer aus Remscheid.

Nach dem Studium der Zahnmedizin an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster und Assistententätigkeiten in Remscheid, Hattingen und Wuppertal, ließ er sich am 12. Juli 1972 in Remscheid nieder.

Gerhard Kremer war langjähriges Mitglied der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein, Mitglied der Kamerversammlung der Zahnärztekammer Nordrhein, stellvertretender Bezirksstellenvorsitzender für Bergisch Land, Kreisstellenobmann in Remscheid, Vorstandsmitglied der Bezirksgruppe Wuppertal des Freien Verbandes deutscher Zahnärzte und nicht zuletzt Mitinitiator und Mitbegründer der Zahnärzte-Initiative Remscheid (ZIRS).

Seine Weitsicht und sein starkes Engagement für die Belange der Remscheider Kolleginnen und Kollegen



im besonderen, aber auch für die Probleme aller bergischen und nordrheinischen Zahnärztinnen und Zahnärzte war beispiellos. Gerhard Kremer war jederzeit ein kompetenter Ansprechpartner; jedem Kollegen stand er mit Rat und Tat selbstlos hilfsbereit zur Seite. Aufgrund seiner großen Sachkenntnis und seiner menschlichen

Integrität wurde seine Meinung immer von der Kollegenschaft geschätzt.

Der durch eine heimtückische Krankheit hervorgerufene Tod unseres Freundes und Kollegen reißt eine unermeßlich große Lücke in unseren privaten und beruflichen Alltag.

Wir trauern mit der Familie um einen wertvollen Menschen, der uns lehrte, daß durch ein menschliches Miteinander weit mehr zu erreichen ist, als durch Eigenbrötelei und Selbstgefälligkeit.

Dr. Gerhard Kremer wird in unserem Angedenken stets einen Ehrenplatz als Vorbild und großartige Persönlichkeit behalten.

H.-J. Lintgen

Wer wird am Ende bei Ihnen sein?

Helfen Sie, damit sterbende Menschen nicht alleine bleiben müssen: Spendenkonto 111 111 111, Stadtparkasse Dortmund, BLZ 440 501 99. Wenn Sie mehr wissen wollen – melden Sie sich: Hohle Eiche 29, 44229 Dortmund, Tel.: 02 31/73 80 73-0.



DEUTSCHE HOSPIZ STIFTUNG
Weil Sterben auch Leben ist.

**RHEINISCHES
ZAHNÄRZTE
BLATT**

42. Jahrgang

Offizielles Organ und amtliches Mitteilungsblatt der Zahnärztekammer Nordrhein, Emanuel-Leutze-Straße 8, 40547 Düsseldorf. Amtliches Mitteilungsblatt der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein, Lindemannstraße 34-42, 40237 Düsseldorf.

Herausgeber:

Dr. Paul Schöning für die Zahnärztekammer Nordrhein und Zahnarzt Ralf Wagner für die Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein.

Redaktionsausschuß:

Dr. Peter Dierks
Dr. Kurt J. Gerritz
Dr. Erhard Ricken

Redaktion:

Ingrid Lück
c/o Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein, Tel. (02 11) 9 68 42 17;
Karla Burkhardt
c/o Zahnärztekammer Nordrhein, Tel. (02 11) 5 26 05 22.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben in erster Linie die Auffassung der Autoren und nicht unbedingt die Meinung der Schriftleitung wieder. Bei Leserbriefen behält sich die Redaktion das Recht vor, sie gekürzt aufzunehmen. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Verbreitung, Vervielfältigung und Mikrokopie sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen für alle veröffentlichten Beiträge vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.

Verlag, Herstellung

und Anzeigenverwaltung:

Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278
40231 Düsseldorf
Telefon (02 11) 73 57-0

– Anzeigenverwaltung:
Telefon (02 11) 73 57-568
Telefax (02 11) 73 57-507

– Anzeigenleitung:
(02 11) 73 57-587, Holger Löwe

– Vertrieb: (02 11) 73 57-155

Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. Oktober 1998 gültig.

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder der Zahnärztekammer Nordrhein beträgt jährlich 74,40 DM, Einzelheft 6,20 DM (inkl. 7 Prozent Mehrwertsteuer). Bestellungen werden vom Verlag entgegengenommen.

ISSN-NR. 0035-4503

Zwischenprüfung für Zahnarzhelfer/innen Frühjahr 1998/99

Gemäß § 7 der Prüfungsordnung der Zahnärztekammer Nordrhein für die Abschlußprüfung im Ausbildungsberuf „Zahnarzhelfer/innen“ vom 24. Mai 1997 gibt die Zahnärztekammer Nordrhein den Termin für die **Zwischenprüfung** wie folgt bekannt:

Mittwoch, 17. Februar 1999 (nachmittags)

Anmeldungen zu dieser Prüfung müssen an die Zahnärztekammer Nordrhein in Düsseldorf bis **zum 12. Dezember 1998** eingereicht werden. **Verspätet und unvollständig eingehende Anträge können wegen der verbindlichen Fristen nicht mehr berücksichtigt werden.**

Eventuell erforderlich werdende Rückfragen bitten wir, an die Landesgeschäftsstelle unter der Rufnummer (02 11) 5 26 05 16 zu richten.

Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte aus den „Grundsätzen für die Durchführung von Zwischenprüfungen“ die in den Vorschriften für die Einstellung, Ausbildung und Prüfung für den Ausbildungsberuf „Zahnarzhelfer/in“ abgedruckt sind.

Abschlußprüfung für Zahnarzhelfer/innen Sommer 1999

Gemäß § 7 der Prüfungsordnung der Zahnärztekammer Nordrhein für die Abschlußprüfung der „Zahnarzhelfer/innen“ vom 24. Mai 1997 in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1998 gibt die Zahnärztekammer Nordrhein den Termin der zentralen **schriftlichen Prüfung** wie folgt bekannt:

Dienstag, 23. März 1999 (vormittags)

Mittwoch, 24. März 1999 (nachmittags)

Die **mündlichen Prüfungen** bzw. die **praktischen/mündlichen Prüfungen** sollten bis zum **15. Juni 1999** beendet sein.

Anmeldungen zu dieser Prüfung müssen an die Zahnärztekammer Nordrhein in Düsseldorf bis **22. Januar 1999** eingereicht werden. **Verspätet und unvollständig eingehende Anträge können wegen der verbindlichen Fristen nicht mehr berücksichtigt werden.**

Die Zulassungsvoraussetzungen sind den obigen Prüfungsordnungen §§ 8, 9 ff. zu entnehmen.

Eventuell erforderlich werdende Rückfragen bitten wir, an die Landesgeschäftsstelle unter der Rufnummer (02 11) 5 26 05 16 zu richten.

1. *Symposium der Arbeitsgruppe
Zahnärztliche Implantatprothetik (AZIP)*

Die implantatprothetische Rehabilitation des Freiebereiches

**Samstag, 23. Januar 1999
9.30 Uhr bis 14.00 Uhr**

Veranstaltungsort:
Karl-Häupl-Institut der
Zahnärztekammer Nordrhein,
Emanuel-Leutze-Str. 8,
40547 Düsseldorf (Am Seestern)

Anmeldungen unter Kennwort AZIP 99:
Kostenbeitrag DM 190,- an
Deutsche Apotheker- und Ärztekbank Köln,
BLZ 370 606 15, Kto. 000 466 5880,
Anmelde-Fax an Dr. H. Klemm, (0 22 41) 38 78 22

Veranstaltungsleitung:
Dr. med. dent. Peter Werner,
1. Vorsitzender
Dr. med. habil. (Univ. Stettin)
Dr. med. dent. Georg Arentowicz,
2. Vorsitzender

Programm:

Grußwort: *Dr. med. dent. P. Engel, Köln,
Referent für Fortbildung der
Zahnärztekammer Nordrhein*

Eröffnung: *Dr. med. dent. P. Werner,
Dr. med. habil. (Univ. Stettin)
Dr. med. dent. G. Arentowicz*

Vortrag: **Biomechanische und innovative
Aspekte bei der implantat-
prothetischen Rehabilitation des
Freiebereiches**
*Prof. Dr. med. dent. Wichmann,
Hannover*

Vortrag: Zahntechnische Gesichtspunkte
zum Thema
D. O'Connor

Vortrag: Klinische Demonstration
*Dr. med. habil. (Univ. Stettin)
Dr. med. dent. G. Arentowicz*

Vortrag: **Ästhetische Gesichtspunkte bei
der implantatprothetischen
Rehabilitation des Freiebereiches**
*Dr. med. dent. A. Eckstein,
Mönchengladbach*

31. Europäischer Zahnärztlicher Fortbildungskongreß Davos vom 13. bis 20. Februar 1999

Der Davoser Kongreß hat mit seiner Tradition und seinem einmaligen Konzept von theoretischer und praktischer Fortbildung eine besondere Position auf der Angebotspalette der fachlichen Weiterbildung. Mit einem Allround-Angebot dessen, was Zahnärzte und Helferinnen für die tägliche Arbeit in der Praxis an neuem Fachwissen benötigen, wird auch das Davos-Programm 1999 bestückt sein, wie der nachfolgende Programmauszug zeigt:

- **Aufbau von Führungsflächen in Vollkeramik**
(ZA Per Fossdal/Dr. Peter Roth, Kempten)
- **Rekonstruktive Parodontal-Chirurgie –
Die Mikrochirurgie eröffnet neue Möglichkeiten**
(Privat-Dozent Dr. Hannes Wachtel, München)
- **Die Integration der ganzheitlichen Zahnmedizin
in das Konzept der modernen Zahnheilkunde**
(ZA Peter Helms, Hamburg)
- **Die klinische Bedeutung der funktionellen Kriterien
der „Definitiven Therapeutischen Referenzposition“
in der täglichen zahnärztlichen Praxis –
Klinische Aspekte der „Zentrik“?**
(ZA Gerd Groot Landeweer, Lübeck)
- **Die synoptische Behandlung des komplexen
Patientenfalles (Das Freiburger Konzept)**
(Oberarzt Dr. Ralf Kohal, Freiburg)
- **Neues und Dummes aus Forschung und Marketing**
(Dr. Gary Unterbrink, Schaan/Lichtenstein)
- **Gesundheit plus Konzeptkurs**
(ZA Peter Eichinger, Passau)
- **Ursachenbezogene Parodontaltherapie.
Mikrobiologische Diagnostik und antimikrobielle Therapie**
(Professor Dr. Andrea Mombelli, Bern)

Neben dem wissenschaftlichen Programm ist Davos mit seinen standespolitischen Veranstaltungen längst zum spektakulären Forum für berufspolitische Innovationen geworden und bietet somit die Möglichkeit zur Mitgestaltung zahnärztlicher Politik.

Und schließlich sollte auch einmal im Jahr die Zeit vorhanden sein, um das große Angebot an Dentalprodukten zu sichten und mit Muße auszuwählen.

Nähere Informationen und Programm:

**Freier Verband Deutscher Zahnärzte e. V., Frau Ursula Holscher, Mallwitzstraße 16, 53177 Bonn,
Telefon (02 28) 85 57-0, Telefax (02 28) 34 06 71.**

Neueste Technik kaufen!



Digital-Dental-
Kamera s 555

DM 9.600,-

+ MwSt.

Vorteile:



digitaler Bildspeicher
4fach Zoom ohne Objektivwechsel
Vollbild oder 4fach Bildmodus
Weitwinkeloptik
exzellente Tiefenschärfe
chip on the stick Technologie
keine Endoskop-Optik
SONY inside

HOFFMANN GmbH
D E N T A L